

In diesem Heft

Editorial

Essay

GERHARD ZWERENZ
September & Orwell 5

SPD: Woher? Wohin?

HEINZ NIEMANN
Linkssozialismus in der Weimarer Republik.
Anmerkungen zu Konzept
und Politik eines »dritten Weges« 11

ULLA PLENER
Die SPD in den deutschen Westzonen 1945-1948 23

HORST DIETZEL
Über den dritten Weg zur neuen Mitte?
Eine Zäsur in der Entwicklung der SPD 36

Rußland heute

ALEXANDER GALKIN
Sieben Jahre unter Jelzin. Eine Bilanz 45

KAI EHLERS
Rußland: Autoritärer oder
demokratischer Weg aus der Krise? 55

Dokumentierte Geschichte

ERNST SCHUMACHER
»Wir haben gelogen. Wir sind an allem selber schuld.«
Niederschrift eines Gespräches mit Hedwig Remmele 61

Utopie-Geschichte

- RICHARD SAAGE
Vom philanthropischen Unternehmer
zum utopischen Visionär.
Robert Owens Utopie der »neuen moralischen Welt«. 70

Konferenzen & Veranstaltungen

- GÜNTER BENSER
Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie 83

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 86

Bücher & Zeitschriften

- Volker Zimmermann:
Die Sudetendeutschen im NS-Staat.
Politik und Stimmung der Bevölkerung
im Reichsgau Sudetenland (1938-1945),
Klartext-Verlag Essen 1999
(JÖRG ROESLER) 88

- George Soros:
Die Krise des globalen Kapitalismus.
Offene Gesellschaft in Gefahr,
Alexander Fest Berlin 1998
(ANDREAS SCHÜLER) 89

- Handbuch der bewaffneten Organe der DDR.
Im Dienste der Partei. Torsten Diedrich, Hans Ehlert
und Rüdiger Wenzke im Auftrag des
Militärgeschichtlichen Forschungsamtes.
Reihe: Forschungen zur DDR-Gesellschaft,
Ch. Links Verlag Berlin 1998
(STEFAN BOLLINGER) 90

- Wolfgang Kraushaar (Hg.):
Frankfurter Schule und Studentenbewegung.
Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995.
Band 1: Chronik/Band 2: Dokumente/Band 3: Aufsätze und
Kommentare. Register. Ein Projekt des Hamburger Instituts
für Sozialforschung, Rogner & Bernhard bei
Zweitausendeins Hamburg 1998
(STEFAN BOLLINGER) 92

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 96

Editorial

»hitlers rede im radio auffallend unsicher (>ich bin entschlossen, entschlossen zu sein<). stärkster beifall, als er davon spricht, daß verräter nichts zu erwarten haben als den tod. das ist die clique, der gang, der fremdkörper, der den krieg beginnt ohne gott und mit brotkarte. ein blanquismus auf nationaler basis.« – Bertolt Brechts Eintragung im Arbeitsjournal am 1. September 1939. Am Tag, als der Weltkrieg beginnt – der zweite –, und alles noch ganz unklar ist. Unklar – was wir Spätgeborenen, denen es tägliche Übung und Gewöhnung ist, geschichtliche Ereignisse von ihrem bekannten – und also »klaren« – Endpunkt her aufzurollen, selten so recht glauben wollen. Dabei liegt, wenn wir aus der Geschichte wirklich – das heißt: mit dem Ziel der Verhinderung wiederholter Katastrophe – lernen wollen, der Schlüssel gerade bei diesen Anfängen. Am 1. September 1939 Krieg Deutschlands gegen Polen – dabei war die Tinte unterm deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt noch gar nicht getrocknet. Und England und Frankreich passiv, und die Warner vor einem Weltkrieg durch all das aussichtslos isoliert. Am 3. September notiert Brecht Konstellationen: Die deutsche Regierung will den Krieg, das deutsche Volk nicht – und die französische und die englische Regierung wollen den Krieg nicht, aber die Völker wollen ihn. Um Hitler zu stoppen. Was jedoch wirklich wird, ist: Die blitzschnelle Niederwerfung Polens bringt Kriegswillen und -begeisterung ins deutsche Volk, Westeuropas Selbst-Lähmung, mit München 1938 und den verschleppten Verhandlungen mit der Sowjetunion im Frühjahr/Sommer 1939 zum politischen Prinzip erhoben, bleibt für Hitler fest berechenbare Größe, Stalin beteiligt sich an Polens Zerschlagung – und noch Jahre dauert es, bis nach millionenfach »beim Gegner« herbeigeführtem Tod auch im deutschen Alltag allmählich bewußt wird, daß Krieg nichts als Grauen ist und Grauen und Grauen.

Was war mit den Zeichen, den zeitigen? Als der Krieg in Europa begann, da hatte er in Ostasien seit dem 7. Juli 1937 schon viele Millionen – Millionen! – Tote gefordert auf chinesischem Boden, und Guernica war und der Krieg Italiens gegen das Volk Abessinians. Krieg in der Welt allenthalben – Welt-Krieg lange vor dem 1. September und doch in engem Zusammenhang mit ihm.

Wer sieht wann solche Zusammenhänge – und findet Gehör? Im Jahre 1999? Am Jahrhundertende: mit Krieg im Kosovo – einem nur scheinbar beendeten –, Krieg im Kaukasus – einem seit Jahren brodelnden –, Kämpfen im Himalaya – zwischen Nuklearmächten!

– und »kleineren« Konflikten an vielen anderen Plätzen der Welt?
Und – wieder – verlachtem Pazifismus?

Aufklärung braucht viele Stimmen – »UTOPIE kreativ« will eine unter ihnen bleiben. Und gern teilen wir mit, daß sich die Bedingungen dafür von diesem Septemberheft an wesentlich verbessern. Herausgegeben wird »UTOPIE kreativ« auch weiterhin vom Förderverein Konkrete Utopien e.V., – nun aber im Auftrag der Bundesstiftung Rosa Luxemburg e.V., der endlich leibhaftig ins Leben getretenen und, wie das in der bundesdeutschen Ordnung ist, mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt versehenen PDS-nahen Bildungs- und Forschungsstiftung. Neuneinhalb Jahre der beständigen PDS-Präsenz in letzter DDR-Volkskammer, im 12., 13. und 14. Bundestag, in allen ostdeutschen Land- und Kreistagen und ungezählten großen und kleinen Städten und Gemeinden hat es gebraucht, um eine Parlamentsmehrheit davon zu überzeugen, daß der PDS recht sein können muß, was nicht nur SPD und CDU, sondern auch CSU, FDP und Bündnis 90/Den Grünen ganz selbstverständlich längst schon billig ist. Nun wurde gut, was wahrlich lange währte.

Daß wir – das geben wir zu – daran immer geglaubt haben, hat uns in unserer redaktionellen Arbeit über manches Tief hinweggeholfen. Nun wird die Redaktion nicht mehr wie bisher nur ehrenamtlich arbeiten, sondern zwei richtige – will sagen: bezahlte – Arbeitsplätze haben. Langfristige Konzipierung der Hefte, intensive Zusammenarbeit mit Autorinnen und Autoren, Gewinnung junger Leute aus Wissenschaft und Politik für die Mitarbeit, lebhaftere Teilnahme an Konferenzen, gezieltere Werbung – all das sind Vorhaben, die wir jetzt in neuer Qualität in Angriff nehmen können. Es wird eine vertraglich gesicherte und kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Stiftung geben, die Arbeitsergebnisse werden sich ergänzen, und mit all dem, so hoffen wir, werden wir auf neue Weise unsere Stimme in Politik und Gesellschaft hörbar machen können.

Es ist in diesem freudigen Augenblick unserer Arbeit vielfach Dank zu sagen: all denen, die als Leserinnen und Leser und Autorinnen und Autoren ebenso wie wir daran geglaubt haben, daß »UTOPIE kreativ« mehr ist als nur ein Kurzeittupfer in der Zeitschriftenwelt. Jedes Abonnement hat uns gezeigt: Da gibt es wirklich Menschen, die uns zutrauen, auch diesmal wieder einen ganzen Jahrgang unserer grün-roten Hefte zustande zu bringen. Bitte lassen Sie nicht ab von Ihren mit Ihrem Vertrauen verbundenen Erwartungen und Forderungen! Lassen Sie uns wissen, was wir anders und besser machen sollen! Seien Sie eingeladen zum Schreiben und Diskutieren!

Die Erscheinungsweise von »UTOPIE kreativ« bleibt unverändert: 1999 wird es nach diesem Septemberheft noch eine einfache Ausgabe im Oktober (Heft 108) und eine Doppelausgabe im November/Dezember (Heft 109/110) geben, und mit Heft 111 starten wir ins Jahr 2000 – in der festen Überzeugung, daß sich an der Notwendigkeit der Diskussion sozialistischer Alternativen nichts geändert hat.

WOLFRAM ADOLPHI

GERHARD ZWERENZ

September & Orwell

Im August, im August blüh' n die Rosen... Im August 1914 blühten die Kanonen. Pünktlich am 1. August erklärt Deutschland Rußland den Krieg. Am 3. August folgt die Kriegserklärung an Frankreich. Am 4. August sagt Wilhelm II.: »Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche.« Dankbar bewilligt der Reichstag sofort einstimmig die Kriegskredite. Motto: Nach innen Burgfrieden – nach außen Eroberungskrieg. Das Volk von 1914 jubelt. Vermochte auch nur einer sich vorzustellen, was vier Jahre später, 1918 geschehen würde? Blinde patriotische Leidenschaft und vollkommene Ahnungslosigkeit Richtung Zukunft bestimmen den Zeitgeist.

Begann der Erste Weltkrieg am 1. August, verlegte Hitler den Beginn des Nachfolgekrieges 1939 auf den 1. September, vermied jedoch in seiner Rundfunkansprache um 10 Uhr das Wort Krieg, denn die Deutschen jubeln diesmal nicht. Hat Schaden klug gemacht? Ergreift das Volk eine Ahnung davon, was ihm blüht? Ließ der September 1939 klarer blicken als der August 1914?

Wenn ja, war die Klarsicht von kurzer Dauer. Schon am 27. September kapitulierte Warschau, ein knapper Monat September genügte für den großen Sieg, das Volk der Deutschen holte den Jubel umgehend nach – 1914 war es der Jubel des aggressiven Übermut, fehlender Information und kritischer Selbsteinschätzung gewesen, jetzt verloren die Menschen im Siegesrausch ihre Ängste.

Ab 1943 blieben die Siege aus. Am 18. Februar 1943 fragte Goebbels im Sportpalast: »Wollt ihr den totalen Krieg?« Das versammelte Volk bejahte berauscht. Es folgten totaler Luftkrieg, totaler Rückzug und die Endniederlage vom 8. Mai 1945.

Der ausbleibende Jubel vom 1. September gründete nicht in bösen Vorahnungen, sondern in ungunstigen Erinnerungen an 1914-1918. Seither waren erst zwei Jahrzehnte vergangen. Erinnerter Erfahrung ängstigt das Volk, nicht begründete, reale Zukunftsangst. Erschaundernd blickte es zurück, nicht voran. Ist das Kommende etwa stets unbekannt und verriegelt? Hatte auch nur einer am ersten Neujahrstag, mit dem das 20. Jahrhundert begann, einen blassen Schimmer von dem, was bevorstand? Ahnte einer der Militärs, die 1914 die deutschen Armeen befehligten, was der baldige Übergang vom Bewegungskrieg zum Stellungskrieg bedeutete? Konnte sich jemand 1918 die Geschehnisse von 1933, 1939, 1945 vorstellen? Sah einer im Mai 1945 voraus, daß Hitlers geschlagene Generäle kein Jahrzehnt später ein neues deutsches Heer aufstellen würden? Wer vermutete 1945, daß die siegreiche Sowjetarmee ab 1990 in

Gerhard Zwerenz – Jg. 1925, Schriftsteller.

1952 Philosophiestudium in Leipzig bei Ernst Bloch; 1957 Übersiedlung in die BRD;

Werke u.a.: Kopf und Bauch.

Die Geschichte eines Arbeiters, der unter die Intellektuellen gefallen ist (1971); Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht (1974, 1991 bei Aufbau Taschenbuchverlag); Die Rückkehr des toten Juden nach Deutschland (1986).

Von 1994 bis 1998 war Gerhard Zwerenz mit PDS-Mandat Mitglied des Deutschen Bundestages. In »UTOPIE kreativ« u.a.: »Herr Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl – persönlich – « [Offener Brief zur deutschen Militärpolitik], Heft 75 (Januar 1997) und Heft 76 (Februar 1997);

»Verräter und Agenten – Denunziation als politisches Kampfmittel« [Vortrag auf der PDS-Geschichts-

konferenz »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen«, Heft 81/82 (Juli/August 1997) und Konferenzband-Sonderdruck Dezember 1997; Sozialismus als Barbarei? Die 12 Merkwürdigkeiten des Schwarzbuches, Heft 99 (Januar 1999).

schwächliche Restbestände zerfiel? Wer hätte 1989/90 geglaubt, ein Jahrzehnt später zählten deutsche Soldaten zu den Besiegern und Besetzern Jugoslawiens, dieser Siegernation von 1945 – ganz wie die Sowjetunion?

Nietzsche starb, nur 55 Jahre alt, am 25. August 1900, er hätte hervorragend ins 20. Jahrhundert gepaßt mit seiner herrenhaften Enthemmungsphilosophie. Auch der Dionysiker erfaßte nicht, was da nahte, sonst wäre er geblieben. Vielleicht bewahrte ihn der gnädige Irrsinn, der ihn besetzt hielt, vor dem analytischen Blick ins anbrechende Jahrhundert.

Die Weltkriegsanfänge vom 1. August 1914 und 1. September 1939 bezeugen, daß eine Institution nicht zukunftsblind blieb. Seit 1905 lag der Schlieffen-Plan vor, den Deutschland 1914 in leicht modifizierter Weise zu realisieren versuchte, was den deutschen Militärs künftiges Verhalten diktierte, vom Angriff 1914 bis zur Niederlage 1918. Von jetzt an verwirklichten die Kriegsgegner ihre Ziele, inklusive Vertrag von Versailles. Im Wiederholungskrieg ab 1939 betrieb dann Hitlers Drittes Reich die Umsetzung seiner Zukunftsvisionen, wobei es auf die Planungen der Reichswehr zurückgreifen konnte, denn das Szenarium für Wiederaufrüstung und Revanchekrieg war insgeheim und bis ins Detail schon zu frühen Zeiten der Weimarer Republik ausgearbeitet worden. Zwar besitzen die Militärs, wie wir sehen, auch nicht die Fähigkeit der Vorausschau, doch greifen sie strategisch, taktisch und rüstungstechnisch vor und produzieren damit die ihnen gemäße Zukunft wie die Spinne, die einen Faden hinter sich läßt, den sie fleißig verwebt, auf daß darin die Opfer sich fangen. Fragt sich nur, wer Spinne ist und wer gefangen wird.

Das Modell büßte 1945 seine Vorbildfunktion und Wirksamkeit keineswegs ein. Wobei zwei Phasen deutlich zu unterscheiden sind. Phase a läuft durchweg streng geheim, mindestens intern und getarnt ab. Phase b, die Realisation, tritt dann plötzlich und überraschend zutage, die Öffentlichkeit staunt, reagiert begeistert, ungläubig oder entsetzt. Doch der Fall ist nun unübersehbar in der Welt, und der August 1914 wie der September 1939 sind solche Geschichtsphasen. Nach kürzerer oder längerer Inkubationszeit ist das Ei geborsten und der alte Krieger neu geboren.

1914 brauste ihm ein Ruf wie Donnerhall entgegen. 1939 blieb das Volk in erinnerter Erfahrung befangen still – der Siegesjubil folgte später um so lauter. Am 24. März 1999 rief das Volk sich wieder Mal erstaunt die Augen: Bomben auf Jugoland? Man befand sich doch gar nicht in den Erntemonaten August/ September. Mußte denn schon wieder gesiegt werden?

Die Oberen versicherten den Verunsicherten, diesmal sei man auf der Seite der Morallegitimierten und Stärkeren und könne gar nichts anderes als siegen. In der Tat haben die Generäle vorsorgend wie immer Zukunft produziert.

Der Krieg ab 1. August 1914 war vom deutschen Generalstab und vom lieben Gott exakt terminiert worden. Die einheimische Landwirtschaft konnte die Felder noch in aller Ruhe abernten, die Feindfeldereien in Luxemburg, Belgien, Frankreich wurden bei reifenden Halmen in Besitz genommen, von Ostpreußen abgesehen,

hier störten die eindringenden russischen Barbaren die Einbringung der Frucht. So kam es zur Schlacht von Tannenberg – seither ernteten von Hindenburg und von Ludendorff auf russisch-polnischer Scholle. Ihr Nachfolger als Oberbefehlshaber deutscher Soldaten wartete 1939 das Erntefest ab. So war die Scheuer daheim gut gefüllt, als er aufbrach, die gut gefüllte polnische Scheuer einzusacken. Derart gestaltete sich des einen August zum September des anderen. Liebhaber von Spätsommer/Frühherbst waren beide, doch der September-Fan wandte bald seine ganze Liebe dem Juni zu. Wie vor ihm Napoleon fiel er an einem 22. Juni nach Rußland ein, mit der erklärten Absicht, in der Ukraine, auf der Krim und bis zum Kaukasus hin die goldenen Weizenfelder abzuernten, woraus sich ergibt, daß er die beiden Monate zu seinen Favoriten erkor. Allerdings hatte der »Führer« ursprünglich nicht wie Bonaparte am 22. Juni losschlagen wollen, sondern zwei bis drei Wochen früher, da kamen ihm die Jugoslawen in die Quere, indem sie Revolution spielten. Belgrad wurde gebombt und kapitulierte nach elf Tagen, vier Tage später gab das besetzte Griechenland auf. Nochmal zwölf Tage brauchte es zur Eroberung Kretas. Alles im Lot, nur mußte der Beginn des Rußlandfeldzuges verschoben werden. Das machte nichts, meinen die Militärhistoriker, allerdings fehlten die Tage dann im Herbst, der in Rußland schon als Winter auftritt. Statt daß die Wehrmacht in der Ukraine erntete, senste General Winter erst auf riesigen Schlamm-, dann auf Schneefeldern herum. Also: Wer nach Moskau, Leningrad, Stalingrad marschieren will, darf nicht erst an einem 22. Juni aufbrechen, da hat er sich bereits uneinholbar verspätet. Das sind so eherne Kalenderfragen. Die Wehrmacht, die am 6. April 1941 gegen Jugoslawien losschlug, befand sich bereits jetzt in einem nicht wieder gutzumachenden Rückstand, was zu erkennen heutzutage nicht schwer fällt und was gewiß einer der guten Gründe dafür ist, daß die NATO schon am 24. März 1999 Jugoslawien zu bomben begann. Weil: Wer den Endsieg unbedingt erringen will, der muß einfach früh genug damit beginnen.

Die heutigen Feldherren und Politiker entstammen nicht mehr Landadel, Rinderherden-Schweinemassen-Schlächtern. Unsere westliche Wertegemeinschaft ist im kulturellen Fortgang verstädtert. Als Blüten des Asphaltschungels jener Mega-Stadt, die von Bonn bis Berlin und Passau bis Kiel reicht, wissen diese modernen Machtübernahmemenschen gar nicht mehr, wie vaterländisch sich gute Feldkrume unter der Stiefelsohle anschmiegt. So kam es zu den kalendarischen Verschiebungen, die den klassischen Erntemonaten August/September nicht mehr die frühere Bedeutung zubilligen. Die Kriege fangen früher im Jahr an, dafür hören sie auch nie mehr auf. Notfalls wird eine kurze Pause eingelegt, damit die Rüstungsindustrie Zeit zum Aufholen gewinnt. Auch hat das Abernten der Felder nicht mehr die einstige Bedeutung. An Freß- und Saufwaren ist schließlich kein Mangel. Kompliziert ist lediglich die Verteilung, weil garantiert bleiben muß, daß wir immer genug kriegen und die anderen hinreichend Not leiden. Sonst verfallen zu viele auf dumme Gedanken und zwingen uns, den nächsten Krieg schon Neujahr zu beginnen, während der vorige erst zu Silvester beendet wurde.

Hitlers frühe Juni-Planung für den Überfall auf die Sowjetunion resultierte füglich aus der militärmeteorologischen Einsicht, daß August und September diesmal zu spät wären. Die Verzögerungen wegen der widerspenstigen Jugoslawen, die das Losschlagen gegen Moskau auf den 22. Juni verschieben ließen, rächten sich im Winter vor Moskau, als der siegreichen Wehrmacht der Arsch abfror, welche schönen Zusammenhänge evident sind.

Allerdings berichten die Soldaten der Panzertruppen, die im Sommer durch Weißrußland, die Ukraine und das weite Rußland vorausstürmten, von unendlich großen berausenden Weizenfeldern und Kornkammern, die sie stahlhelmbedeckt durchquerten. Die Erntemonate Juli-August wurden zu brausenden Siegesfeiern im Expreßkrieg. Auch der September, an dessen 1. Tag der Überfall auf Polen zwei Jahre zurücklag, erwies sich noch als so wetterwie kreuzzugsgünstig. Im Oktober freilich kam es zu Verfinsterungen, im November fuhr die launische Kriegsgöttin Schlitten und im Dezember gab es gefrorene Wehrmachts-Kadaver sowie einen Rückzug in Eis und Schnee à la Napoleon.

Im SPIEGEL Nr. 25/99 äußerte Rudolf Augstein sich zum Buch »Der falsche Krieg« des 35jährigen Oxford-Professors Niall Ferguson, der die kühne, aber nicht uninteressante These vertritt, die Briten hätten 1914 nicht gegen Deutschland antreten müssen. Augstein ist anderer Ansicht und stapelt die alten geläufigen Schul-Argumente auf, wonach die Kollision unvermeidbar gewesen sei. Nichts davon kann Ferguson unbekannt geblieben sein, und beide Seiten haben wahrscheinlich recht, indem sie die kontroversen Fakten in ihrer jeweiligen Sicht ordnen und gegeneinander in Stellung bringen. Unerörtert bleibt, weshalb sowohl die deutschen wie die britischen Politiker 1914 den Zwängen nachgebend in den Krieg eintraten, was, wenn es als alternativlos gelten sollte, auf eine durchgängige Abwesenheit von Entscheidungsfreiheit schließen ließe. Geschichte ist dann bloßer blinder, blindmachender Zwang, d. h. Abwesenheit von jeder Kultur. Nun interpretiert Augstein seit Jahrzehnten Buchprodukte zu den Themen Jesus, Napoleon, Bismarck, Erster und Zweiter Weltkrieg, und die Historikergilde übt sich in freundlichen Leserbriefen oder schweigender Distanz. Verbindendes Glied aller ist die obligatorische Freiheitsleugnung der Geschichtswissenschaft. Setzten doch bürgerlich-orthodoxe wie marxistische Historiker die Mär von den »zu früh gekommenen Revolutionären« in die ungelüfteten Stuben ihrer Hochschulwelt. Die unter disziplinierten Zwängen lebenden Lehrer kennen nur erzwungene Geschichtsabläufe, denn als Produkte der verordneten Unfreiheit fehlt ihnen die Vorstellung, ein realer Revolutionär könne nicht an seiner Verfrühung scheitern, jedoch an der Verspätung des vorhandenen Milieus. Nicht Marx/Engels existierten zu früh, sondern die 1848er kamen zu spät. Nicht Luxemburg/Liebknecht waren den Verhältnissen weit voraus, sondern Hindenburg/Ludendorff/Ebert/Noske gehörten in die Eiszeit. Um zu Augstein zurückzukehren, die kriegführenden Briten und Deutschen waren 1914 schlechthin nationale Dinosaurier, und diese Spezies starb nie aus. Jeder Krieger des 20. Jahrhunderts zählt zu den groben Knochen der menschlichen Vorgeschichte, die von den stupiden braven

Zeithistorikern in den Himmel gehoben werden, statt sie wenigstens interpretatorisch zur Hölle fahren zu lassen.

Notabene: Kein Kriegsheld ist alternativlos. Jeder entscheidet sich freien Willens zur Unfreiheit. Kein Krieg ist Zwangsvollzug. Jeder vermeidbar. Die promovierten Claqueure des verstaatlichten Zeitgeistes sehen überall nichts als folgerichtige Notwendigkeit, für sie paßt wie der Deckel auf den Topf der Satz: »Die Deutschen befinden sich nur einmal in Gesellschaft der Freiheit. Am Tage ihrer Beerdigung.« Das stammt allerdings von Karl Marx, der den Deutschen die Entscheidungsfreiheit nicht abspricht, ihren Hang zur Unfreiheit nur sarkastisch notiert. Dabei ist, nebenbei bemerkt, zwischen links und rechts kein Unterschied, ganz wie zwischen den Monaten März, Juni, August, September, wenn sie im Zeichen von Mars und Blutwurst stehen.

Das Ziel des Krieges in Permanenz mit gelegentlichen Pausen erreichten die USA im Himmel über dem Irak, aus dem die Raketen und Bomben aufs Land herniederfahren, weil zum gleichförmigen stillen Embargo-Hungertod von Zeit zu Zeit der explosive Tod hinzutreten soll, damit dem Exitus der notwendige Nachdruck beigelegt werde. Das Schweigen der UNO und unserer westlichen Wertegemeinschaft, das die Mordaktionen stilvoll begleitet, beweist, es gibt längst keinen Unterschied mehr in der Kriegstauglichkeit der Monate. Unsere Kriege heute sind endlos-zeitlos. Der logischen Einsichtigkeit halber nennen wir diesen Krieg Frieden, den wir folglich nicht jeweils extra erklären müssen. Es gibt keine Kriegsausbrüche mehr, wir erklären den Frieden und führen ihn. Denn wie der Julianische Kalender 1582 durch den Gregorianischen abgelöst wurde, so folgte auf den Gregorianischen 1984 der Orwellsche Kalender. Seitdem genießen wir die Segnungen der Turbo-Moderne. Wer also bewußt dem neuen Orwellschen Kalender nach lebt, weiß nicht nur, was die Stunde geschlagen hat, er überwindet zugleich die generelle Zukunftsblindheit und blickt wissend in die kommenden Zeiten des permanenten Friedens auf Erden und im Himmel.

Die fortschreitende Erweiterung des Krieges von einem zeitlichen Kontinuum mit Anfang und Ende zum kalendarischen Kreislauf ohne Anfang und Ende, aber mit Zwischenpausen, hat zwingende Folgen, zu denen die Verschnellerung aller Prozesse zählt. Nicht Fukuyamas »Ende der Geschichte« ergibt sich daraus, sondern Nietzsches »Ewige Wiederkehr des Gleichen« im engsten Radius. Stellen wir uns diese Geschichte als Wendeltreppe vor, so führt sie hinauf und hinab ohne Endpunkt. Es sei denn, sie verengt sich, dann sitzen die Treppensteiger endlich fest. Wer daraufhin hinuntergeht, gelangt in die barbarischen Ausgangspositionen der Frühzeiten zurück und wird, falls Darwin recht hat, woran vernünftigerweise nicht gezweifelt werden dürfte, erst zum Raubtier, dann zur Molluske und endlich zur Ursuppe. Wer aber nicht zurückflüchten mag, der erstarrt vor Ort am letzten höchsten Punkt. Kleists Idee von der Verfertigung des Gedankens beim Sprechen (Schreiben) enthüllt den Bewußtmachungsprozeß, in dem Sachverhalte und Menschenverhalte analysiert, definiert und formuliert werden. Ob es sich um Vorgänge in Vergangenheit oder Gegenwart

handelt ist sekundär, primär ist der Vorgriff ins Neue. Soweit es nicht um bloße Konversation, Unterhaltung, blöde Nachplapperei geht, was die Fügung »Verfertigung des Gedankens« bereits ausschließen sollte, ist das Produkt der Verfertigung ein vorher nicht vorhanden gewesener Gewinn – ein Zukunftsvorgriff und Novum also. Nun ließe sich der Produktionsvorgang von Gedanken und Wörtern auf die materielle Produktion übertragen, denn in den Betrieben und Forschungs-Einrichtungen entstehen parallele Produkt-Neuerungen. Da sie aber insgesamt zur Waffenherstellung und Kriegführung oder Androhung von Luftschlägen dienen, erweist sich der Krieg als primärer Antreiber bei der Fabrikat-Verfertigung. Der Primat des Krieges und der Krieger führt zur Verfertigung der Vergangenheit als Zukunft, denn wo die Politik nicht weiter weiß, tritt das Militär an. Seine Neuerungen sind waffentechnischer Art, also von gestern, aber modernisiert, seine Siege stabilisieren die Vergangenheit, die als Erneuerung ausgegeben wird, jedoch immer nur die alten Gewaltverhältnisse reproduziert. Die letzte militärische Mega-Macht liquidiert die Zukunft eben dadurch, daß sie sie so nennt und zugleich verhindert. Die Sieger im Krieger sind im postkulturellen Endzeitalter stets dieselben und sie garantieren fortgesetzte Kriege mit immer denselben Siegern. Selbstverständlich gibt es Aufstände gegen den Welten-Usurpator und vielerlei Subversionen. Seine Übermacht an Waffen, Militärs, Pfaffen, Beamten und Geheimdiensten garantiert den Machterhalt. Nur er selbst könnte sich abschaffen, was er nie wollen wird. Er kann allerdings zusammenbrechen, hat Kapital sich derart organisiert und elektronifiziert, daß die Effizienz keinen Freiraum mehr für Entscheidungen läßt. Die große Maschine steht dann einfach still wie Buridans Esel. Es kann freilich auch sein, daß die Aktionäre, die inzwischen die Mehrheit der westlichen Wertegemeinschaft bilden, genüßlich ihre Aktiensammlungen fressen und hernach sich selbst. Was der Rest der Menschheit tun wird, steht in den Sternen, bei denen Mars die Venus besteigt, welches naheliegende Bild wir in seinem handgreiflichen Symbolwert nutzen, weil es den für die fernste Zukunft vorausgesagten Kältetod der Erde in kürzere gesellschaftlich-menschliche Maße transportiert. Das Kapital verwirklicht sich selbst, indem es jeden Widerstand eliminiert und alle Qualitäten auf ihren quantitativen Nutzen reduziert. Derart formiert kennt die Welt von morgen nur noch spekulierende Aktienjongleure, die sich gegenseitig übers Ohr hauen müssen, weil das sonstige Volk, das nicht mitkam, ein Außenseiterdasein fernab von Banken und Börsen führt. Orwell nannte diese unregierbaren, gar unregistrierbaren Wilden »Proles«. Sie gelten nicht mehr als Menschen und dürfen gejagt werden, während der Geldadel sich dem tellurischen Kältetod hingibt, der sich mit dem Verlust von Herzenswärme schon lange Zeit vorher angekündigt hatte.

HEINZ NIEMANN

Linkssozialismus in der Weimarer Republik. Anmerkungen zu Konzept und Politik eines »dritten Weges«

»Einen stinkenden Leichnam« hatte Anfang dieses Jahrhunderts Rosa Luxemburg die Sozialdemokratie genannt und damit sagen wollen, daß ihre Abkehr vom marxistischen und klassenkämpferischen und ihre vorgebliche Suche nach einem »dritten Weg« ihr Ende bedeute. Dieser Leichnam hat sich dann als sehr überlebensfähig erwiesen, obwohl sich am Ende des Jahrhunderts die meisten Protagonisten dieses »dritten Weges« eingestehen oder eingestehen müßten, daß die ursprünglich mit diesem Konzept verfolgte Politik einer sozialistischen Transformation der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft nicht erfolgreich war. Der Begriff »dritter Weg« ist, obwohl selbst Blair und ihm gleichgesinnte »Erneuerer« manchmal noch an ihm als Worthülse festhalten, weil prominente Berater wie Anthonie Giddens es ihm gleich mit einem ganzen Buch mit dem Titel »The Third Way« als wirksamen Slogan einredeten, inzwischen in mehrfacher Hinsicht irreführend geworden.¹

Der sozialdemokratische Reformismus war unter den Bedingungen dieses, von einem erstarkenden Imperialismus, der Spaltung der Arbeiterbewegung, zwei Weltkriegen und der Systemauseinandersetzung geprägten Jahrhunderts kein tragfähiges Konzept und keine erfolgreiche Praxis zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft und konnte es wohl auch nicht sein. Die Herrschaft des Kapitals wurde nirgends praktisch in Frage gestellt, obwohl der Sozialismus noch programmatisch als Endziel der Sozialdemokratie (von der SPD bis zum Godesberger Programm 1959) beschworen wurde. Die schließliche Absage wird mit der angeblich offensichtlich gewordenen Falsifikation infolge Erfolglosigkeit des ihm zugrundeliegenden Theoriegebäudes begründet und auf dem Hintergrund des Scheiterns des sog. Realsozialismus das von linkssozialdemokratischen Kräften trotzdem weiterhin debattierte Programm eines demokratischen Sozialismus als möglichem dritten Weg in einem Aufwasch gleich noch mit entsorgt. Und dies nicht etwa nur von den traditionellen Gegnern aus dem bürgerlichen Lager. Gerade ehemalige leidenschaftliche ideologische Streiter des linken Flügels übertreffen sich bei der Begründung mehr oder minder neoliberaler Konstrukte für »New Labour« oder der »neuen Mitte«.

Da sich der historische Linkssozialismus strikt von der marxistischen Theorie leiten ließ, diese aber – wie uns der Zeitgeist eintrichtern will – durch die osteuropäischen Impllosionen praktisch widerlegt sei und damit auch das überlieferte linkssozialistische

Heinz Niemann – Jg. 1936, Prof. Dr., Historiker, bis 1992 Humboldt-Universität zu Berlin; zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des Stalinismus und des Sozialismus.
In UTOPIE kreativ: Willy Brandt, Heft 23/24 (September/Oktober) 1992.

1 Vgl. Robert Misik: Die Suche nach dem Blair-Effekt. Schröder, Klima und Genossen zwischen Tradition und Pragmatismus, hrsg. von Wilhelm von Sternburg, Berlin 1998.

theoretische Erbe uns heute nichts Positives mehr zu sagen habe, noch eine letzte Vorbemerkung.

Das unleugbare Scheitern eines ersten Versuchs einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, und das war er im Verständnis seiner Akteure und Anhänger lange Zeit, dieses praktische Scheitern eines zu früh versuchten und allein gebliebenen despotischen Sozialismus wäre dann und nur dann ein praktischer Beweis für die Untauglichkeit der marxistischen Theorie, wenn

in der gesellschaftlichen Realität die grundlegenden Annahmen der Theorie gegeben gewesen wären,

der gesellschaftlichen Praxis und dem Handeln der Akteure diese Theorie stringent zugrunde gelegen hätte,

es keine gravierenden Fehler in der Methodik ihrer Anwendung und es keine funktionsstörenden Fremdeinwirkungen gegeben hätte. Genau dies ist zu bestreiten. Genauso wichtig ist aber der Nachweis, daß in dem linkssozialistischen Erbe wesentliche Defekte des »ML« bereits damals erkannt und kritisiert worden sind.

Der hauptsächlich vom Stalinismus dominierte Weg, unter den Bedingungen der ökonomischen und zivilisatorisch-demokratischen Unterentwicklung, internationalen Isolierung und den Zerstörungen und Verlusten des heißen und kalten Krieges, ist ebenfalls nicht erfolgreich gewesen. Er brachte keine entwickelte sozialistische Gesellschaft hervor, und im Ergebnis des Zusammenbruchs dieses teils embryonalen, unreifen, teils pervertierten Sozialismus wurde die Herrschaft des Kapitalismus weltweit (über Ausnahmen wie China, Kuba, Vietnam oder gar Serbien ließe sich streiten) wiederhergestellt. Die kapitalistische Gesellschaft entwickelt sich nun – auch eine der Marxschen Bedingungen – in ihrer »Totalität« im Gefolge der Globalisierung.

Insofern kann man sagen, daß ein an das sozialistische Ziel geknüpftes Konzept und eine sozialistische Bewegung nicht mehr etwas drittes darstellen. Der demokratische Sozialismus steht heute in den entwickelten Ländern im Grunde nur noch einem einzigen ideologischen Gesellschaftskonzept, wenn auch in zwei schwach unterscheidbaren Varianten gegenüber: dem nackten Neoliberalismus und dem sozialliberalen Reformismus mit starken neo-liberalistischen Zügen, der u.U. praktisch – wie die gegenwärtige rosa-grünliche Regierung beweist – neo-liberale Politik rücksichtsloser als deren originäre Träger selbst durchsetzt. Wenn es denn irgendwann in der Zukunft gelingt, die bestehende Gesellschaft vor einem drohenden Kollaps zu retten und das kapitalistische Profitsystem zu überwinden, wird dies zweifellos auf vielfältigen Wegen geschehen und recht unterschiedliche Formen nicht-kapitalistischer Gesellschaften hervorbringen und hervorbringen müssen. Das scheint sicher. Aber sicher nicht in der gescheiterten Alternative von sozial-reformistischem »dritten Weg« und Stalinismus.

Nachdem sich Anfang des Jahrhunderts die Arbeiterbewegung über den Streit »Revolution oder Reform« und proletarische Diktatur oder Demokratie« gespalten hatte, bezeichnete im Selbstverständnis der Sozialdemokratie nach 1917 »dritter Weg« das alternative Konzept »des demokratischen Sozialismus gegen die Sklaverei des Kapitalismus auf der einen, die tyrannische Diktatur

des Bolschewismus auf der anderen Seite«.² Demokratie wurde als Weg, Mittel und Ziel deklariert. Der bis dato marxistischen sozialistischen Denken zugrundeliegende Widerspruch von Kapital und Arbeit wurde durch den abstrakten Antagonismus von Demokratie und Diktatur ersetzt. Während anfänglich in Deutschland noch einige führende Köpfe der SPD (Bernstein, Hilferding u.a.) sowie des ADGB (Carl Legien, Theodor Leipart, Fritz Naphtali u.a.) bis Ende der zwanziger Jahre an einer begrenzten Variante des »dritten Weges« in Gestalt der Idee der Wirtschaftsdemokratie zaghaft festhielten,³ wurde zugleich das Bestreben linkssozialistischer Kräfte sichtbar, ein geschlossenes Konzept für einen »dritten Weg« auszuarbeiten. Um sich zwischen stalinistischer und sozialdemokratischer Bewegung zu etablieren, mußten sie die bis dahin als »dritten Weg« apostrophierte Ideologie und Politik der offiziellen Sozialdemokratie zutreffend als Abkehr von jeglicher sozialistischer Zielstellung entlarven. Sozialismus war zur apologetischen Leerformel, zur »Vision« ohne theoretische Substanz und ohne praktischen Bezug zur verfolgten Gesellschaftsstrategie und Tagespolitik geworden. Die »roten Oberbürgermeister« und die dominierende Funktionärskaste waren »angekommen«. Faktisch wurde nur von den Linksozialisten/linken Austromarxisten über einen neuen »dritten Weg« nachgedacht und gestritten, wobei sie richtigerweise nicht nur über Wege und Formen der Demokratisierung der Wirtschaft bis zur Umwandlung von privatkapitalistischem Produktionsmitteleigentum in gesellschaftliches und Gemeineigentum (wie die Verfechter der Wirtschaftsdemokratie), sondern auch über die Grenzen der politischen Demokratie und den Charakter der Macht, das Parteienkonzept, über Bündnis- und Koalitionspolitik, die Rolle der Gewerkschaften und die Wehrfrage stritten. »Was ist das Merkmal jedes Reformismus?« fragten sich die linken Köpfe in der SPD 1928 und gaben folgende Antwort:

»Die Überschätzung von Erfahrungen eines kurzen Abschnitts der Arbeiterbewegung. Das mangelnde Vermögen, die Gegenwartsforderungen und Gegenwartsleistungen der Arbeiterbewegung in eine organische Verbindung zu bringen mit dem Endziel des Sozialismus. Die Überschätzung der Rolle der Persönlichkeit und des parlamentarischen Mechanismus. Dazu kommt heute jene »staatspolitische« Einstellung, die aus der erweiterten Angriffsfläche der Partei im Staat auf eine Art Solidarhaft von Staat und Klasse schließt, anstatt die wechselnden Formen des Kampfes um den Staat auch im Staat und Staatsapparat kritischer zu untersuchen und in die taktischen Richtlinien einzubauen. Nur zu leicht wird dann vergessen, daß das Parlament ohne Massendruck leerläuft. Man beachtet zu wenig, daß persönliche Geschicklichkeit, Weitblick und politischer Instinkt wohl ökonomische und gesellschaftliche Kräfte besser ausnutzen können, daß aber der gewiegteste Staatsmann nicht gegen gewichtige Tatsachen der ökonomischen Entwicklung zu regieren vermag. Man vergißt die ökonomische Analyse des »Finanzkapitals« und überschätzt die persönliche Führung und die Information aus den Kreisen der Finanzkapitalisten.

Man denkt, daß sich die Massen dirigieren lassen wie Schachfiguren, wenn man nur greifbare Erfolge aufzuweisen hat. Man

2 Manifest der Londoner Internationale vom November 1920.

3 Vgl. Horst Klein: Wirtschaftsdemokratische Auffassungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H.1/99, S. 14ff.

vergißt, daß der revolutionäre, oft unklare Instinkt der Massen auch eine Wirklichkeit ist und daß eine große Partei Überlieferungen und Symbole hat, die deshalb so tief bewußt und unterbewußt verwurzelt sind, weil sie Erfahrungen darstellen, die in den Grundverhältnissen des Kapitalismus und seiner Klassen begründet und deshalb in verschiedenen Epochen des Kapitalismus gültig sind.

Es ist die alte reformistische Weisheit: Schnelle Verallgemeinerungen vorübergehender Situationen auf Kosten der Erkenntnis der mächtigen wirtschaftlichen Strömungen und Grundgesetze des Kapitalismus.«⁴

4 Panzerkreuzer und Sozialdemokratie, Berlin 1928, S. 23.

Die Linken der Zwischenkriegszeit hatten bekanntlich jenen in doppeltem Sinne »ungeheuerlichen« Schatz an Erfahrungen noch nicht, über den die Linken heute verfügen, und so irrten sie sich in mancherlei Hinsicht, aber die oben zitierte Erkenntnis war und bleibt eine grundlegende, gültige Erfahrung.

Daneben waren es hauptsächlich Erfahrungen von Niederlagen aus den niedergeschlagenen Räterepubliken in Ungarn, Bayern, der Slowakei sowie die der Novemberrevolution in Deutschland und Österreich. Allein die bolschewistische Revolution schien siegreich zu bleiben. Die bald unter sowjetischem Kuratel stehende kommunistische Bewegung sah sich allerdings gezwungen, vom sowjetischen Grundmodell als einzig verbindlichem auszugehen, also im Widerspruch zur marxistischen Methodologie von einer Praxis und damit von einer insofern bereits verabsolutierten Wahrheit, die es nicht geben kann, also schon keine Wahrheit mehr ist. Ein »epigonaler Stalinismus«⁵ ersetzte das bis dahin reiche marxistische Denken.

5 Heinz Niemann: Epigonaler Stalinismus, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 3, S. 620ff.

Es ist ein bleibendes Verdienst der linkssozialistischen Denker, sich diesem ideologisch-methodologischen Dogma und dem theoretisch phantasielosen Diktat nicht gebeugt zu haben, auch wenn sie sich als Träger eines dritten Weges angesichts der sich bekämpfenden Hauptströme nie als eine gesellschaftlich verwurzelte Kraft etablieren konnten. Ihr marxistisch begründetes gesellschaftspolitisches und strategisches Konzept trug daran keine Schuld.

Es geht heute wie damals darum, was das denn ist oder sein soll: *Demokratischer Sozialismus*. Aspekte Antwortversuche der damaligen Zeit seien, hier notgedrungen fast nur auf die Staats- und Demokratiefrage beschränkt, im folgenden in Erinnerung gerufen.

Mit dem Sieg der Bolschewiki, spätestens aber als durch das Stalinsche Terrorregime vor allem Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten vor den Richterstuhl gestellt bzw. ins Lager geschickt wurden, entbrannte der Kampf um die Frage Demokratie oder Diktatur, Reform oder Revolution erneut. Sie war von einer rein ideologischen zu einer praktischen Frage geworden. Ich nenne die Träger dieses Diskurses traditionell und der Einfachheit halber »Linkssozialisten«, weil die linkssozialistische Strömung nun einmal hauptsächlich und ursprünglich im Kampf mit dem rechten Sozialdemokratismus entstanden ist, sich später gegen die antimarxistischen und antileninistischen Entstellungen des Stalinismus wandte und zu ihnen auch demokratische Kommunisten zuzurechnen sind.

Mit dem Vordringen des Stalinismus und dem proklamierten Aufbau und möglichen Sieg des Sozialismus in einem Lande spaltete

sich der theoriegeschichtliche Prozeß endgültig. Jetzt war die schöpferische und naturgegeben revidierende Debatte nur noch außerhalb, in Frontstellung zum Monopolanspruch der stalinistischen Herrschafts-apologetik des »ML« möglich. Marxistisch tradierter Linksozialismus, später westlicher Marxismus, Sozialismus mit menschlichem Antlitz (Reformkommunismus) oder Eurokommunismus waren Produkte der Reflexion über die Krise des offiziellen M-L und des sog. Realsozialismus.

Die Linksozialisten hielten daran fest, daß es nach Marxscher Auffassung einer bestimmten hohen Stufe der industriekapitalistischen und zivilisatorischen Entwicklung und damit der Konstituierung des Proletariats zur dominierenden, auch zur zahlenmäßig stärksten Klasse bedürfe, um erfolgreich zur sozialistischen Revolution zu kommen. Im Gegensatz zur kautskyanischen Orthodoxie diente die Verteidigung dieser marxistischen Position nicht der prinzipiellen Ablehnung oder gar Verteufelung des bolschewistischen Versuchs. Bekanntlich entwickelte sich nach der Abspaltung der linken Kräfte im Gefolge des Ersten Weltkriegs und ihrem Anschluß an die Kommunistische Internationale in den verbleibenden sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien nur sehr allmählich wieder eine nennenswerte linke Strömung. Lediglich in Österreich, wo nur eine Splittergruppe sich zur KPÖ konstituierte und die SDAPÖ ihre dominierende Monopolstellung halten konnte, agierte bald eine bedeutende linke Strömung, die durch Otto Bauer, Max Adler, zeitweilig und bedingt durch Friedrich Adler, Julius Deutsch, Käthe und Otto Leichter, Ilona Duczynska-Polanyi, Oskar Pollack, Therese Schlesinger u.a. repräsentiert wurde.

In Deutschland schloß sich die Rest-USPD, die auf dem Hallenser Parteitag 1920 nicht den Übertritt zur Kommunistischen Internationale vollzogen hatte, mit Ausnahme einer kleinen Gruppe um Georg Ledebour und Theodor Liebknecht 1922 wieder der SPD an. Da wenige Monate zuvor die KAG (Kommunistische Arbeitsgemeinschaft) mit dem aus der KPD ausgeschlossenen Paul Levi an der Spitze sich der USPD angeschlossen hatte, bildeten sie mit dem Mitbegründer der KPD und Kampfgefährten Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs jetzt den Kern einer neuen Linken innerhalb der reformistischen SPD. Dazu kann man Kurt Rosenfeld, Heinrich Ströbel, Tony Sender, Robert Dißmann, Max und Ruth Seydewitz, Siegfried Marck, Fritz Sternberg, Karl Böchel, Arkady Gurland, Ernst Eckstein, Maria Rausch u.a. zählen.⁶ Dabei muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß es zwischen den linken Austromarxisten und den deutschen Linksozialisten viele Gemeinsamkeiten, aber auch nicht unbedeutliche Unterschiede gab. Der wichtigste Unterschied bestand in der Staats- und Machtfrage. Während es sich Otto Bauer und seine Anhänger schwer vorstellen konnten, im kleinen Österreich, vielleicht auf Wien beschränkt, nach einem Aufstand die Diktatur des Proletariats errichten zu können und deshalb viel angestrenzter über Formen und Wege des Herankommens und des allmählichen, von einer breiten demokratischen Unterstützung getragenen parlamentarischen Übergangs an die Macht nachdachten, drängten die Verhältnisse im erstarkten, aber auch mit größeren Problemen belasteten Deutschland und konfrontiert mit

6 Vgl. Heinz Niemann (Hrsg.): Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei. Zwei Beiträge zum Linksozialismus in Deutschland von Helmut Arndt und Heinz Niemann, Berlin 1992.

der relativ stärksten und besonders radikalen Kommunistischen Partei der kapitalistischen Welt die deutschen Linkssozialisten dazu, gerade in der Machtfrage eine radikalere Position für notwendig und richtig zu halten, allerdings besonders unterstützt von einem linken Austromarxisten, Max Adler. Uns soll jetzt hier nur die Tatsache interessieren, daß die Vertreter beider Strömungen marxistisch argumentierten, daß es offensichtlich möglich ist, unterschiedliche Standpunkte mit der marxistischen Theorie und Methode zu begründen, was neben subjektiven Umständen und theoretischen Fähigkeiten eine Folge der unterschiedlichen Bedingungen und der Vielfalt der Verhältnisse ist, unter denen marxistische Theorie und politische Praxis existieren und der schöpferische Marxismus kein geschlossenes Dogmensystem ist. So hatte die österreichische Sozialdemokratie nach der Revolution weit mehr personellen und gesetzgeberischen Einfluß auf den Staat erreicht als die SPD in Deutschland, wo die Republik faktisch in den Händen der alten politischen Klasse, der alten Staatsbürokratie und der Reichswehrgeneralität blieb. Hauptfeld der Auseinandersetzung um die Staats- und Demokratieauffassung war von Anfang an die Stellung zur Oktoberrevolution und die in ihrem Gefolge von den Bolschewiki errichtete Sowjetmacht.

Die Linkssozialisten übernahmen die von Otto Bauer und Friedrich Adler formulierte Grundthese: Hände weg von Sowjetrußland! Sie galt für sie dauerhaft. Auf der Grundlage dieses solidarischen Bekenntnisses zur Sowjetunion entwickelten sie ihre z.T. sehr kritische Position zur inneren Verfaßtheit des Sowjetregimes, den immer deutlicher werdenden stalinistischen Verkrustungen und Pervertierungen.

Die Orthodoxen um Karl Kautsky verurteilten die Oktoberrevolution und ihr Produkt von Anfang an als falsch, verfrüht, im Grunde antisozialistisch und lehnten sie vehement ab.

Der bedeutendste Widerpart von Kautsky und seinen Anhängern war Otto Bauer, der zum Sprecher von Hunderttausenden Sozialisten wurde. In Deutschland war es Paul Levi, allerdings in seiner Wirksamkeit immer mit dem Handicap seiner Herkunft belastet.

Bauer, bis zur Februarrevolution Kriegsgefangener in Rußland, sah zwar wie Kautsky die Unterentwicklung dieses Landes, das nicht reif für die Diktatur des Proletariats und die Errichtung des Sozialismus sei. So schrieb er unmittelbar vor der Oktoberrevolution:

»Rußland ist ein Agrarland, in dem die Arbeiter eine Minderheit der Bevölkerung sind. Die russische Revolution kann nicht mit der Diktatur des Proletariats enden, sie kann nicht eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufrichten. Auch wenn die russische Revolution alle ihr drohenden Gefahren überwindet, wird ihr Ergebnis nichts anderes sein können, als eine bürgerliche demokratische Republik.«⁷ Aber seit 1920 setzte sich bei ihm immer mehr Sympathie und Hochachtung für den heroischen Versuch der Bolschewiki durch, ohne daß er den Fehler der KPD machte, nun den sowjetrussischen Weg als verbindlich für Westeuropa zu erklären. Wie schon Rosa Luxemburg sah er alle Mängel und Probleme, das ganze Dilemma infolge des Ausbleibens der Revolution in den entwickelten Ländern. In einer Schrift von 1920, »Bolschewismus

7 Otto Bauer: Werke, Bd. 1, Wien 1976, S. 35.

oder Sozialdemokratie«, schrieb er: »Die schrankenlose Allmacht eines von einer kleinen Minderheit des Proletariats, das selbst nur eine kleine Minderheit des russischen Volkes ist, beherrschten Staates gibt dem russischen Sozialismus sein Gepräge. Es ist eine sozialistische Gesellschaft, die da entsteht. Denn die Sowjetmacht hat die Arbeitsmittel den Kapitalisten entwunden, den Arbeitsprozeß von der Herrschaft des Kapitals befreit, die Verfügung über den Kapitalsertrag den Kapitalisten entrissen, und sie selbst organisiert jetzt, indem sie über die Arbeitskräfte und Arbeitsmittel des Landes nach ihrem Plan verfügt, eine planmäßige, unmittelbar gesellschaftliche Verteilung des Arbeitsertrages. Aber wenn das Sozialismus ist, so ist es doch ein Sozialismus besonderer Art, ein despotischer Sozialismus.«⁸

8 Derselbe: Werke, Bd. 2, S. 71.

Im Unterschied zu den antisowjetischen Theoretikern hielt er es für möglich, nachdem nun mal die Revolution gesiegt und die genannten Schritte eingeleitet hatte, auch auf diesem Wege zum Sozialismus zu kommen. »Auch die Prinzipien der Demokratie sind nicht ›ewige Wahrheiten‹. Auch die Demokratie ist ein Entwicklungsprodukt und eine Entwicklungsphase.

Nur auf bestimmter Entwicklungsstufe der Produktivkräfte, der Klassenkämpfe, der kulturellen Reife der Massen ist Demokratie möglich. Wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, ist der Despotismus einer fortgeschrittenen Minderheit eine transitorische Notwendigkeit, ein zeitweilig unentbehrliches Instrument des historischen Fortschritts.«⁹

9 Derselbe: Werke, Bd. 7, S. 518.

Gegen seine damaligen Kritiker, die die »reine Demokratie« hochhalten wollten, wandte Bauer ein: »Wir sind Demokraten und Sozialisten. Aber nicht kleinbürgerliche Vulgärdemokraten, die die Demokratie im Gegensatz zum Sozialismus und über den Sozialismus setzen und um der Demokratie willen alles, was die Revolution an Elementen des Sozialismus geschaffen hat, gefährden oder gar preisgeben möchten. Wir sind Demokraten um des Sozialismus willen.«¹⁰

10 Ebenda.

Der Marxist und linke Sozialist Bauer hielt es also im Gegensatz zu den Reformisten unter bestimmten Bedingungen für möglich daß

a) der Sozialismus mit einer despotischen Herrschaft beginnen könne,

b) der Sozialismus nicht um einer abstrakten »Demokratie« willen an die alte ehemals herrschende Klasse preisgegeben werden dürfe.

Aber: Die Linkssozialisten gingen zugleich davon aus, daß sich c) der despotische Sozialismus auf einem bestimmten sicheren Entwicklungsniveau zu einem demokratischen System wandle, liberalisiere und reformiere, weil – wie Bauer schrieb – man um des Sozialismus willen Demokrat sein müsse. Auch dies begründete er strikt als marxistischer Sozialist und nicht als liberaler Kleinbürger: »So ist die Diktatur, nachdem sie ihre große geschichtliche Funktion erfüllt hat, zum Hindernis der Entfaltung der Produktivkräfte geworden. Ihre Liquidation ist unvermeidlich.«

Diese könne allmählich, durch ständige Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten erfolgen. Insbesondere war für

ihn die individuelle und geistige Freiheit ein unersetzlicher Wert. Sollte es die Partei nicht verstehen, diesen Weg zu gehen, würde es zu Verzweigung, Resignation und Chaos kommen.

»Aus dem Chaos, das der Diktatur Erbe sein wird, wird dann die (blutige) Konterrevolution hervorgehen, die nicht nur die russischen Arbeiter aller revolutionären Errungenschaften berauben, sondern auch der internationalen Konterrevolution starken Auftrieb und mächtige Stütze geben wird.«¹¹

Wir wissen, daß er mit dieser letzten Prognose recht behielt, aber im Unterschied zu den Kautskyanern, die sich wie Eschatologen bestätigt fühlen, war diese Entwicklung für ihn eben nicht unausweichlich. Wer wie Bauer in seinem eigenen Selbstverständnis Sozialist blieb, machte aus dem Geschichtsdeterminismus des Marxismus keinen Fatalismus. Er war ein Dialektiker und blieb ein historischer Optimist. Im Jahre 1931 meinte er, daß im Ergebnis der erfolgreichen Fünfjahrpläne (und auf dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise) die Grundlagen des Sozialismus geschaffen seien. Nun komme es darauf an, den politischen Überbau zu entwickeln, die sozialistische Demokratie und Kultur Schritt für Schritt zu entfalten, die individuellen und Freiheitsrechte zu garantieren usw. Sollte dies nicht geschehen, wiederholte er seine Warnung vor einem antisozialistischen Rückschlag.

Für die deutschen Linkssozialisten lagen die Probleme ähnlich, allerdings wurde bei ihnen noch spürbarer, wie sie von zwei traumatischen Erfahrungen geprägt waren: dem Scheitern der Novemberrevolution und der Tatsache, daß die Entscheidung der Alternative »Rätemacht oder Nationalversammlung« zugunsten des parlamentarischen Weges zur Erhaltung des Kapitalismus und der Installation einer bürgerlich-demokratischen Republik, hinter deren Fassade die alten Mächte in Wirtschaft und Militär herrschten, geführt hatte. Das Mißtrauen gegenüber einer Strategie, die auf das Festhalten an formal-demokratischen Prinzipien und Procédures reduziert wurde und dadurch die in der Revolution errungene Macht an die Bourgeoisie auslieferte, war bis weit in die Reihen der SPD in der ganzen Zeit der Weimarer Republik spürbar. »Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist unser Ziel« stand auch bei SPD-Kundgebungen später noch auf Transparenten. Die hintertriebene Sozialisierung verhinderte ein wirkliches Bekenntnis zur Weimarer Demokratie endgültig.¹²

Das zweite traumatische Erlebnis war Sowjetrußland mit seinem aus der ökonomischen, demokratischen und kulturellen Unterentwicklung resultierenden Despotismus. Dieses Dilemma ließ die theoretischen Überlegungen der deutschen Linkssozialisten, die sich in der SPD seit 1927 vorwiegend um ihre neugegründete Zeitschrift »Der Klassenkampf« scharten, unter keinem guten Stern stehen.

In der Erstausgabe des »Klassenkampf« schrieb Paul Levi trotz aller Kritik an verabsolutierten administrativen und diktatorischen Maßnahmen der Sowjets: »Ein Blick auf Europa lehrt ja, wie wenig eine Demokratie die Diktatur einer Klasse aufheben muß. Was in Europa der Bourgeoisie möglich ist – bei Diktatur die Demokratie zu halten –, das muß theoretisch auch in einem Lande möglich

11 Derselbe: Werke, Bd. 2, S. 63.

12 »Die Gesellschaft hatte zur Besorgung ihrer gemeinsamen Interessen, ursprünglich durch einfache Arbeitsteilung, sich eigne Organe geschaffen. Aber diese Organe, deren Spitze die Staatsgewalt, hatten sich mit der Zeit, im Dienste ihrer eignen Sonderinteressen, aus Dienern der Gesellschaft zu Herren über dieselbe verwandelt ... Gerade in Amerika können wir am besten sehn, wie diese Verselbständigung der Staatsmacht gegenüber der Gesellschaft, ..., vor sich geht. Hier existiert keine Dynastie, kein Adel, kein stehendes Heer, außer den paar Mann zur Bewachung der Indianer, keine Bürokratie mit fester Anstellung oder Pensionsberechtigung. Und dennoch haben wir hier zwei große Banden von politischen Spekulanten, die abwechselnd die Staatsmacht in Besitz nehmen und mit den korruptesten Mitteln und zu den korruptesten Zwecken ausbeuten – und die Nation ist ohnmächtig gegen diese angeblich in ihrem Dienst stehenden, in Wirklichkeit aber sie beherrschenden und plündernden zwei großen Kartelle von Politikern.« Friedrich Engels: Einleitung zu »Der Bürgerkrieg in Frankreich« von Karl Marx, in: MEW, Bd.17, S. 624.

sein, in dem das Proletariat die Macht hat, ja gerade in diesem, weil hier die Zahl nicht gegen, sondern für das Herrschaftssystem ist. Es ist eine Demokratie der Mehrzahl, nicht gegen die Mehrzahl. Praktisch aber – und die Praxis ward bald die Lehre – haben die Bolschewiki stets die Diktatur und Aufhebung der Demokratie für identisch gehalten und niemals irgendeine demokratische Anwendung gezeigt.¹³ Was Bauer 1921 noch für möglich hielt, das war für Levi sechs Jahre später bedauerlicherweise bereits negativ beantwortet. Neben die Solidarität, die Akzeptanz der Leninschen These »Demokratie für wen, für welche Klasse«, trat bei den weitestgehendsten Theoretikern der berechnete Zweifel, ob unter Stalin die Sowjetunion aus dem Teufelskreis der Diktatur herausfinden werde. Je mehr die Aufbauarbeiten gewürdigt wurden, um so heftiger wurde der Streit in der Frage des Charakters der Macht und der Formen der Machtausübung.¹⁴

Die Linken wie auch offiziöse Parteibeschlüsse waren sich scheinbar einig in der Wertschätzung der Demokratie und des demokratischen Weges zur sozialistischen Umwälzung. Diktatorische Mittel wurden – hier folgte man dem österreichischen Linzer Parteiprogramm (1926) und Otto Bauer – nur als Gegenmaßnahmen, wenn die politisch-parlamentarisch entmachtete bourgeoise Klasse den Boden der Demokratie verlassen würde, angedroht.

Zweitens war man sich einig, daß eine wie immer bezeichnete Herrschaft der Arbeiterklasse die Herrschaft einer Mehrheit des Volkes sein würde, die sich als demokratische, in Wahlen mit konkurrierenden Parteien zu ermittelnde Mehrheit bestätigen müßte.

Von der Parteiöffentlichkeit zwar kaum wahrgenommen, war dies von einer Debatte um verfassungsrechtliche Probleme begleitet. Die SPD, die sich als Geburtshelfer von Weimar und der Verfassung verstand, bekannte sich als einzige Partei ohne jede Einschränkung zu ihrer jeglichen Legalität konstituierenden Bindungskraft. Daß dieses Konzept nicht einmal unter den Bedingungen einer bürgerlichen Herrschaft funktionierte und den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung garantiert, wenn eine versagende oder von Krisen geschüttelte Wirtschaft das Lebensniveau der Massen ruiniert, zeigte wenig später der Machtantritt Hitlers. Als die herrschende Klasse sich 1929-33 bedroht sah, lieferte sie ihre (bürgerliche) Demokratie der offenen faschistischen Diktatur aus, während die in demokratischem Geiste erzogenen Massen ihren Führern folgten und auf dem Kampfboden der parlamentarisch-demokratischen Republik verharren, als die Bourgeoisie diesen längst verlassen hatte.

Kontrovers dazu suchten die Linken an jene Elemente und Artikel der Weimarer Verfassung anzuknüpfen, die einen Gesellschaftswandel mit Bezug auf die garantierte Volkssouveränität zwar nicht ausdrücklich geboten, aber auch nicht unter Verfassungsverbot stellten. So schrieb Artikel 51 vor, daß die Ordnung des Wirtschaftslebens den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziel eines menschenwürdigen Lebens für alle entsprechen müsse und in »diesen Grenzen die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern« sei. Auch waren Enteignungen (gegen Entschädigungen) zulässig. Bei dafür geeigneten Betrieben wurde die

13 Der Klassenkampf. Marxistische Blätter, hrsg. von Max Adler, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, Nr. 1, vom 1. Oktober 1927, S. 2.

14 Vgl. die Debatte zum Referat von Rudolf Hilferding: Die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Republik, Kiel 1927, S. 165-223.

15 Hermann Heller: Freiheit und Form in der Reichsverfassung. Rede zur Verfassungsfeier des Deutschen Studentenverbandes, in: Die Justiz, 1929/30, H. 11, S. 677.

16 Otto Kirchheimer: Verfassungsreform und Sozialdemokratie, in: Die Gesellschaft, H. 1, 1933, S. 34.

17 »Auf die Dauer genügen die indirekten und anonymen Einflüsse den Wirtschaftsleitern nicht. Sind sie doch ständig in ihrer Wirkung bedroht durch die Disposition des demokratisch kontrollierten Gesetzgebers. Dieses Auseinanderklaffen von politischer und gesellschaftlich-wirtschaftlicher Macht ist ein Zustand, dem Dauer nicht beschieden sein kann. Entweder muß die Staatsgewalt durch eigene ökonomische Machtfundierung die Möglichkeit bekommen, sich gegenüber den privaten Wirtschaftseinflüssen politisch zu verselbständigen, oder der Kampf der Wirtschaftsleiter muß wenigstens vorläufigen Erfolg haben, daß sie die demokratische Gesetzgebung zu ihren Gunsten beseitigt.«
Hermann Heller: Staatslehre, Leyden 1934, S. 138f.

18 »Diese formale Demokratie ist zwar ein unentbehrliches Kampfmittel, aber

doch ihrem Wesen nach noch eine bürgerliche Forderung, der daher auch eine bürgerliche politische Ideologie entspricht. Die dem Proletariat eigentümliche Demokratie führt ihrem Wesen nach über diesen bloßen politischen Formalismus hinaus, weil sie nur durch Überwindung des Klassengegensatzes zu erfüllen ist. Das ist die soziale Demokratie, die auch eine ganz andere politische Ideologie schon im heutigen politischen Kampfe verlangt, als jene der bürgerlichen Demokratie. ... Denn der politischen Demokratie entspricht der Ideologie des Rechtsstaates mit allen ihren Illusionen eines fortschreitenden Ausgleichs der Klassen. Dagegen die soziale Demokratie entspricht innerhalb der Klassengesellschaft die Ideologie des revolutionären Klassenkampfes, durch den sie erst hergestellt werden kann«. Max Adler: Demokratie als Ziel und Mittel. Über marxistische Staatsauffassung, in: Der Klassenkampf, H. 10, 1928, S. 292.

19 »Unser Kampfprogramm ...
A. Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise:
 Durchgreifendes, umfassendes Arbeitsprogramm, Bereitstellung aller Mittel aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau, Bereitstellung öffentlicher Mittel für Arbeitsbeschaffung. Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich oder Preissenkung, jedenfalls mit Steigerung des Reallohnes. Unternehmer, die diese Forderungen nicht glauben erfüllen zu können, sind wegen Unfähigkeit der Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben zu enteignen.

Möglichkeit einer Vergesellschaftung vorgesehen. Artikel 165 sollte einen Kompromiß zwischen Kapitalismus und dem aus der Verfassungsverwirklichung hervorgehenden Sozialismus begründen, indem Arbeiter und Angestellte gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzuwirken hätten. Die Grundidee der späteren Wirtschaftsdemokratie war verfassungsrechtlich abgesichert, indem Betriebsarbeiterräte und ein Reichswirtschaftsrat zugesichert waren.

Da es auch die sozialdemokratisch geführten Reichsregierungen nicht vermocht hatten, den gefährlichen Artikel 48, der dem Reichspräsidenten größere Machtbefugnisse zusprach als die alte Reichsverfassung dem Kaiser zugestanden hatte, durch ein Durchführungsgesetz zu novellieren und seinen Mißbrauch zumindest rechtlich zu verhindern, sollte dies durch kämpferische Drohgebärden ersetzt werden. Hier erhielt die Linke Unterstützung durch einige der sich seit 1930 um die »Neuen Blätter für den Sozialismus« scharenden Parteiintellektuellen. Selbst Hermann Heller, sozialdemokratischer Verfassungsrechtler und wahrlich kein Linker, versprach 1930 für den Fall eines Gewaltangriffs der Reaktion: »Dann werden wir die Weimarer Verfassung verteidigen, wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand!«¹⁵ Ähnlich Otto Kirchheimer, der für den Fall, daß versucht würde, die Grundlagen der Demokratie zu zerstören, »das Mittel der Gewalt« für verfassungskonform erklärte.¹⁶ Handlungsentscheidend blieb jedoch der Legalitätsfetischismus und die Verkennung des Herrschaftscharakters der Staatsbürokratie.¹⁷

Bei den Linken führte die drohende faschistische Gefahr zu noch größerer verbaler und mentaler Radikalisierung. Max Adler, der wachsenden Einfluß bei den deutschen Linken gewann, während er in seinem Heimatland als zu radikal ins Abseits geriet, war besonders bestrebt, den bürgerlichen Klassencharakter der politischen Demokratie nachzuweisen, die für ihn so lange eine »formale« blieb, solange es nicht gelang, sie zur »sozialen Demokratie« weiterzutreiben, »weil alle Demokratie, die in einem Klassenstaate besteht, auch bei noch so großer Vollendung nur eine formale sein kann, eben weil sie den Klassengegensatz bestehen läßt.«¹⁸ Wie schon andere linke Theoretiker übersah auch Adler die in der Idee der Wirtschaftsdemokratie schlummernden Möglichkeiten, die gerade unter den Bedingungen der sich verschärfenden Krise eher als Aufrufe zur Vollendung der politischen Demokratie durch die Diktatur des Proletariats zu einer die Massen mobilisierenden Losung und zu einem realistischen Transformationskonzept hätte werden können.

Den Anforderungen an ein entschieden linksozialistisches und zugleich realistisches strategisch-taktisches Konzept kam das im Oktober 1930 von der SPD-Linken proklamierte Kampfprogramm am nächsten, das man als Kernstück damaligen strategischen Denkens über einen »dritten Weg« zum Herankommen an die sozialistische Gesellschaft ansehen kann. Trotz altmodischer Sprache erscheint es gerade jetzt wieder überraschend modern, sieht man einmal davon ab, daß es von einem im nationalen Rahmen noch handlungsfähigen Staat ausging.¹⁹

Hervorzuheben ist das Bemühen um eine breit angelegte Bündnis- und Koalitionspolitik, die allerdings nicht allein auf kurzfristige Wahlerfolge abzielte, sondern als Merkmal linkssozialistischer Politik die Verknüpfung von tagespolitischer Reform (Kampfprogramm) und strategischem Fernziel (Prinzipienerklärung) stets präsent hielt.

In dieser Prinzipienerklärung der SAP von 1931 kann man dazu lesen, was mehrheitlich akzeptiert wurde. »Eine (solche) Revolution kann nur siegreich sein, wenn sie getragen ist von der Mehrheit des deutschen Proletariats, das die Mehrheit der deutschen Bevölkerung umfaßt. Am Beginn dieser Revolution steht also schon die Demokratie im Sinne dieses proletarischen Mehrheitswillens. Der gegnerische Machtapparat des Staates, der in den Händen der kleinen kapitalistischen Minderheit ist, kann nur gebrochen werden durch die Einsetzung dieser Mehrheitskräfte gegen ihn.«²⁰

Naheliegenderweise stellten sie sich diese Mehrheitsdiktatur, anknüpfend an die Novemberrevolution, als Räte­demokratie vor, die sich – hier griff man auf den alten Engels zurück – in Form einer demokratischen Republik organisieren müsse.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Linkssozialisten bemüht waren, in kritischer Abgrenzung vom Stalinismus, marxisches Denken auf die krisengeschüttelte kapitalistische Wirklichkeit ihrer Zeit schöpferisch anzuwenden. Demokratisierung der Wirtschaft war für sie abhängig von der Eroberung der politischen Macht und schloß die Umwandlung des großen privatkapitalistischen Eigentums in der Industrie und dem Bankwesen zu gesellschaftlichem, von den Produzenten (Gewerkschaften) und dem Staat geleitetem gemeinwirtschaftlichem Eigentum ein. In der Staatsfrage waren sie bemüht, die Formel von der »Diktatur des Proletariats« als Vollendung der Demokratie, auch durch Bewahrung der Errungenschaften des bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaates und durch ein breites antikapitalistisch-demokratisches Bündnis, auszufüllen.

Alles in allem gehört der Linkssozialismus (Gramsci, Bauer, Adler, Levi, Anna Siemsen u.a.) der zwanziger und dreißiger Jahre zum wichtigsten theoretischen Erbe jeder modernen sozialistischen Partei.

Abschließend:

Es ist bis heute ein ungelöstes Problem, daß eine sozialistische Partei einerseits Toleranz gegenüber ethisch, christlich, ökologisch oder feministisch begründeten Sozialismusvorstellungen in ihren Reihen vertragen muß. Weltanschaulicher Pluralismus kann und ist durchaus bereichernd. Andererseits bedarf es für die Führung des politischen Kampfes eines theoretisch begründeten, historisch getragenen Politikkonzepts, das nach meiner Überzeugung marxistisch sein muß. Anders gesagt: Wenn eine sozialistische Partei es nicht schafft, daß ihr Programm und ihre entscheidenden führenden Köpfe vom Marxismus geprägt und geleitet sind, dann wird es nicht gelingen, ihre Identität als sozialistische Partei auf Dauer beizubehalten. Gerade die notwendige Verbindung von aktueller

Allgemeine Preissenkung durch radikale Beseitigung der Preisdiktatur der Kartelle; Kontroll- und Eingriffsrecht des Staates über die Kartelle, Konzerne und Banken und die Beseitigung der die Produktion verteuern­den hohen Profite.

Stärkung der Kaufkraft der Massen durch die Herabsetzung der Zölle, die die Lebenshaltungskosten der Massen erheblich verteuert haben. Verhandlungen über die Ermäßigung der Reparationszahlungen und Verstärkung der Aufsichtsrechte des Reiches über die Reichsbahn und die Reichsbank.

Durchgreifende Maßnahmen gegen die Kapitalfucht.

Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre unter gleichzeitiger Erhöhung der Invalidenrente auf ein menschenwürdiges Niveau und Herausnahme der über 60 Jahre alten Leute aus den Betrieben. Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr.

B: Erhaltung und Ausbau der Sozialgesetzgebung ...

C. Sonstige Maßnahmen: Die jetzt besonders vordringlich erscheinen, sind: Ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung, das künftig eine dem Geist und Sinn der Verfassung widersprechende Auslegung ausschließt.

D. Zur Beschaffung der nötigen Geldmittel:

Für alle diese Aufgaben schlagen wir nach Ablehnung aller Steuervorschläge der Brüningregierung, der Kopfsteuer usw., u.a. vor: Offenlegung der Steuerlisten, die die Steuererträge um viele hundert Millionen Mark erhöhen werden. Verschärfung der Besitzsteuern.

Erhöhung des Einkommenssteuerzuschlages für die Einkommen über 8000 Mark um 20 Prozent.

Erhebliche Verschärfung der Erbschaftssteuer.

Wesentliche Vermehrung der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol. Schaffung eines Tabakmonopols. Verminderung der Ausgaben durch eine radikale, demokratische, kostensparende Verwaltungsreform, durch Streichung der überflüssigen Ausgaben für die Reichswehr, durch Streichung aller überflüssigen Repräsentationsausgaben, durch radikale Abstriche bei den hohen Gehältern und Pensionen.«

Prinzipienerklärung der SAP, zitiert nach: Heinz Niemann (Hrsg.): Auf verlorenem Posten? A.a.O., S. 286-293.

20 Ebenda, S. 248.

Tagespolitik, ihr Eintreten für die heutigen Interessen der abhängig Beschäftigten oder auch von kleinen und mittleren Unternehmern und Bauern mit dem Programmziel der sozialen Umgestaltung der Gesellschaft wird nur unter der Bedingung gelingen, daß sie eine weltanschaulich gebundene Programm-Partei bleibt. Die Weimarer Sozialdemokratie, das ist eine der wichtigsten historischen Lehren des Wirkens der Linken, hatte sich durch das Einlassen und Aufgehen in aktuelle Reformpolitik und durch das Mitwirken in bürgerlich dominierten Regierungskoalitionen selbst als marxistische und sozialistische Partei aufgegeben. Sie wurde zum reinen Wahlverein und befand sich im Griff einer im System etablierten Funktionselite. Wenn aber die gesamte Praxis und das Programm einer solchen Partei den Massen zusätzlich zur herrschenden bürgerlichen Ideologie suggeriert, es gäbe gar keine reale Alternative zum bestehenden System (Politik des kleineren Übels bzw. der Tolerierung und als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus), wie sollten diese Massen – insbesondere in einer Krisensituation – noch daran glauben, daß es einen nicht-kapitalistischen Ausweg gibt. Das heutige Lamento ehemaliger Linker, daß das historische Subjekt der sozialen Umwälzung verschwunden sei, während es sich nur gewandelt und ausdifferenziert hat, ist so gesehen das Ergebnis der eigenen Selbstaufgabe bzw. eines gewollten Identitätswechsels.

ULLA PLENER

Die SPD in den deutschen Westzonen 1945-1948

Das ausgehende 20. Jahrhundert wird – eurozentristisch gesehen – das Jahrhundert der Sozialdemokratie genannt, weil diese aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene politische Kraft in West- und Nordeuropa durch sozialreformerisch orientierte Konzepte und Praxis die politische, geistige und zum Teil auch sozialökonomische Wirklichkeit in den vergangenen einhundert Jahren spürbar beeinflusste. Die Ergebnisse des Wirkens der reformorientierten Arbeiterbewegung, deren Teil die Sozialdemokratie war, können so zusammengefaßt werden:

Sie setzte eine demokratische Staatsform durch: die Republik, den Rechtsstaat, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, auch für Frauen, die individuellen und kollektiven Freiheiten der Persönlichkeit.

Sie errang bedeutende, gesetzlich gesicherte soziale Rechte sowie betriebliche und soziale Leistungen, die den spezifischen Interessen der Lohnarbeitenden nach materieller und geistiger Höherentwicklung entsprachen: kürzere Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitsnachweis, Arbeitslosenunterstützung, Sicherung bei Krankheit und im Alter, mehr und bessere Bildung u.a.m.

Sie trotzte dem Kapital gewisse Mitbestimmungsrechte in Betrieben und Unternehmen (in einigen Ländern auch regionale und gesamtstaatliche Wirtschaftsorgane, in denen die nationalen Gewerkschaftsverbände vertreten sind) ab, die ebenfalls gesetzlich festgeschrieben wurden.

Sie sorgte dafür, daß ihre Organisationen, vor allem die Gewerkschaften, als eigenständiger gesellschaftspolitischer Faktor in Gesellschaft und Staat anerkannt wurden.

Sie hat in Deutschland – nach 1945 – zwar nicht die sozialen Grundrechte, aber immerhin das Sozialstaatspostulat als Verfassungsnorm im Grundgesetz festschreiben lassen und damit die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung (für die Zukunft) offengehalten und in einigen Länderverfassungen bestimmte soziale Grundrechte und wirtschaftsdemokratische Grundsätze verankert.

Nach 1945 intensivierten bei verschiedenen sozialen Kräften die Erfahrungen mit Faschismus und Krieg antifaschistische, demokratische, antikapitalistische und sozialistische Bestrebungen. Sie waren Ausdruck und Faktor des gesellschaftlichen Umbruchs in Europa im Gefolge des Zweiten Weltkriegs. Hoffnungen und Praxis einer Mehrheit in der Sozialdemokratie »waren auf einen Sozialismus zugeschnitten, der gleichermaßen antifaschistisch wie

Ulla Plener – Jg. 1933, Historikerin, Dr. sc. phil., Berlin, Veröffentlichungen zur Geschichte der Sozialdemokratie; biographische Forschungen.

antikapitalistisch sein sollte, dabei keinesfalls antisowjetisch oder antikommunistisch«.¹ Sozialdemokratische Konzepte eines demokratischen und sozial gerechten, ja eines sozialistischen Europas als einer dritten Kraft zwischen den aus dem Krieg hervorgegangenen Weltmächten USA und Sowjetunion fanden über die Arbeiterbewegung hinaus Widerhall.²

Ähnlich wie andere sozialdemokratische Parteien des Kontinents wollte die SPD in den Westzonen Deutschlands in den Jahren 1945-1948 eine sozialökonomische Neuordnung erreichen. Und wie ihre westeuropäischen Schwesternparteien erreichte sie dieses Ziel nicht – obwohl das ihr eigentliches Anliegen als dritte Kraft war.

Auch dieses Ergebnis gehört zur sozialdemokratischen Jahrhundertbilanz. Und es führt an die Frage heran, warum die sozialdemokratische Praxis hinter ihrem Anspruch auf sozialökonomische Neuordnung als Fundament für eine dauerhafte und der großen Mehrheit der Lohnarbeitenden genügende soziale Demokratie weit zurückgeblieben war. Worin bestand damals das Selbstverständnis der SPD als der dritten Kraft bzw. als Bahnbrecher des »dritten Weges«?

Kurt Schumacher, der die Politik der SPD seit 1945 und bis zu seinem Tod 1952 in autoritärer Weise bestimmte, forderte 1945 ganz allgemein: Nicht Wiederaufbau, sondern Neubau Deutschlands als demokratische Republik und Hort des Friedens, in dem das für Nazi-Regime und Krieg verantwortliche Großkapital (»der Großbesitz«) niemals mehr politischen Einfluß erlangen dürfe und in dem die Demokratie ökonomisch gesichert ist durch »Überführung der Produktionsmittel in die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit«. Dieses Ziel enthielt innenpolitisch vor allem drei Neuordnungsforderungen:

Entmachtung des großen Industrie- und Finanzkapitals auf dem Wege der Sozialisierung der Schwerindustrie und der Banken (worunter die Überführung deren Eigentums in ein nicht oder kaum näher bestimmtes öffentliches oder Gemeineigentum, getragen von dafür zu schaffenden Gremien, Ländern, Kommunen, verstanden wurde) und Mitbestimmung der Lohnarbeitenden und ihrer Gewerkschaften in der Wirtschaft, die von staatlichen Institutionen planmäßig »nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit« gelenkt werden sollte;

eine »radikale Bodenreform«, also Enteignung von Teilen des Großgrundbesitzes, der landlosen und landarmen Bauern übergeben werden sollte, als demokratische Maßnahme, die nicht zuletzt aufgrund der katastrophalen Ernährungslage der Bevölkerung für notwendig gehalten wurde;

die Demokratisierung der Verwaltungen, der Polizei, der Justiz, vor allem auf dem Wege der Entnazifizierung, also der Entlassung aktiver Nazis aus diesen Institutionen, deren Stellen und Ämter zuverlässige demokratische Persönlichkeiten einnehmen sollten.

Es war ein radikal-demokratisches Programm (radikal insofern, als es für eine auch soziale Demokratie stritt und Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse vorsah), das Schumacher in die Losung »Sozialismus als Tagesaufgabe« kleidete. Die Forderung nach einem demokratischen Sozialismus richtete sich gegen den

autoritären, diktatorischen Sozialismus der Sowjetunion; die »sozialistische Fundierung« der Demokratie – gegen den Kapitalismus in den westlichen Ländern – der in Deutschland, so begründete Schumacher seine Forderungen, zur Katastrophe der Naziherrschaft und des Krieges geführt hatte. Diese Forderungen enthielten Schumachers erste Aufrufe vom Sommer und sein Referat auf der Konferenz in Wannsee im Herbst 1945 wie auch die »Kundgebung« des ersten Nachkriegsparteitags der SPD vom Mai 1946 in Hannover – und sie kehrten in allen parteioffiziellen Dokumenten der Jahre danach (bis hin zum Wahlprogramm für die Bundestagswahlen im August 1949 und auch noch später) immer wieder. Sie berücksichtigten die Erfahrungen von Weimar, und sie waren durch das Potsdamer Abkommen der vier Besatzungsmächte, die Deutschland nunmehr regierten, abgedeckt.

Auf das von den vier Großmächten 1945 vereinbarte Besatzungsregime und die Praxis der westlichen Militärregierungen, die seit Frühjahr 1946 zunehmend vom Kalten Krieg zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion geprägt war, kann und soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.³ Nur soviel: Nicht anders als die Sowjetunion, die in ihrer Besatzungszone dabei war, das eigene undemokratische Sozialismusmodell zu installieren, orientierten sich die Westmächte, an ihrer Spitze die USA, von Anfang an an ihrem kapitalistischen Gesellschaftsmodell, und das hieß: keine sozialökonomische Neuordnung in sozialdemokratischem Sinne, also weder Enteignung des Großkapitals noch des Großgrundbesitzes, und keine grundlegende Erneuerung auf staatlicher Ebene – des Verwaltungsapparats, der Polizei, der Justiz. Erinnert sei nur an das Veto der amerikanischen Militärregierung gegen den – auf ihr Verlangen hin gesondert zur Abstimmung gestellten und in freier Entscheidung von 71,9 Prozent der Wähler bestätigten – Sozialisierungsartikel der hessischen Landesverfassung sowie gegen die nach Grundsätzen liberaler Demokratie zustandekommenen Gesetze zur wirtschaftlichen Mitbestimmung, u.a. in Hessen, Baden-Württemberg, Bremen 1947/1948; an die Suspendierung des vom Landtag Schleswig-Holstein angenommenen Bodenreformgesetzes 1948 und der von den Landtagen Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen beschlossenen Sozialisierungsgesetze 1948 durch die britische Militärregierung – die Reihe könnte fortgesetzt werden. Staatliche Stellen – Verwaltungen, Polizei, Justiz – blieben weitgehend von nazistisch belasteten Kräften durchsetzt.

Das reflektierte im Herbst 1946 der Vorstand der SPD in der in Köln am 25. September angenommenen Entschließung »Umkehr oder Untergang?« Die Rede war u.a. von der »Unmöglichkeit, in der Richtung sozialistischer Wirtschaftspolitik Fortschritte zu erzielen«, und es wurde festgestellt: »In Politik, Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die uns zu den heutigen (katastrophalen) Zuständen geführt haben.« Die SPD erklärte, sie werde ihre politische Mitarbeit in Verwaltungen, in kommenden Landtagen und Länderregierungen verweigern, wenn nicht »verbindliche Zusagen« erfolgten über einen gerechten Lastenausgleich, »der die Sachwerte im gleichen Umfange heranzieht wie

»Ausschüsse aus der Bevölkerung, die sich in den ersten Tagen (nach der Besetzung) hier und da spontan gebildet hatten, um Einfluß auf die Lösung der Probleme zu nehmen..., fanden keine Bestätigung (durch die Besatzungsbehörden) und wurden wieder aufgelöst. Von ihnen getroffene Maßnahmen wie z. B. Absetzung politisch belasteter Beamten, Einsetzung von Personen mit demokratischer Legitimierung, Strafmaßnahmen gegen örtlich bekannte Anhänger des Nazisystems wurden nur in wenigen Fällen sanktioniert, in sehr vielen dagegen rückgängig gemacht. Infolgedessen blieben zunächst viele als Nazis bekannte Personen als Beauftragte der Militärregierung in ihren Ämtern.« Jahrbuch der SPD 1946, S. 5.

Am 4. Februar 1947 berichtete Victor Agartz, damals Mitglied des Parteivorstands und sein wirtschaftspolitischer Experte, in einem persönlichen Brief an K. Schumacher über eine Erklärung General Clays (ab 1. März Militärgouverneur der amerikanischen Zone) zu der im Januar erfolgten Wahl V. Agartz' zum Leiter des bizonalen Verwaltungsamtes für Wirtschaft, »daß mir nicht gestattet sein würde, meinen neuen Posten dazu zu benutzen, um die Sozialisierung der Schwerindustrie in der amerikanischen und britischen Zone durchzuführen... bemerkenswert ist, daß General Clay nicht nur von der Industrie der amerikanischen (Zone spricht), sondern auch in allen Fällen die Schwerindustrie der britischen Zone ausdrücklich mit erwähnt.« (SAPMO im BArch, NY 4104 (Nachlaß V. Agartz), zit. nach U. Plener: SPD 1945-1949, S. 167.

»Business Week« am 2. August 1947: »In Washington und Berlin sind die höchsten amerikanischen Beamten der Meinung, daß zumindest in kommenden fünf Jahren das deutsche Volk nicht über Sozialismus oder Kapitalismus entscheiden könne. Bis dahin hofft man auf das Sichdurchsetzen konservativer politischer Tendenzen in Deutschland.« Zit. nach ebenda, S. 158.

den Geldbesitz«; über »die Sozialisierung der Grundstoff-Industrien, der Energiewirtschaft, der Verkehrsunternehmen, der Banken und Versicherungsgesellschaften und eine durchgreifende und produktionsfördernde Agrarreform«; »alle zentralen Verwaltungen (sollten) demokratisch kontrolliert werden« u.v.a.m.⁴ Ein gutes halbes Jahr danach widerspiegelten die Anträge an den Parteitag 1947 der SPD in Nürnberg und die Diskussion dort, daß keine dieser Forderungen erfüllt war und sich an der im September 1946 beklagten Situation nichts geändert hatte.⁵

Jedem, der es sehen und wissen wollte, mußte spätestens seit Ende 1946 – mit und nach der Bizonegründung, die die Führungsrolle der USA in der westlichen Besatzungspolitik manifestiert hatte, – klar sein: Eine Neuordnung, zumal eine sozialökonomische, war mit den Westmächten nicht zu verwirklichen.

War also die von der SPD geforderte Neuordnung an der Gewalt der Militärregierungen gescheitert? Zu einem Gutteil – ja. Und doch lag es auch am Verhalten der SPD selbst – an der Praxis ihrer führenden Politiker, Schumacher an der Spitze. Daß es möglich war, gegen den Willen der Militärregierungen eigene Positionen zu realisieren, hatte Schumacher im April 1949 im Vorfeld der Abstimmung über das Grundgesetz demonstriert: Damals hatte er es vermocht, die Konstituierung der BRD als Bundesstaat (anstelle eines losen Staatenbundes) durchzusetzen, indem er damit gedroht hatte, die Zustimmung seiner Partei zum Grundgesetz zu verweigern. Einen so entschlossenen Widerstand gegenüber den Besatzungsmächten hatten er und die SPD niemals in bezug auf die sozialökonomische Neuordnung praktiziert. Die erwähnte Kölner Entschließung vom September 1946 – vor dem Hintergrund bevorstehender Wahlen zu Kreis- und Länderparlamenten angenommen – hatte ja ebenfalls damit gedroht, die Mitarbeit der SPD in Verwaltungen und Parlamenten zu verweigern, falls ihre Forderungen nicht ernst genommen werden sollten. Aber dieser Drohung folgte nicht die Tat: Nach den Landtagswahlen Ende 1946/Anfang 1947 hatte sie sich, obwohl die in Köln bemängelten Zustände unverändert geblieben waren, von der »konstruktiven Mitarbeit« leiten lassen und ging mit der CDU, der »Partei des Großbesitzes«, wie Schumacher sie nannte, Regierungskoalitionen ein.

Der wesentlichste Grund dafür lag in den von Schumacher bestimmten Leitlinien für die politische Praxis der SPD – und deren oberste Priorität war mitnichten die radikal-demokratische, sozialistische gar, Neuordnung der Westzonen. Ihre Hauptanliegen konzentrierten sich auf die politische Sphäre:

1. Aufbau einer parlamentarischen Republik nach dem Muster des (westlichen) liberal-demokratischen Parteienstaates, in dem die SPD die führende Rolle spielen sollte; deshalb konzentrierte sich Schumacher im ersten Jahr nach der Befreiung vom Naziregime auf die Konstituierung seiner Partei⁶ und nicht etwa auf Maßnahmen zur sozial-ökonomischen Neuordnung und Entnazifizierung. Die Orientierung an einer parlamentarischen, von Parteien getragenen Republik nach liberal-demokratischen Prinzipien schloß Kompromisse mit dem (prokapitalistischen) politischen Gegner ein – und die Einbeziehung außerparlamentarischer Massenaktionen

(mit antikapitalistischer Stoßrichtung) als demokratischen Gestaltungsfaktor aus.

2. Abwehr des kommunistischen Einflusses und der Bestrebungen zur Einheit mit den Kommunisten. Die KPD in den Westzonen, die SED in der SBZ und die Sowjetunion als internationaler und – das besonders – deutschlandpolitischer Faktor wurden von Schumacher zu den Hauptfeinden der SPD hochstilisiert. Von bitteren Erfahrungen mit Kommunisten in der Weimarer Zeit geprägt, ihrer Lernunfähigkeit und grundsätzlichen Bindung an die diktatorische Sowjetunion überzeugt und nicht zuletzt von einer Art Russophobie stimuliert⁷, war der grundsätzliche, aggressive Antikommunismus die alle anderen Anliegen überragende Triebkraft seines Handelns. Vom Beginn seiner politischen Tätigkeit 1945 an waren seine antikapitalistischen Intentionen – anders als bei großen Teilen der damaligen europäischen Sozialdemokratie – absolut antisowjetisch und antikommunistisch. Auch das führte die SPD in der praktischen Politik, in parlamentarischen Gremien zu Kompromissen mit dem bekämpften politischen Gegner (nicht Feind!) – der CDU.

Beide politischen Hauptanliegen präjudizierten die Parteinahme der SPD im Kalten Krieg der Großmächte grundsätzlich für den Westen. Schumacher, der für die deutsche Einheit focht, unterstützte alle Maßnahmen westlicher Besatzungsmächte hin zur westdeutschen Staatsgründung (von der Bizone, über Marshallplan und separate Währungsreform bis zu Arbeiten am Grundgesetz und dessen Annahme), indem er sie als Schritte zur deutschen Einheit interpretierte, einer Einheit, die politisch ausschließlich auf liberaldemokratischer Basis zustandekommen sollte, und das hieß – an der sozial-ökonomischen Neuordnung vorbei und in Konfrontation zur Sowjetunion, zur SED und den Kommunisten. Diese – in hohem Maße ideologisch begründete – Konfrontationsstrategie gegenüber der östlichen Besatzungsmacht war es wohl, die Schumacher gegenüber dem Willen der westlichen Besatzungsmächte, keine andere als die alte kapitalistische Gesellschaftsordnung in den Westzonen zuzulassen, blind machte (oder stellte er sich blind⁷⁸).

Die innenpolitische Praxis der SPD in den Jahren 1945-1948 ist kaum im Blick der heute vorherrschenden Historiographie und Publizistik. Ihre Aufmerksamkeit ziehen, wie schon früher, vorwiegend (um nicht zu sagen ausschließlich) die Persönlichkeit und das Wirken Schumachers auf sich, zuletzt anlässlich seines 100. Geburtstags 1995. Das ist insofern berechtigt, als Kurt Schumacher weitgehend autokratisch die Politik der Partei bestimmt hatte. Dabei spart die ältere wie jüngere Schumacher-Literatur seinen Anteil an der Praxis der SPD in den Westzonen völlig aus und befaßt sich nur mit seinen deutschlandpolitischen Anliegen.⁹ Sofern es um die Innenpolitik geht, wird lediglich sein Konzept – nicht die Praxis genannt, und auch das Konzept wird nicht im einzelnen ausgeführt (eine Ausnahme bildete seinerzeit, 1964, W. Ritter). Das entspricht dem geringen Stellenwert, den die sozial-ökonomische Gestaltung der Westzonen im politischen Wirken Schumachers in der Tat hatte. Der im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) aufbewahrte Nachlaß Schumachers enthält kaum Dokumente, private Briefe eingeschlossen, in denen er die

Entschließung des Landesparteitags der SPD Baden-Württemberg (April 1947) zur Koalitionspraxis: »Diese Bereitschaft der SPD zur Mitarbeit kann jedoch nicht als Verzicht auf die sozialistischen Grundforderungen der Partei betrachtet werden, deren Erfüllung mit den Interessen der erdrückenden Mehrheit unseres Volkes zusammenfällt... Auf die Dauer kann die Sozialdemokratie die Verantwortung nur für eine Politik übernehmen, die ihren Grundsätzen nicht widerspricht. Die Beteiligung an Regierungen darf die Partei nicht hindern, innerhalb und außerhalb der Volksvertretungen den Kampf um die Volksmehrheit und für sozialistische Lösungen zu führen. Der Landesparteitag ersucht den Landesvorstand und den Parteivorstand, unter diesen Gesichtspunkten die Entwicklung der politischen und wirtschaftspolitischen Tendenzen in Deutschland ständig zu prüfen und im gegebenen Zeitpunkt jene Folgerungen zu ziehen, die im Interesse der Partei und der von ihr vertretenen Masse des Volkes notwendig sind.« Zit. nach U. Plener: SPD 1945-1949, S. 170/171.

Antrag des Unterbezirks Göttingen der SPD an den Parteitag in Nürnberg (29. Juni - 2. Juli 1947): »Die deutsche Justiz hat in der Periode der Weimarer Republik wesentlich dazu beigetragen, den Sturz der Republik durch den Hitlerterror vorzubereiten. Auch heute sind in der deutschen Justiz Anzeichen vorhanden, daß genauso wie damals der soziale und demokratische Neubau Deutschlands durch eine rückständige Justiz gehindert wird. Diese ernste

und große Gefahr macht es erforderlich, daß sofortige Verhandlungen mit den Militärregierungen eingeleitet werden und daß auch durch geeignete Gesetzgebung in den Länderparlamenten Vorsorge getroffen wird, um diese Gefahr zu beseitigen. Die Gewalt muß vom Volke ausgehen. Nur durch sozial denkende und demokratisch handelnde Volksrichter kann ein Neubau Deutschlands gewährleistet werden. In der Justiz darf nicht nur eine äußere Umwandlung, sondern es muß eine innere Umgestaltung in konsequentester Form erfolgen.«
Zit. nach ebenda, S. 181.

Bei der geforderten Entnazifizierung zeigte sich die SPD nicht minder halbherzig als bei der Sozialisierung oder der Bodenreform. Einzelne ihrer Politiker setzten sich sogar für stark belastete Kriegsgewinnler ein. Im Nachlaß von Victor Agartz befindet sich folgendes Schreiben (nicht das einzige dieser Art):

»Dr. h. c. Robert Pferdmen-
ges - Köln, 15. April 1947
Sehr geehrter Herr Dr.

Agartz,
nachdem meine Rehabilitierung seitens der englischen Militär-Regierung ausgesprochen worden ist, möchte ich Ihnen für die warme Unterstützung und für die freundschaftliche Gesinnung, die Sie in dieser Angelegenheit mir gegenüber an den Tag gelegt haben, meinen verbindlichen Dank aussprechen.

Wenn in unserm Parteileben sachliche Meinungsverschiedenheiten von der persönlichen Sphäre getrennt bleiben könnten, wie das Ihr nobles Verhalten mir gegenüber gezeigt hat, so wäre es um unser Vaterland besser bestellt.

Neuordnungsforderung mehr als nur mit einigen Schlagworten wie »gegen Großbesitz«, »für Sozialisierung« u.ä. begründet hätte, oder die das praktische Bemühen Schumachers um die sozial-ökonomische Neuordnung belegen würden.

Demgegenüber wurden innenpolitische Konzeption und Praxis der SPD der Jahre 1945-1948 in mehreren zwischen 1970 und 1978 erschienenen Monographien aus linkssozialistischer Sicht eingehend untersucht und dargestellt.¹⁰ Ihre Ergebnisse stimmten mit dem inhaltlichen Ertrag der vorwiegend in den 60er Jahren betriebenen Forschungen der Autorin zu diesem Thema weitgehend überein.¹¹ Studien im Archiv der sozialen Demokratie des FES in den 90er Jahren ergaben, daß die substantiellen Ergebnisse dieser früheren Forschung hinsichtlich der innenpolitischen Praxis der Schumacher-SPD in den ersten Nachkriegsjahren weitgehend gültig sind.¹²

An dieser Stelle kann es nicht darum gehen, im einzelnen der damaligen politischen Praxis der SPD nachzugehen, also die Ergebnisse der früheren linkssozialistischen und eigenen Forschung zu wiederholen. Es soll jedoch unter dem hier gewählten Aspekt der Jahrhundertbilanz der SPD an sie erinnert und auf sie verwiesen werden. Die darin zusammengetragenen Tatsachen beleuchten, daß und wie das praktisch-politische Verhalten der SPD zum Scheitern der von ihr angestrebten sozial-ökonomischen Neuordnung in den Westzonen beigetragen hat, und das waren im besonderen

die grundsätzliche Westorientierung und als Folge widerstandslose Hinnahme aller Maßnahmen westlicher Militärregierungen hin zur westdeutschen Staatsgründung, die zugleich gegen die Neuordnung gerichtet waren (Bildung der Bizone im Dezember 1946, Marshallplan vom Juni 1947, Währungsreform vom 20. Juni 1948, um nur drei der wichtigsten Schritte zu nennen);

die Kompromißbereitschaft gegenüber rechts (CDU) und Abgrenzung nach links (KPD), besonders augenscheinlich in der Koalitionspraxis mit der CDU auf Länderebene nach den Landtagswahlen 1946/1947, die von der »positiven Mitarbeit« (statt der in der Kölner Entschließung angedrohten Verweigerung) geleitet war und zu wesentlichen Abstrichen bei der verfassungsrechtlichen Festschreibung der von der SPD angestrebten strukturellen Eingriffe in die Wirtschafts- und Sozialordnung führte; ähnlich die z.T. schreiende Inkonsequenz bei der Entnazifizierung von Kriegsgewinnlern;

die Ablehnung außerparlamentarischer Massenaktionen, die sich besonders intensiv im Frühjahr 1947, im Winter/Frühjahr 1948 und im Herbst 1948 entfaltet hatten.¹⁴

An dieser Stelle soll nur auf den zuletzt genannten Punkt – den Umgang Schumachers und der SPD mit Massenaktionen – eingegangen werden.

Solche Aktionen – Demonstrationen, Kundgebungen, Märsche, Streiks – erreichten in den genannten Zeiträumen einen hohen Grad an Massenbeteiligung und Intensität.

Allein im Ruhrgebiet nahmen an den Aktionen verschiedener Art zwischen Anfang Februar und Mitte Mai 1947 nahezu eine Million Menschen teil. Den Höhepunkt bildete der Ruhrbergarbeiterstreik

am 3. April mit 300 000 Beteiligten. In der ersten Jahreshälfte 1948 erreichten die Aktionen, besonders Streiks, ein noch größeres Ausmaß.¹⁵ Am 4. Januar 1948 streikten 1,5 Millionen Angestellte der gesamten britischen Zone, am 22./23. Januar eine Million Arbeiter und Angestellte in Bayern, am 3. Februar über eine Million in Württemberg-Baden. Eine dritte Welle von Aktionen (Demonstrationen, Protestkundgebungen, Käuferstreiks) setzte nach der Währungsreform im Spätsommer 1948 ein (wobei die Besatzungsbehörden partiell, so am 28. Oktober in Stuttgart, mit militärischer Gewalt einschritten). Sie fand ihren Höhepunkt in dem von Gewerkschaften ausgerufenen (und von Besatzungsbehörden genehmigten) Generalstreik in der Bizone am 12. November 1948, an dem sich über neun Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten.

Unmittelbarer Anlaß der Aktionen war die katastrophale Ernährungslage. Und zugleich hatten sie ausgesprochen politische Anliegen, was sich besonders im Frühjahr 1947 in Forderungen mehrerer großer Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenzen niederschlug. Es ging um die Entnazifizierung und Demokratisierung der Verwaltungen (u.a. sollte der praktisch aus dem Dritten Reich übernommene Reichsnährstand – das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft für die britische Zone – aufgelöst, sein Leiter, der Großgrundbesitzer, vor 1945 »Osthilfekommissar«, Schlange-Schöninggen (CDU) abgesetzt und Ernährungsausschüsse unter Teilnahme der Gewerkschaften gebildet werden); es ging um die demokratische Bodenreform und um die Entmachtung der Kohlekonzerne und deren Überführung in öffentliches Eigentum. Auch 1948 wurden diese Forderungen, wenn auch weniger prononciert, erhoben.

Die Forderungen stimmten also mit dem Verlangen der SPD nach sozial-ökonomischer und politischer Neuordnung überein. Bei einer Strategie, die spontane und organisierte Massenaktionen als (mit)gestaltenden Faktor in die Auseinandersetzung um gesellschaftliche Realität eingeschlossen hätte, wäre der politische Spielraum der Partei um ein wesentliches Druckmittel erweitert und damit die Chance, die eigenen Anliegen zu verwirklichen, erhöht worden.

Exkurs: Spontane Massenaktionen als beschleunigender Faktor der Geschichte

Spontane Volksbewegungen und Massenaktionen der Lohnarbeitenden hatten sich in der Geschichte des Kapitalismus immer als gesellschaftlich und politisch produktiv (wenn auch selten erfolgreich, schon gar nicht auf Dauer) erwiesen, wenn sie Veränderungen und/oder Korrekturen im Sinne der Demokratie – der stärkeren Einflußnahme der großen Mehrheit der Bevölkerung, der Lohnarbeitenden auf Entscheidungen in Politik und Gesellschaft (besonders Wirtschaft) anstrebten und durchsetzten. Sie vereinten meistens das Streben nach Demokratie und nach sozialer Gerechtigkeit (oder Protest gegen soziale Ungerechtigkeiten). Sie waren (und sind) der direkt ausgeübte soziale Zwang und als solcher die unmittelbarste Form der demokratischen Einflußnahme der Mehrheit (als relativer Begriff gefaßt) auf Entscheidungen in der Politik.

In freundschaftlicher Gesinnung und mit besten Grüßen
Ihr Ihnen sehr ergebener
Rob. Pferdmeiges
Herrn Dr. Agartz, Köln« (vgl. dazu Anm. 13)

Resolution der Betriebsrätekonferenz in Essen vom 7. Februar 1947: »Die Schuldigen an diesem Chaos sind die reaktionären Großgrundbesitzer, die reaktionären und faschistischen Elemente in allen politischen und wirtschaftlichen Organisationen und Verwaltungen, mit dem Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft unter Führung von Schlange-Schöninggen.« Gefordert wurde die sofortige Absetzung Schlange-Schöninggens und die Auflösung seines Amtes, die schnelle Durchführung der demokratischen Bodenreform, Bildung von Kontrollausschüssen in Stadt und Land, schonungslose Säuberung aller öffentlichen Verwaltungsstellen und Wirtschaftsorganisationen von alten Beamten sowie entschädigungslose Enteignung und Überführung der Schlüsselindustrien und der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher in öffentliche Hand. Von 250 Teilnehmern der Konferenz waren ca. 130 Sozialdemokraten; die Entschließung wurde mit nur zwölf Gegenstimmen angenommen. (Zit. nach U. Plener: SPD 1945-1949, S. 176)

Die Ruhrrevierkonferenz des Industrieverbandes (IV) Bergbau vom 1. März 1947 stellte in ihrer Entschließung fest, die Kohlenkrise sei »wesentlich auch auf die schweren Organisationsmängel, die dem Bergbau aus seiner monopolkapitalistischen Vergangenheit noch immer anhaften«,

zurückzuführen; gefordert wurden sofortige Sozialisierung des Bergbaus und volles Mitbestimmungsrecht der Bergarbeiter. (Zit. nach ebenda, S. 177)

Der Ortsausschuß der Düsseldorfer Gewerkschaften forderte am 27. März 1947 den Einsatz von

Ernährungsausschüssen unter Teilnahme der Gewerkschaften und Demokratisierung der Verwaltungen, wofür am nächsten Tag sämtliche Belegschaften der Düsseldorfer Betriebe gestreikt haben.

Die Ruhrrevierkonferenz des IV Bergbau forderte am 2. April 1947 u. a. Entmachtung der Kohlenbarone und Demokratisierung der Verwaltungen und beschloß als Kampfmaßnahme den Streik der Ruhrbergarbeiter am 3. April.

»Westfälische Rundschau« (SPD) am 3. April 1948: »In den schaffenden Kreisen des Ruhrgebietes ist man der Ansicht, daß der Zeitpunkt für die Demokratisierung der Wirtschaft gekommen ist... Die Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr erwartet mit zunehmender Ungeduld die Sozialisierung der Grundstoffindustrie.«

»Hannoversche Presse« (SPD) am 13. Mai 1948 zu den tieferen Ursachen der Streikbewegung: »...die verpuschte politische Säuberung, das gebrochene Sozialisierungsversprechen, das Verbot einer Produktionskontrolle durch die Betriebsräte wie überhaupt die Hemmung ihres Willens, aktiv und leitend in der Wirtschaft tätig zu sein, der Zwang, immer noch für schlechtes Geld arbeiten zu müssen.«

(Nahmen sie deshalb stets Formen der unmittelbaren, der Basisdemokratie an – Kommune, Räte, Antifa-Ausschüsse –, in denen legislative und exekutive Gewalt zusammengeführt und die radikale, weil soziale Demokratie angestrebt und zeitweilig verwirklicht wurde?) Sie erwiesen sich im Verlauf des Jahrhunderts als Beschleuniger des gesellschaftlichen Fortschritts. Diese Rolle spontaner Aktionen der Lohnarbeitenden veranschaulicht die Demokratisierung und die »soziale Ausgestaltung« des Kapitalismus in Westeuropa seit dem vorigen Jahrhundert – in Deutschland vor allem Ablauf und Ergebnisse der November-Revolution von 1918/1919.

Demgegenüber war und ist der von Parteien getragene Parlamentarismus eine Form der Demokratie, der politischen, staatlichen Organisation, die sich in Westeuropa auf der Basis der konfrontativen Produktionsverhältnisse des Kapitalismus herausgebildet hat. Ihr Kennzeichen sind hierarchische und bürokratische Machtstrukturen – im Unterschied zu den von spontanen Bewegungen hervorgebrachten Organisationsformen. Der Parlamentarismus – in der liberal-demokratischen Version als Parteien-, also (indirekten) Vertreterdemokratie schließt Massenaktionen als Form direkter Demokratie, direkter Einflußnahme auf Entscheidungen aus. Repräsentanten und Verfechter der parlamentarischen Parteidemokratie lehnen spontane Bewegungen als chaotisch, weil bedrohlich für die Macht- und »Ordnungs«strukturen ab.

Zugleich bietet (bot bisher) die parlamentarische Form des Regierens der Lohnarbeiterschaft Möglichkeiten, über ihre politischen Vertreter – sozialistische oder (bisher) sozialdemokratische Parteien – das politische Geschehen zu beeinflussen, politische und soziale Rechte zu erobern oder auszuweiten. Auf parlamentarische Mittel kann also nicht verzichtet werden, solange diese die bestimmende Form der politischen Organisation sind und demokratische Potenzen innehaben. Da geht es vor allem um die Einflußnahme (den sozialen Zwang) der außerparlamentarischen – spontanen und organisierten – Bewegungen und Aktionen auf parlamentarische Entscheidungen.

Die organisierte sozialistische (an sozialer Gerechtigkeit, alle Gesellschaftsbereiche umfassender Demokratisierung und Solidarität orientierte) Arbeiterbewegung hatte beide Traditionen der modernen – auf die Französische Revolution zurückgehenden – Demokratie in sich aufgenommen. Die eine: Demokratie als bürgerlich-liberale Idee der individuellen politischen Freiheitsrechte und der Rechtsstaatlichkeit, die sich ökonomisch auf das Privateigentum an Produktionsmitteln gründet und politisch in der parlamentarischen (repräsentativen), von Parteien getragenen Republik ausdrückt. Sie wurde von der organisierten Arbeiterbewegung nicht nur als günstigster Boden für ihr Wirken akzeptiert. In den meisten europäischen Ländern, so gerade in Deutschland, wurde sie von ihr erkämpft, stets verteidigt und erweitert. Die andere: Demokratie als radikale Idee, weil nicht nur der politischen, sondern auch der sozialen Freiheit. Die Arbeiterbewegung nahm das auf den politischen Bereich reduzierte liberale Verständnis auf und dehnte es über dieses hinaus auf die wirtschaftliche und andere gesellschaftliche Ebenen aus.

Als sich 1917/1918 die organisierte sozialistische Arbeiterbewegung in zwei Hauptströme spaltete, da erfolgte das entlang dieses »doppelten« Demokratieverständnisses. Zum einen ging es um den Stellenwert von Massenaktionen als Faktor gesellschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung. Während Kommunisten besonders auf sie setzten, schworen Sozialdemokraten vorwiegend auf den Parlamentarismus und stellten sich gegen Aktionen. Zum anderen ging es um den Grad der »sozialen Radikalität«, besonders bezogen auf das Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln. Kommunisten wollten die Lösung sofort: den schnellen Bruch, die »Abschaffung des Kapitalismus«, was praktisch unreal war, viele Opfer kosten und die auch für Lohnarbeitende unerlässliche Funktionsfähigkeit der Wirtschaft zerstören mußte. Sozialdemokraten orientierten auf einen langen, Opfer möglichst vermeidenden Weg schrittweiser Reformen, die (ursprünglich und in Deutschland noch im Berliner Programm der SPD von 1989) im großen und ganzen antikapitalistisch, zumindest kapitalismuskritisch ausgerichtet waren und die Eigentumsproblematik nicht aussparten. Dafür waren Konzepte der Wirtschaftsdemokratie ausgearbeitet worden, in deren Mittelpunkt öffentliche Kontrolle und Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an volkswirtschaftlich wichtigen Produktionsmitteln und verschiedene Formen öffentlichen oder Gemeineigentums standen.¹⁶

Als die SPD – mit Schumacher – 1945 das *radikal*-demokratische Konzept der Wirtschaftsdemokratie wieder aufgriff, wollte sie es auf der Basis der *liberal*-demokratischen Grundsätze, also ausschließlich mit »rein« parlamentarischen Mitteln, verwirklichen (Koalitionen mit dem politischen Gegner CDU eingeschlossen, der wirtschaftsdemokratische Maßnahmen nicht zulassen wollte). Für spontane Massenaktionen war da kein Platz...

Dabei hatten die Aktionen 1947/1948 das Potential des sozialen Drucks ihrer Klientel, der Arbeiter und Angestellten, und (in Einzelfällen) die Möglichkeit demonstriert, parlamentarische Entscheidungen wie auch Vorhaben der Militärregierungen zu beeinflussen. Dafür stand der entschlossene gewerkschaftliche Widerstand im »Fall Reusch« im Frühjahr 1948, aufgrund dessen die US-Militärregierung und der Wirtschaftsrat ihre geplante Maßnahme schließlich fallenließen.¹⁷

Der überaus hohe Grad der Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften zeigte sich beim Streik am 12. November 1948 mit über neun Millionen Teilnehmern. Seine Organisatoren – sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre – wollten ihn aber von vornherein auf eine Demonstration beschränken (sie legten ihn auf einen Freitag und begrenzten seine Dauer auf einen Tag). Der Anlaß war ein sozialpolitischer: Bei den spontanen Aktionen im August - Oktober ging es um einen Preisstopp (nach der Währungsreform waren die Preise freigegeben) und um Lohnerhöhungen (die Löhne blieben eingefroren). Es wurde eine Aktion mit politischen Forderungen: für eine Steuer- und Finanzreform sowie Korrektur der Währungsreform (die die kleinen Geldsparer enteignet und die großen Sachwertbesitzer ungeschoren gelassen hatte) – die Lohnforderungen wurden nicht in den Katalog aufgenommen! –

Kurt Schumacher auf dem Parteitag in Nürnberg am 29. Juni 1947: »Wir sind gegen eine Politik politischer Streiks. Wir sind gegen jede Politik leichtfertiger Streiks... Diese Streiks waren keine Streiks für oder gegen eine politische Instanz in diesem Deutschland, diese Streiks waren ein Aufbäumen des Menschen in Deutschland.« Protokoll des SPD-Parteitags 1947, S. 42.

Christian Stock im Hessischen Landtag am 25. April 1947: »Jeder Streik, auch wenn er sich als der Ausdruck einer Verzweiflung darstellt, wirkt in unserem akuten Notstand hemmend auf den Aufbau der Wirtschaft und die Verbesserung unserer Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnisse ... Der Proteststreik im Ruhrgebiet (am 3. April 1947) war für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ein schwarzer Tag (Sehr richtig! - bei der CDU); er darf sich nicht wiederholen (Sehr gut - bei der SPD).« Stenographische Protokolle des Hessischen Landtags, 1. Wahlperiode, Drucksache Abt. III, Nr. 11, S. 220.

Nach dem Bericht des Westdeutschen Volksechos habe Böckler die Delegierten zur Ruhe ermahnt. - »Darauffin erhob sich ein großer Protest. ›Wir sind Delegationen unserer Belegschaften und haben einen Auftrag auszuführen, sagte ein Betriebsrat. ›Wir wollen ja nur unsere Verbundenheit mit den Arbeiterfraktionen zum Ausdruck bringen, um dadurch den Sozialisierungsgesetzen Nachdruck zu verleihen. Warum will man uns nicht hören?› Darauf Böckler: Ich habe euch nicht gerufen.« Als ein anderer Betriebsrat

und für wirtschaftsdemokratische Maßnahmen, darunter als Punkt 8 »Überführung der Grundstoffindustrien und Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft«, als Punkt 9 »gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung« und als Punkt 10 »Inkraftsetzung der zu Ziffer 8 und 9 von den Parlamenten bereits beschlossenen Gesetze«, die von den Militärregierungen suspendiert worden waren; insofern war der Generalstreik auch eine direkte Demonstration gegen die Politik der Besatzungsmächte.¹⁸ Der SPD-Vorstand fand den Streik »eine verständliche Reaktion« auf die Wirtschaftspolitik der CDU.¹⁹ Aber weder die Initiatoren noch die SPD nutzten die machtvolle Aktion bzw. das Machtpotential, das sie offenbart hatte, in irgendeiner Weise, auch nicht parlamentarisch, um den Spielraum für die immer noch geforderte Neuordnung zu erweitern.

Während der – gewerkschaftlich organisierte – Streik vom 12. November 1948 bei SPD-Politikern auf Verständnis stieß, wurden von ihnen die spontanen Aktionen stets abgelehnt. Die Demonstrationen und Streiks vom Frühjahr 1947 verurteilte der Parteivorstand in seiner Erklärung zur »Ernährungskrise«, angenommen am 3. April, dem Tag des großen Streiks der Ruhrbergarbeiter, und führte sie auf die Tätigkeit »unverantwortlicher Elemente« (womit wohl Kommunisten gemeint waren) zurück (das Dokument enthielt zehn Punkte zur Verbesserung der Ernährungslage und erklärte zum Schluß: »Die sozialdemokratische Partei ist davon überzeugt, daß die Überwindung der gegenwärtigen Notlage nur (!) durch die sozialökonomische Neuordnung erfolgen kann. Sie sieht als Mittel dazu die von ihr vorgeschlagene Agrarreform und die Sozialisierung der Produktionsmittel des Großbetriebes an«, also genau das, was die Demonstranten und die Streikenden gefordert hatten!²⁰). Schumacher – wußte er nicht um die Resolutionen der Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenzen mit Hunderten von Teilnehmern? – rief auf der Wahlkundgebung der SPD in Oberhausen am 30. März aus: »Wir sind heute in einem Stadium, in dem der Hunger die Menschen zum politischen Denken fast untauglich macht.«²¹ Gegen politische Streiks (also doch politisches Denken bei den Teilnehmern?) wandte sich Schumacher u.a. auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg.

Der nur liberal-demokratische Ansatz der SPD-Politiker zeigte sich auch darin, daß sie es ablehnten, die Grenze des »reinen« Parlamentarismus zu überschreiten und Abgesandte aus Betrieben vor das Parlamentsplenum treten zu lassen, wie es in Nordrhein-Westfalen mit Delegationen aus dem Ruhrbergbau, einem Zentrum der damaligen Massenbewegung, Anfang März 1947 geschehen war.²² Eine »Verschränkung« parlamentarischen und außerparlamentarischen Drucks (oder auch: liberaler und radikaler Demokratiepraxis) hätte den Spielraum für eine sozial-ökonomische Neuordnung gewiß erweitern können. Immerhin war es eine Umbruchsituation, aus der heraus ungewohnte Formen politischer Willensäußerung entstanden – der Test, ob und wie sie parlamentarische Mittel produktiv ergänzen können, wurde nicht gewagt ...

Nicht anders behandelten SPD-Politiker die 1947/1948 auf Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenzen erhobenen Forderungen

der nach Kontrollausschüssen unter Teilnahme der Gewerkschaften, die »eine gerechte Erfassung und Verteilung der vorhandenen Lebensmittel« vornehmen sollten; nach »Hofkontrollen durch Ausschüsse, die von den Gewerkschaften zu bilden sind«, um zu einem »sozial gerechten Erfassungssystem« zu kommen, u.ä.²³ Diese Forderungen knüpften offensichtlich an die schöpferische Praxis der (von Besatzungsmächten in West und Ost aufgelösten) Antifa-Ausschüsse der ersten Monate nach der Befreiung vom Naziregime 1945 an²⁴ und waren wohl die spontan geborene, der Situation der ersten Nachkriegsjahre angemessene Form politischer Mitwirkung »von unten«, die in die tradierten hierarchischen und bürokratischen politischen Strukturen nicht hineinpaßte. Während Kommunisten, ihrem radikal-demokratischen Ansatz folgend, zumindest versucht hatten, solche Formen aufzugreifen, hielten sich Sozialdemokraten strikt an die liberal-demokratischen Grundsätze und schränkten damit die Durchsetzungskraft für ihre in Richtung radikal-demokratischer Veränderungen weisenden Neuordnungsforderungen ein.

In der Beschränkung auf parlamentarische Mittel zeigte sich in diesem Jahrhundert die Grenze der sozialdemokratischen Reformorientiertheit und des »dritten Weges«. Diese Begrenztheit war es wohl, die Tempo, Umfang und Tiefe der gesellschaftlichen Veränderungen im Kapitalismus in Richtung einer humanen, sozial gerechten, demokratisch organisierten und solidarischen Gesellschaft an bestimmten Schnittpunkten – in Umbruchsituationen – hemmte.

Diese Erfahrung provoziert die Frage, ob nicht die von Sozialisten und Sozialdemokraten erstrebte Gesellschaft auf einem »dritten Weg zweiter Potenz« zu erreichen wäre, der enthalten müßte: die Rückkehr zum Konzept der Wirtschaftsdemokratie (das noch im Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 enthalten ist) als versuchter (gedachter) Einheit von liberaler und radikaler (sozialer) Demokratie, ergänzt durch die Verschränkung parlamentarischer und außerparlamentarischer Mittel. Also: weder autoritärer Sozialismus – noch ausschließlich profitbestimmte kapitalistische Marktwirtschaft; weder kommunistischer Voluntarismus/Aktionismus – noch Beschränkung auf »reinen« Parlamentarismus, sondern Aufnahme spontaner Bewegungen und Aktionen (und der von ihnen geschaffenen Organe für Problemlösungen) in die politische Entscheidungspraxis (letzteres über den im Berliner SPD-Programm beschriebenen »Bürgerdialog (als) Ausdruck politischer Kultur« und Faktor der »Meinungsbildung« hinaus).

Noch ein Wort zu Kurt Schumacher: Bei aller Kritik an diesem für seine Zeit charismatischen Politiker – er setzte die sozialdemokratische Tradition, die stets radikal-demokratische Ideen einschloß, fort. Das unter seiner Führung von der SPD Erreichte sind nicht zuletzt die in Verfassungen der westdeutschen Bundesländer festgeschriebenen Verfassungsnormen, die soziale Rechte und wirtschaftsdemokratische Elemente enthalten, sowie das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Das in Folge seiner Bemühungen um eine erneuerte SPD entstandene, vom ethischen Sozialismus geprägte Godesberger Programm (1959) enthielt die traditionellen wirtschaftsdemokratischen und kapitalismuskritischen Intentionen.

erwiderte, daß die Arbeiter, wenn die Sozialisierung abgelehnt würde, in den Streik treten müßten, erklärte Böckler: »Habt ihr je erlebt, daß durch Streik ein Stück Brot errungen wird?« Da ertönten empörte Zwischenrufe. »Oberhausen, Essen! Es muß jetzt gehandelt werden!«

Vgl. dazu Anm. 22.

Ebenso – und noch weitergehend – setzte Willy Brandt, der seine linkssozialistische Vergangenheit wohl nie ganz abgestreift hatte²⁵, die sozialdemokratische Tradition fort. Bei aller Widersprüchlichkeit der konkreten Politik der Willy-Brandt-SPD als Regierungspartei in den siebziger Jahren – sie hat die bundesrepublikanische Wirklichkeit in bestimmten Bereichen (so u.a. mit dem weit geöffneten Hochschulzugang für Kinder aus Arbeitnehmerfamilien) sozialer und demokratischer gestaltet. Das schon mehrfach erwähnte Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 (Ergebnis der von W. Brandt initiierten und von ihm begleiteten Programmdiskussion der achtziger Jahre) reflektierte die neuen Probleme des durch die Produktivkraftentwicklung hervorgerufenen gesamtgesellschaftlichen Umbruchs – und setzte die wirtschaftsdemokratische Tradition fort –, übrigens viel prononcierter als das Godesberger Programm. (Nach der Wende 1989/1990 und beim Anschluß der DDR an die BRD blieb die SPD allerdings mit ihrer Praxis hinter den Aussagen des Berliner Programms weit zurück ...)

Nunmehr scheint der gesamtgesellschaftliche Umbruch, der um die Mitte der siebziger Jahre begann und immer noch fort dauert, die SPD unter Schröder aus der traditionellen Bahn zu werfen. Bisher wollte sie mit ihrem »dritten Weg« zwischen dem undemokratischen Realsozialismus und dem nur profitbestimmten Realkapitalismus die Interessen der großen Mehrheit der Lohnarbeitenden und der sozial Schwachen realisieren. Jetzt soll sie, nachdem es den Realsozialismus nicht mehr gibt, nach dem Willen eines Schröder die traditionelle Parteinahme für die Arbeitnehmer durch die Parteinahme für das Kapital (»die Wirtschaft«) ersetzen, und der »neue dritte Weg« soll vom alten sozialdemokratischen Ziel weg hin zu neoliberalen Positionen und Praxis führen. Das stünde zwar in Kontinuität zur bisherigen (ebenso traditionellen) Konzessionsbereitschaft gegenüber »dem Kapital«; diese würde aber – bei Wegfall der Sorge um die soziale Gerechtigkeit – potenziert werden und die SPD in eine andere Partei verwandeln.

- 1 Dietrich Geyer: Einheitsfrontpolitik und Vereinigungsprozesse in Ost- und Westeuropa 1944-1948, in: Dietrich Staritz/Hermann Weber (Hrsg.): Einheitsfront – Einheitspartei, Köln 1989, S. 35.
- 2 Vgl. L. Niethammer: Arbeiterbewegung im kalten Krieg, in: Othmar Nikola Haberl/Lutz Niethammer (Hrsg.): Der Marshallplan und die europäische Linke, Frankfurt a. M. 1986, S. 582.
- 3 Vgl. dazu u.a. Rolf Badstübner: Restauration in Westdeutschland 1945-1949, Berlin 1965; Rolf Badstübner/Siegfried Thomas: Die Spaltung Deutschlands 1945-1949, Berlin 1966.
- 4 Jahrbuch der SPD 1946, Göttingen 1947, S. 77.
- 5 Vgl. Ulla Plener: SPD 1945-1949, Berlin 1981, S. 180ff.
- 6 Vgl. dies.: Kurt Schumacher und die Einheitspartei 1945/1946, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), H. 1, 1997, S. 6ff.
- 7 Vgl. dies. über Kurt Schumacher in UTOPIE kreativ, H. 60, 65 und 69/70.
- 8 Vgl. Theo Pirker: Die SPD nach Hitler, München 1965, S. 70.
- 9 Vgl. Susanne Müller in: Susanne Müller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990, Bonn 1991, S. 185; Waldemar Ritter: Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption, Hannover 1964; Willy Albrecht: Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945-1952, Berlin/Bonn 1985; Günther Scholz: Kurt Schumacher, Düsseldorf/Wien/New York 1988 (Rastatt 1993); Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995; Kurt Schumacher und der »Neubau« der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 12./13. Oktober 1995 (anlässlich des 100. Geburtstages von Kurt Schumacher am 13. Oktober 1995), Hrsg. von Dieter Dowe, Bonn 1996; Nach-Denken. Kurt Schumacher und seine Politik (Wissenschaftliches Symposium am 30. Oktober 1995 der Stiftung Haus der Geschichte der BRD in Zusammenarbeit mit der FES aus Anlaß des 100. Geburtstages von Kurt Schumacher), Bonn/Berlin 1996.

- 10 Vgl. besonders Eberhard Schmidt: Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1970; Ernst-Ulrich Huster/Gerhard Kraiker u.a.: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Frankfurt a. M. 1972; Ernst-Ulrich Huster: Die Politik der SPD 1945-1950, Frankfurt a. M./New York 1978; Erich Ott: Die Wirtschaftskonzeption der SPD nach 1945, Marburg 1978.
- 11 Vgl. Ulla Plener, Diss. A und B 1969 bzw. 1975; auf dieser Grundlage – SPD 1945-1949: Politische Konzeption und Praxis – Ergebnisse und ihre Ursachen, Berlin 1978 (als Manuskriptdruck); Die SPD 1945-1949: Konzeption, Praxis, Ergebnisse, Berlin 1981 (»Schriftenreihe Geschichte« des Dietz Verlages).
- 12 Zur Rücknahme bzw. Korrektur sehe ich mich vor allem in folgenden Punkten veranlaßt: 1. Die SED-Politik als Meßlatte für richtig oder falsch, gut oder böse ist als ideologisch motiviert zu verwerfen (was nicht heißen soll, daß ein Vergleich der Politik beider Parteien fehl am Platze wäre; ganz so eindimensional, wie sie in westdeutscher bzw. neuzeitlicher Literatur dargestellt wird, war auch die der SED damals nicht; zumindest die Intention eines in sozial-ökonomischer Hinsicht demokratisch gestalteten Deutschlands durch demokratische Bodenreform, Enteignung der Kriegsverbrecher, Entnazifizierung der Verwaltungen u.a.m. war ernst gemeint, wurde realisiert und sollte auch heute ernst genommen werden.) 2. Die Unterstellung der bewußten Täuschung/Demagogie seitens des SPD-Vorstands gegenüber der Öffentlichkeit ist zurückzunehmen, da verschiedenartige Weltansichten und davon abgeleitete Politikvarianten in der Arbeiterbewegung möglich sind, wobei die Konsequenzen einer bestimmten Variante nicht selten andere sind, als von den Akteuren gedacht und gewollt. 3. Die innerparteiliche Differenzierung ist nicht an der Linie Führer/Mitglieder festzumachen; sie ergibt sich aus den verschiedenen Weltansichten in der Partei selbst, die es auf allen Ebenen gibt. 4. Die Bedingungen der militärischen Besetzung, die die Möglichkeiten sozialdemokratisch orientierter sozial-ökonomischer Neuordnung einschränkten, sollten in höherem Maße berücksichtigt werden. Zu den theoretischen Prämissen der damaligen Forschung vgl. Ulla Plener: Zur Sozialdemokratieforschung in der DDR in den 70er und 80er Jahren. Versuch einer Bilanz mit Ausblick, in: BzG, H. 6, 1991.
- 13 SAPMO NY 4104. Im Original: eigenhändige Unterschrift von Pferdenges. Kopie im Besitz der Autorin. Robert Pferdenges (1880-1962), mit Hermann Abs von der Deutschen Bank befreundet, bereicherte sich während der Zeit des Faschismus unrechtmäßig durch Übernahme des jüdischen Bankhauses Oppenheimer & Co. und erwarb durch Kriegsgewinne im Zweiten Weltkrieg ein riesiges Vermögen; stand 1945 auf der Kriegsverbrecherliste, war aber bereits 1947 zu allen Ämtern wieder zugelassen; übte als maßgebendes Aufsichtsratsmitglied bei über 20 Aktiengesellschaften entscheidenden Einfluß auf Wirtschaftsleben und Politik der BRD aus; war Mitbegründer der westdeutschen CDU, wurde 1950 Bundestagsabgeordneter, war Vertrauter und Berater Adenauers.
- 14 Zu allen drei Punkten vgl. besonders die angegebenen Arbeiten von Ernst-Ulrich Huster, Eberhard Schmidt und Erich Ott; zu den Massenbewegungen auch Christoph Kleßmann/Peter Friedemann: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankfurt a. M. 1977.
- 15 Chronologische Zusammenstellung der Aktionen im Ruhrgebiet nach Presseberichten bei Kleßmann/Friedemann, S. 40-49 (1947), S.50-54 (erste Hälfte 1948).
- 16 Dazu Ulla Plener: Sozialdemokratische Demokratiekonzepte und -praxis unter Zwängen des kapitalistisch bestimmten Zivilisationstyps, in: UTOPIE kreativ, H. 23/24.
- 17 Hermann Reusch, Direktor der Gute-Hoffnung-Hütte AG Oberhausen, Exponent jener Kreise, die Hitlers Kriegs- und Rüstungswirtschaft aktiv unterstützt hatten, wurde auf Geheiß der Amerikaner vom Wirtschaftsrat für die geplante Kommission zur Überwachung und Steuerung der Stahlproduktion der Bizone benannt. Nachdem verbale Proteste der Gewerkschaften ergebnislos geblieben waren, beschlossen 600 Delegierte der Eisen- und Stahlindustrie für den 25. und 26. Mai die Urabstimmung für einen Proteststreik, der am 1. und 2. Juni stattfinden sollte. Außerdem wurde beschlossen, »daß in allen Betrieben dann die Arbeit zu ruhen hat, wenn der Ausschuß zur Hebung der Stahlproduktion den Betrieb betritt und sich Dr. Reusch dabei befindet. Die Arbeit ruht so lange, bis Dr. Reusch den Betrieb verlassen hat.« Bei der Abstimmung sprachen sich 90 bis 92 Prozent der Teilnehmenden für den Streik aus. Daraufhin zogen Wirtschaftsrat und Amerikaner Reusch zurück, und die geplante Kommission wurde gestrichen. (Vgl. E. Schmidt, S.144/145)
- 18 Vgl. Gerhard Beier: Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. Im Zusammenhang mit der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands, Frankfurt a. M./Köln 1975.
- 19 Neuer Vorwärts (SPD), 13. und 20. November 1948.
- 20 Freie Presse (SPD), Bielefeld, 5. April 1947.
- 21 Neue Ruhr-Zeitung (SPD), Essen, 2. April 1947.
- 22 Während der Beratungen der Sozialisierungsanträge von SPD und KPD im Landtag Nordrhein-Westfalen Anfang März 1947 erschienen vor dem Landtag Arbeiterdelegationen (insgesamt ca. 300 Personen), um ihre Wünsche vor den Landtagsabgeordneten vorzutragen. Dem Bericht der Neuen Ruhr-Zeitung vom 5. März 1947 zufolge bezeichnete der Fraktionsführer der SPD den »Antrag der KPD, die Geschäftsordnung des Landtags zu ändern, damit den draußen wartenden Delegationsführern eine Redemöglichkeit gegeben werden könnte«, als »mit parlamentarischen Gepflogenheiten unvereinbar«. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der KPD abgelehnt. Dabei soll es »zu rüden Wortgefechten zwischen Böckler, der als SPD-Abgeordneter im Landtag vertreten war, und der in der Landtagshalle wartenden Delegiertenmenge gekommen sein.« (Kleßmann/Friedemann, S. 44, 83)
- 23 Vgl. u.a. Ruhrrevierkonferenz des IV Bergbau in Bochum vom 2. April 1947, an der 600 Bergleute teilnahmen und die abschließend zum Streik am 3. April aufgerufen hatte; ähnlich forderte die Betriebsrätekonferenz aller Essener Industriegewerkschaften Anfang Februar 1947 »Bildung von Kontrollausschüssen in Stadt und Land zur Sicherstellung der Ernährung«. Hier zit. nach Ch.Kleßmann/P. Friedemann, S. 43/44.
- 24 Vgl. Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg-Lesebuch, Schkeuditz 1997.
- 25 So Siegfried Heimann im Seminar »Die Ostpolitik Willy Brandts« des August-Bebel-Instituts, Berlin, am 5. Juni 1999.

HORST DIETZEL

Über den »dritten Weg« zur »neuen Mitte«? Eine Zäsur in der Entwicklung der SPD

»Dritter Weg« und »neue Mitte« – das sind die neuen Schlagworte, mit denen Tony Blair und Gerhard Schröder für einen Kurswechsel der Sozialdemokratie werben. Das von beiden Politikern im Juni 1999 veröffentlichte Papier ist nur ein weiterer Baustein, um den Wechsel vom sozialdemokratischen Etatismus zum Neoliberalismus durchzusetzen. Im Bundestagswahlkampf 1998 war viel von Politikwechsel die Rede, die Richtung war aber reichlich diffus. Hier mischten sich noch traditionelle sozialdemokratische Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit mit Versatzstücken dessen, was der sozialdemokratische Bundeskanzler Gerhard Schröder nunmehr ohne den Ballast innerparteilicher Konsensfindung freier formuliert.

In verschiedenen Kommentaren und Betrachtungen über den Schröder-Kurs und die ihn begleitenden Papiere wird die »grundlegende Wende« hervorgehoben, die dieser neue Kurs eingeleitet habe. Tony Blair und »New Labour« dienen dem SPD-Vorsitzenden als Vorbild, nach dem er die deutsche Sozialdemokratie formen will. Die Fragen lauten: Worin besteht dieser – von verschiedenen Seiten prognostizierte – tiefgreifende Kurswechsel der Sozialdemokratie? Inwieweit verändert er den Charakter der SPD? Und: Wie sehen die Konsequenzen für die politische Landschaft in Deutschland aus?

Um diese Fragen zu beantworten, ist zunächst ein Rückblick auf die Entwicklung der SPD in den achtziger und neunziger Jahren angebracht.

Die innerparteiliche Entwicklung seit dem Regierungsverlust 1982
Die SPD ordnete nach dem Verlust der Regierungsmacht 1982 ihre innerparteilichen Verhältnisse neu. Im Jahre 1983 lehnte die Partei die Stationierung der Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden ab. 1986 wurde der Beschluß gefaßt, innerhalb von zehn Jahren aus der Atomenergie auszusteigen; 1988 wurde der Weg zu einer Mindestquote für Frauen in innerparteilichen Ämtern und Mandaten beschlossen. Schließlich fand mit der Annahme des neuen Grundsatzzprogramms in Berlin im Dezember 1989 die inhaltliche Erneuerung der SPD ihren Höhepunkt und – Abschluß.¹ Das Programm trug wesentlich deutlichere kapitalismuskritische Züge als das Godesberger Programm aus dem Jahre 1959. Es wurde der sozial-ökologische Umbau skizziert und Abschied vom reinen Wachstumsdenken genommen.²

Horst Dietzel – Jg. 1943, Dr. sc. phil., Sozialwissenschaftler, arbeitet in der Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS mit.

1 Vgl. Frank Unger, Andreas Wehr, Karen Schönwalder: *New Democrats – New Labour – Neue Sozialdemokraten*, Berlin 1998, S. 128-138.

2 Vgl. Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen vom Programm-Parteitag der SPD am 20. Dezember 1989 in Berlin, Bonn o. J., bes. Kap. I, II und IV/4. (Das Programm wurde mit einer Änderung, die nunmehr vergangene deutsche Zweistaatlichkeit betreffend, auf dem Parteitag in Leipzig 1998 bestätigt).

1990 begann eine neue Etappe in der Entwicklung der SPD. Der Zusammenbruch der DDR und des Realsozialismus wirkten sich in vielfältiger Weise auf die Sozialdemokratie aus. Nicht nur, daß im Zusammenhang mit der deutschen Einheit Helmut Kohl erneut Bundeskanzler werden konnte und Oskar Lafontaine die Wahlen verlor. Der Einschnitt war tiefer. Vieles, was an kapitalismuskritischen und emanzipatorischen Positionen in den achtziger Jahren erarbeitet worden war, ging verloren. Die Ost-SPD hatte ohnehin mit den sozialistischen Traditionen der Sozialdemokratie nichts im Sinn. Der Begriff »demokratischer Sozialismus« wurde wie eine heiße Kartoffel fallengelassen.

Die Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden wechselten in schneller Folge; auch in der Politik wurden wichtige Weichenstellungen vorgenommen und sozialdemokratische Positionen vor allem in den drei zentralen Fragen Asylrecht, großer Lauschangriff und friedensschaffende Bundeswehreinätze Stück für Stück aufgegeben.

In der Wirtschafts-, Ökologie- und Sozialpolitik wurde demgegenüber vieles in der Schwebe gehalten. Mit der überraschenden Wahl Oskar Lafontaines zum Parteivorsitzenden im Herbst 1995 schien es, als würden sich auf diesen Gebieten wieder linkere Positionen durchsetzen. Das trat nicht ein. Im Gegenteil, mit den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Hannoveraner Parteitages im Dezember 1997 mit dem Titel »Innovationen für Deutschland« wurden die Weichen eindeutig in Richtung neoliberaler Grundorientierung gestellt. Wichtige inhaltliche Positionen, wie sie noch im Grundsatzprogramm (aber nicht nur dort) beschlossen worden waren, wurden aufgegeben. Das betraf nicht nur die ökologische Komponente und die erneute Glorifizierung des Wachstums, sondern auch wichtige Positionen in der Frage, welche Wege aus der Massenarbeitslosigkeit gegangen werden könnten.

Mit der Wahl Gerhard Schröders zum Kanzlerkandidaten und der Verabschiedung des Wahlprogramms am 17. April 1998 in Leipzig war diese Periode in etwa abgeschlossen. Im Wahlkampf setzte die SPD weniger denn je auf Programmatik, sondern auf die Person. Die Amerikanisierung des Wahlkampfes ging dieses Mal in erster Linie von der SPD aus. Schon das hatte weitreichende Folgen für den Zustand der SPD – über den Wahltag hinaus. Der Abschied der SPD von einer Programmpartei war vorweggenommen.

Das Programm von 1998 – ein Schritt in die neoliberale Richtung
Obwohl auch dieses Wahlprogramm Formelkompromisse enthielt und verschiedene Logiken miteinander zu verbinden suchte, war es insgesamt »das marktwirtschaftlichste Programm, das die SPD je hatte« – so formulierte es Gerhard Schröder. Es enthielt schon im Ansatz ein deutlich anderes Herangehen als die Grundrichtung des Berliner Grundsatzprogramms von 1989. Wurden damals die Defizite der Marktwirtschaft deutlich herausgearbeitet, so hieß jetzt der Slogan »Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft«. Im Berliner Programm war formuliert, »Reparaturen am Kapitalismus« genügten nicht; eine »neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft« sei nötig. Im Wahlprogramm 1998 hieß es dagegen: »Wir setzen

3 Vgl. Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998. Beschluß des a. o. Parteitags der SPD am 17. April 1998 in Leipzig, Bonn o. J.

4 Vgl. Thesenpapier des wirtschaftspolitischen Diskussionskreises, in: Die Zeit, Nr. 39/1997 vom 19. September 1997.

5 Benny Mikfeld: »Das marktwirtschaftlichste Programm, das die SPD je hatte«, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), H. 100, März/April 1998, S. 7.

auf die Kräfte des Marktes und die Leistungsbereitschaft der Menschen. Der marktwirtschaftliche Leistungswettbewerb der Unternehmen ist der beste Motor für Innovation und neue Arbeitsplätze.«³ Der grundlegende politische Ansatz des Wahlprogramms folgte dem Thesenpapier des wirtschaftspolitischen Diskussionskreises vom September 1997.⁴

Die Grundlogik lautete: Verbesserung der Angebotsbedingungen für die Unternehmen, deutliche Exportorientierung, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Betonung der Eigenverantwortung gegenüber kollektiver Absicherung.⁵ Auf dieser Grundlage gab es einige Spezifika. Der internationale Standortwettbewerb sollte nicht in erster Linie über Kostenkonkurrenz und vor allem Lohnkürzung, sondern über Qualifikationssprünge in Branchen mit hoher Technologieintensität gewonnen werden. Deshalb hätten Bildung, Qualifikation, Forschungs- und Technologieförderung einen besonders hohen Stellenwert. Die wichtigsten Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sah die SPD vorrangig darin, die Arbeit zu verbilligen, insbesondere durch die Senkung der Lohnnebenkosten, und darin, einen Billiglohnssektor zu installieren. Bei der Arbeitszeitverkürzung hielt sich die SPD zugleich deutlich zurück. Sie orientierte in erster Linie auf Flexibilisierung der Arbeitszeit und auf Teilzeitarbeit. Erst durch Intervention der SPD-Linken wurde ein allgemeiner Satz über die Arbeitszeitverkürzung aufgenommen. Von einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor war nicht die Rede.

Auf sozialpolitischem Gebiet waren die Positionen widersprüchlich. Einige unsoziale Maßnahmen der CDU/FDP-Regierungskoalition sollten zurückgenommen werden, zugleich setzte das Wahlprogramm auf diesem wichtigen Politikfeld neue Akzente. So sollten die Rentenkürzungspläne zwar rückgängig gemacht, das Rentenmodell der beitragsbezogenen Rente aber zugleich wesentlich reformiert, ergänzt bzw. verändert werden (»Vier-Säulen«-Modell Schröders). Schon hier hatte der traditionalistisch orientierte Flügel um Rudolf Dreßler eine Niederlage einstecken müssen. Ähnlich wie CDU und FDP betonten nun Sozialdemokraten, daß »Eigenverantwortung und Eigeninitiative« die Ziele eines modernen Sozialstaates seien.

Die ökologische Komponente in der Politik der SPD wurde (im Vergleich zum Grundsatzprogramm) deutlich zurückgenommen. Die Partei setzte nunmehr vor allem auf »Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und auf Vereinbarungen«. Die Investitionskraft der Unternehmen für einen wirksamen Umweltschutz sollte gefördert werden.

Neue Akzente setzte die SPD in bezug auf den Staat und die innere Sicherheit. Wandte sie sich früher traditionell mehr oder minder deutlich gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, so wurde diese jetzt de facto befürwortet. Die Ansprüche an den Staat müßten ohnehin zurückgeschraubt werden.

Die Weichen in eine neue Richtung für die SPD waren also schon im Wahlprogramm gestellt worden. Konsequenz und Tragweite der Umorientierung wurden aber noch teilweise durch die auf soziale Gerechtigkeit abzielende Wahlpropaganda überdeckt. Schließlich wurde im Wahlkampf die Rücknahme unsozialer Maßnahmen angekündigt, die nach der Wahl im wesentlichen auch erfolgte.

Das Blair-Schröder-Papier – Kampfansage an alte sozialdemokratische Traditionen

Das vor den Europawahlen präsentierte Papier⁶ löste ein breites Echo in der Öffentlichkeit aus. Die FDP meinte, das Papier könnte eigentlich von ihr stammen. Die Unternehmensverbände zollten Anerkennung. Ein großer Teil der Gewerkschaften und die SPD-Linke kritisierten es mehr oder weniger stark. Die Medien sprachen von einer »Inszenierung«, wie sie Schröder und Blair in ihren Wahlkämpfen und sonstigen Auftritten bereits vielfach »gepflegt« hätten.

In der Tat: Es handelt sich hier um eine »Politikinszenierung«, was nicht heißt, daß das Papier politisch belanglos wäre. Obwohl es im allgemeinen verhaftet bleibt, sind die politischen Grundrichtungen, die sich schon im Wahlprogramm (und zuvor noch deutlicher im Papier des wirtschaftspolitischen Diskussionskreises vom September 1997) abzeichneten, jetzt klar erkennbar. Der politische Zweck besteht offenbar nicht darin, ausgearbeitete politische Konzepte vorzulegen, sondern die Mitgliedschaft von dem neuen politischen Kurs und die breite Öffentlichkeit von der »Modernität« der Sozialdemokratie zu überzeugen. Letztlich ist dieses Papier wohl als »ideologische Untermauerung« des praktisch-politischen Kurses der rot-grünen Bundesregierung gedacht.

Der grundlegende Gestus, mit dem der Aufsatz daherkommt, lautet: Wir müssen uns den »objektiv veränderten Bedingungen« anpassen. Gefordert werden »realitätstaugliche Antworten auf neue Herausforderungen«. Kritikwürdig ist nicht, daß sich Schröder und andere führende Sozialdemokraten den Umbrüchen in der heutigen Welt stellen – es sind die dafür gewählten politischen Weichenstellungen. Einige Thesen sind für sozialdemokratische Spitzenpolitiker in der vorgetragenen Schärfe tatsächlich außergewöhnlich. Das betrifft vor allem die Einschätzung der sozialdemokratischen Politik in den letzten Jahrzehnten.

Da wird behauptet, die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit würde mit der Forderung nach »Gleichheit im Ergebnis« verwechselt. Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit sei mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert worden, »ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben«. Und: »Allzu oft wurden Rechte höher bewertet als Pflichten.«⁷ Eine Bewertung sozialdemokratischer Politik als Gleichmacherei, verantwortungsloses Anspruchsdenken und Innovationsfeindlichkeit vergißt, daß der »sozialdemokratische« Wohlfahrtsstaat über lange Jahre weitgehende Vollbeschäftigung und soziale Absicherungen gewährleistete. Daß das unter den heutigen Bedingungen nicht mehr so wie früher funktioniert, schmälert nicht den Erfolg, den dieses Modell erbrachte. Aber offenbar brauchen Blair und Schröder diese ahistorische Kritik, um ihre Konzeption durchzusetzen, die im Kern den gegenwärtigen Wachstumstyp fortsetzen und die sozialen Gegensätze nicht abbauen soll.

Schröder und Blair behaupten, sie wollten »Treue zu unseren Werten« und »Bereitschaft zum Wandel der alten Mittel und traditionellen Instrumente«⁸. Doch gleich zu Beginn ihres Papiers definieren sie die sozialdemokratischen Grundwerte um. Im Werteka-

6 Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair, Manuskript. Leicht gekürzte Fassung in: Frankfurter Rundschau vom 10. Juni 1999.

7 Ebenda, Kapitel I: Aus Erfahrung lernen.

8 Ebenda.

non taucht jetzt an erster Stelle »Fairneß« auf. Offenbar führen die Autoren diesen Begriff ein, um zu unterstreichen, daß die sogenannten unteren Schichten gegenüber den Mittel- und Oberschichten »fair« sein sollen, also das Maß an Anspruchsdenken nicht überziehen. So wird nicht nur die Absage an eine Umverteilung von oben nach unten untermauert; es geht darum, die soziale Kontrolle derjenigen zu verschärfen, die auf die soziale Alimentierung durch die Gesellschaft angewiesen sind.

Das im Berliner Programm definierte Politikverständnis der Sozialdemokratie reduzieren die Autoren auf Anpassung an neue Bedingungen und Unterstützung »der Wirtschaft« (worunter allein das Unternehmertum – nicht auch die Arbeitnehmer – verstanden werden!). Sie negieren also das eigentlich »Politische«, das letztlich »die Wirtschaft« in allgemeine menschliche Ziele und Werte einbinden soll. Daß dies nicht so ist, liegt auf der Hand. Aber statt der größer gewordenen Unternehmermacht entgegenzusteuern, propagieren sie das Gegenteil.

Die neuen Tendenzen in der Politikkonzeption, die schon im Wahlprogramm angelegt waren, werden jetzt im Klartext formuliert. Primat hat die weltmarktorientierte Wachstumspolitik – und dieser wird staatliches Handeln untergeordnet. Vor allem die Sozialpolitik soll diesen veränderten Anforderungen angepaßt und umgebaut werden. Es geht hier um strukturelle Reformen, deren Konturen nur in Umrissen deutlich werden. In der politischen Praxis sind die Beschlüsse zur Rentenreform und zur Gesundheitsreform, das 630-DM-Gesetz und das Gesetz über die Scheinselbständigkeit unausgegoren und nicht in ein Gesamtreformkonzept eingebettet. Die Bemühungen, das Soziale anders als auf die traditionelle sozialdemokratische Weise zu beantworten, führen zu ambivalenten Ergebnissen. Wie die Regierungspolitik zeigt, kommt es in der Praxis zu Belastungen der unteren Schichten, und zugleich sollen/können bestimmte Teile der Bevölkerung vor dem völligen sozialen Absturz bewahrt werden (Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für Ausbildung, geplante Grundrente).

Es sind vor allem drei miteinander verbundene Säulen, auf denen die Politikkonzeption von Blair und Schröder beruht, die in Deutschland noch nicht durchgesetzt ist: Erstens ist das die Installation eines Niedriglohnsektors. Unter dem Motto »Irgendeine Arbeit ist besser als gar keine« sollen vor allem die gering qualifizierten Menschen eine Arbeit erhalten. Damit das funktioniert, sollen die Arbeitgeber Subventionen auf »Einstiegsjobs« erhalten.

Zweitens geht es um die Verschärfung der Bedingungen für Sozialleistungen. Hier lautet das Motto: »Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.« Das bedeutet, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger ökonomisch dazu zu zwingen, unter deutlich schlechteren Bedingungen »irgendeine« Arbeit anzunehmen.

Diese Strategie ist machbar. Die Arbeitslosigkeit kann verringert und damit sozialer Sprengstoff aus der Gesellschaft genommen werden. Soziale Gerechtigkeit wird so nicht geschaffen – es ist der Weg in die Dienstbotengesellschaft. Die »neue Mitte« soll entla-

stet, einfache Arbeit verbilligt werden, so daß es sich für die höheren Einkommensbezieher lohnt, Dienstleistungen zu kaufen. Die »neue SPD« unter Gerhard Schröder findet sich mit einer noch tieferen Spaltung der abhängig Beschäftigten ab: zwischen einer wachsenden Schicht von Erwerbstätigen in niedrig bezahlten Jobs und einer saturierten Schicht von gut bezahlten und relativ sicheren Stammebelegschaften, Angestellten und Beamten. Es handelt sich hier primär nicht um eine Spaltung zwischen Kapital und Arbeit.

Ergänzt wird das mit einer weiteren Privatisierung öffentlicher Aufgaben und der »Verschlankung des Staates«. Die extensive Staatsverschuldung dürfe nicht toleriert werden. Und: Gerhard Schröder setzt auf eine Wiederbelebung des Neokorporatismus, wie die Bemühungen um ein »Bündnis für Arbeit« zeigen.

Die dritte Säule der politischen Konzeption von Blair und Schröder beruht darauf, die Steuer- und Abgabenbelastung für die unteren und mittleren Einkommensbezieher zu senken. Ob die erwarteten Effekte eintreten, bleibt fraglich, weil eine Neuordnung der Verteilungsverhältnisse nicht angestrebt wird. Man landet so »zwangsläufig bei der Fortschreibung der Abgabenbelastung für die abhängig Beschäftigten und muß zugleich einen Umbau des Systems sozialer Sicherung ganz im Geiste neoliberaler Programmatik betreiben«.⁹

Diese »Drei-Säulen-Konzeption«, die vorerst nur in Ansätzen umgesetzt wurde, zeigt: Es handelt sich nicht um »Neoliberalismus pur«. Doch folgt die politische Linie weitgehend dieser Logik, wenn der Weltmarkt zum Dreh- und Angelpunkt erklärt wird und die politischen Maßnahmen (Niedriglohnsektor, Sozialabbau) davon abgeleitet werden. Um eine Reformkonzeption für eine solidarische Gesellschaft handelt es sich nicht. Die entscheidenden Probleme (Arbeitslosigkeit, ökologische Krise und die Unterentwicklung) werden sich auf diesem Weg nicht lösen lassen.

Bei der Bewertung dieser Konzeption sollte beachtet werden, daß sie noch nicht voll ausgearbeitet ist. Robert Misik schreibt zu Recht, ein Dilemma des »dritten Weges« bestünde darin, daß seine Frontleute radikale Pragmatiker seien. Sie folgten keinen Weltbildern, keinen Theorien »aus einem Guß«, ja nicht einmal klaren politischen und ökonomischen Konzepten.¹⁰ Ein weiteres Problem besteht darin, daß sich »dritte Wege« immer über zwei andere definieren und nicht aus sich selbst heraus, in diesem Falle über Neoliberalismus pur und sozialdemokratischen Etatismus. Johano Strasser schreibt: »Das Problem ist offenbar, daß niemand so recht weiß, wohin die Reise in Europa gehen soll. In all den werbewirksam inszenierten Schlachten zwischen sogenannten ›Traditionalisten‹ und ›Modernisierern‹ ist doch bisher nicht deutlich geworden, mit welcher Reformstrategie die moderne europäische Sozialdemokratie denn nun ins 21. Jahrhundert gehen soll.«¹¹

Die »neue Mitte« – Konzeption oder nur Medienspektakel?

Die hier skizzierten Grundzüge der Konzeption Blair/Schröder finden sich im Begriff »neue Mitte« zusammengefaßt. Von der SPD wurde er im Bundestagswahlkampf 1998 eingeführt. Er war wohl zunächst als eine »PR-Maßnahme« gedacht, um neue Wähler-

9 Joachim Bischoff/Klaus Steinitz: Von der Hängematte zum Sprungbrett. Ein »Dritter Weg«. Ein neues Konzept der Sozialdemokratie, in: Disput, H. 6, 1999, S. 22.

10 Robert Misik: Philosophen, die die Welt nicht verändern. Der »dritte Weg« und die Bescheidenheit der Politik, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 5, Mai 1999, S. 447/448.

11 Johano Strasser: Wege und Irrwege einer künftigen Politik, in: Ebenda, S. 463.

schichten für die SPD zu gewinnen. Deshalb wurde er bewußt allgemein und schwammig definiert. Diese Rechnung ging auf.

Setzt man diesen Begriff ins Verhältnis zu der oben analysierten Politikkonzeption, so erhält er eine Bedeutung, die weiter reicht, denn er spricht die »Leistungsträgerinnen und Leistungsträger« der Gesellschaft, die »hoch qualifizierten und hochmotivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer«, die »vorausschauenden und engagierten Manager und Unternehmer«, die Handwerker und Freiberufler, die Informatiker, Ärzte und Ingenieure, die (erfolgreichen) Techniker und Wissenschaftler an.¹²

12 Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Wahlprogramm ... 1998, S. 13.

Der angestrebte Konsens schließt (im Unterschied zu CDU und FDP) die Gewerkschaften mit ein. Er knüpft vor allem an die Interessen hochleistungsfähiger Kernbelegschaften und weltmarktfähiger Unternehmen sowie breit gefächerter Mittelschichten an. Der »Normalverdiener« soll entlastet, die Mittelschichten sollen nicht stärker belastet werden. Dadurch soll Spielraum für Sozialausgaben gewonnen werden. Belastet werden diejenigen, die nicht in einem Erwerbsarbeitsverhältnis stehen bzw. nicht unternehmerisch tätig sind. Die SPD wird so bewußt auf eine andere Klientel orientiert als die, die von ihr bisher traditionell angesprochen wurde: Statt der »kleinen Leute« (ob Arbeiter, Angestellte, Sozialhilfempfangerin oder Rentnerin) geht es jetzt vorwiegend um die im Arbeitsprozeß Stehenden.

Der neue Gesellschaftsvertrag, den Gerhard Schröder offenbar will, soll die saturierten Schichten stabilisieren, sie nicht »verprellen« und die anderen in Billigjobs »aktivieren«. Letztere sollen damit zufrieden gestellt werden, daß sie überhaupt eine Arbeit erhalten und damit in die Gesellschaft integriert bleiben. Den Schlüssel sehen Schröder und die neue Sozialdemokratie bei den etablierten und saturierten lohnarbeitenden Schichten bzw. Selbständigen. Das ist die »neue Mitte«.

Es handelt sich offenbar um den Versuch, die Interessen sehr unterschiedlicher sozialer Schichten und kultureller Milieus – die traditionelle Arbeitnehmerschaft und die leistungsorientierten Eliten wie auch unterschiedliche Mittelstandmilieus – zusammenzuführen. Ein solches »Bündnis« funktioniert allenfalls für den Wahlkampf, längerfristig ist es nicht stabil. Auch die teilweise quer zu den sozialökonomischen Lagen verlaufenden Konfliktlinien in der Ökologie- oder in der Demokratiefrage können mit dem Slogan »neue Mitte« nicht kaschiert werden.¹³

13 Benjamin Mikfeld/Thomas Westphal: Die neue Mitte im Hochgeschwindigkeitsleerlauf, in: spw, H. 106, 1999, S. 25.

Der weitere Weg der SPD

Die hier dargestellten Entwicklungen bedeuten einen tiefen Einschnitt in die Entwicklung der SPD. Der Prozeß ist bei weitem nicht abgeschlossen. Die SPD verläßt ihre eigenen Wurzeln. Sie verabschiedet sich ganz von der Arbeiterbewegung. Als Arbeiterbewegung bleibt nur die Gewerkschaftsbewegung. Und auch diese befindet sich im Umbruch, weil die Erwerbsarbeitsverhältnisse sich nachhaltig geändert haben. So wie »die Arbeiterbewegung« nicht mehr »die« Trägerin des Fortschritts ist, ist die Sozialdemokratie nicht automatisch »die« Fortschrittskraft.

Das muß nicht als moralisch verwerflich beurteilt werden. Viel-

mehr handelt es sich bei dem neuen »dritten Weg« um eine spezifische Reaktion auf die neuen Bedingungen. Zu Zeiten des Fordismus spielte der auf Reformen ausgerichtete Teil der Arbeiterbewegung eine nicht unwesentliche Rolle bei der Durchsetzung des Sozialstaatsmodells. Das Ende des Fordismus, die Globalisierung einerseits und die Individualisierung andererseits, die weitere Entwicklung der Produktivkräfte, die unübersichtlichen sozialstrukturellen Verhältnisse wirbelten die klassischen Wählerklientelen der Parteien durcheinander. Da sucht die Sozialdemokratie nach einem neuen Selbstverständnis und nach ihrem Platz im Parteiengefüge.

Der Spielraum der beiden »Volksparteien« CDU und SPD, sich gegeneinander zu profilieren, war schon in der Vergangenheit gering, und das wird sich nicht ändern, das Problem wird sich eher noch verschärfen. Diese Parteien müssen Interessen verschiedener sozialer Schichten und unterschiedliche geistige Orientierungen zusammenzuführen suchen. Die politische Differenz verschwindet, sie wird durch personelle Kompetenz ersetzt. »Volksparteien« sind strukturell nicht mehr in der Lage, einen tiefgreifenden Reformaufbruch anzupacken.

Der Charakter der SPD als Mitglieder- und Programmpartei, in der es erstzunehmende, auf die Führungskräfte ihre Wirkung nicht verfehlende Willensbildungsprozesse gab, geht verloren. Der Bundestagswahlkampf der SPD als eine mediale Inszenierung war dafür ein herausragendes Beispiel, das Blair-Schröder-Papier ist ein weiteres. Die politische Willensbildung in der Partei spielt eine immer geringere Rolle. Man kann davon ausgehen, daß das von der Mitgliedschaft überwiegend akzeptiert wird, zumindest so lange, wie die SPD sich in Regierungsverantwortung befindet. Thomas Meyer sieht drei Gefahren, die sich aus dieser Entwicklung für die SPD ergeben:

»Erstens: Der Verlust ihrer grundwerteorientierten politischen Identität durch Anpassung an die medialen Vermittlungsregeln.

Zweitens: Die Demotivierung und Entfremdung einer Mitgliedschaft, die sich weder bei der Formulierung der politischen Ziele noch ihrer Vermittlung ernstgenommen fühlen kann.

Drittens: Der Übergang zu einer charismatischen Führerpartei, wobei den Medien eine weitgehende Verfügung über die Politik und das Führungspersonal der Partei zuwächst.«¹⁴

Trotz dieses Trends zur »charismatischen Führerpartei« (eher wohl: »Kanzlerpartei«) bleibt die Programmatik für die SPD zunächst noch wichtig. Das Politikverständnis des Berliner Grundsatzzprogramms und nicht wenige inhaltliche Aussagen dieses Programms stehen gegen die jetzt eingeschlagene politische Linie. Deshalb hat der Vorsitzende der Grundwertekommission, Wolfgang Thierse, zu einer neuen Programmdiskussion aufgerufen.

14 Thomas Meyer: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 169.

Wird links Platz frei?

Bisher ist nicht absehbar, ob die SPD-Linke die politischen Weichenstellungen in Richtung »dritter Weg« und »neue Mitte« abwehren kann. Dafür agiert sie selbst auf einer relativ uneinheitlichen inhaltlichen Grundlage, und auch organisatorisch ist sie nicht

in der Lage, die Kräfte zu bündeln. Der »Frankfurter Kreis« kann diese Aufgabe offenbar nicht mehr erfüllen, die Diskussionen dort sind relativ folgenlos.

Bündnis 90/Die Grünen verabschieden sich gegenwärtig ebenfalls von ihren Wurzeln und alternativen Reformkonzepten. Auch dort gibt es keinen nennenswerten Widerstand der linken Kräfte, sie bleiben weitgehend neutralisiert.

Für die PDS ergeben sich aufgrund dieser Situation neue Möglichkeiten. Sie kann sich deutlich als die »eigentliche« linke Kraft definieren, zumal die Schröder-SPD und auch die Fischer-Grünen den links-rechts Gegensatz in der politischen Landschaft negieren wollen.

Dennoch gibt es eine Reihe von Faktoren, die einer allzu vereinfachten Vorstellung, die PDS könnte das frei gewordene linke Terrain besetzen, entgegenstehen. Zum einen sind die Vorbehalte in der entsprechenden Wählerklientel im Westen gegenüber der PDS noch so groß, daß kaum zu erwarten ist, daß relevante Teile zur PDS überwechseln werden. Die PDS erscheint in der Öffentlichkeit immer noch primär als »Ostpartei« und Erbin der SED. Zum anderen wird die aus den Mittelschichten stammende Wählerklientel, die SPD gewählt hat, eher wieder zur CDU zurückkehren. Und schließlich ist davon auszugehen, daß das ausgesprochen »linke« Wählerpotential selbst abschmilzt oder sich weiter aufsplittert.

Dennoch bestehen neue Chancen für die PDS, wenn sie es schafft, ihr inhaltliches Profil weiter zu schärfen. Ausschlaggebend dafür werden nicht allgemeine ideologische Kapitalismuskritik oder Sozialismusmodelle sein. Entscheidend wird sein, ob sie zum Sozialstaatsumbau, zur Erneuerung der Arbeitsgesellschaft und auch zur internationalen Politik eigene Antworten formuliert, die für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sind und machbar erscheinen.

Kurzfristig fällt der PDS nahezu »objektiv« die Rolle zu, die bisher von SPD und Gewerkschaften erreichten sozialen Standards zu verteidigen, ohne auf eigene Antworten auf die neuen Herausforderungen zu verzichten.

Um die neuen weitergehenden Aufgaben annehmen zu können, müßte die PDS den Widerspruch zwischen einer mehr oder weniger pragmatischen Politik im Osten auf verschiedenen Ebenen und einer veralteten Ideologiediskussion auflösen. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, sich stärker über die eigenen Inhalte zu definieren und nicht über Nähe oder Ferne zur SPD. Die beginnenden Programmdiskussionen bei SPD, Bündnisgrünen und PDS sind ein wesentlicher Schritt hin zur Neuprofilierung der drei Parteien. Die Suche nach Antworten auf die neue Weltsituation und auf die Veränderungen innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft beschäftigen heute alle Parteien. Die (sicher unterschiedlichen) Antworten sind noch nicht in ausreichendem Maße gefunden. Auch Schröders »dritter Weg« zeigt bisher nur sehr vage, wohin die Reise gehen soll.

ALEXANDER GALKIN

Sieben Jahre unter Jelzin. Eine Bilanz

Die Finanzkrise, die Rußland tief erschütterte, hat einen Strich unter die siebenjährige Geschichte des Wirtschaftens radikal-liberaler Kräfte, die im August 1991 zur Macht gelangt waren, gezogen. Damit ging eine Etappe in der Geschichte des postsowjetischen Rußland zu Ende.

Die Einschätzung der Ergebnisse dieser Zeit ergibt sich vor allem aus dem Vergleich der Zustandsparameter des Landes im Moment des Machtantritts der Kräfte, die demokratische Reformen auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Der allgemeine Zustand, in dem sich die Sowjetunion Anfang 1991 befand, könnte so beschrieben werden: Ein mächtiger Organismus war von einer ernsten, aber nicht tödlichen Krankheit erfaßt; das Land besaß ein veraltetes, aber dennoch mächtiges Industriepotential; die außenpolitischen Positionen waren ausreichend stabil, so daß nicht nur die eigenen Interessen vertreten, sondern auch die Rolle eines ernst zu nehmenden Faktors in der internationalen Arena wahrgenommen werden konnten. Die Auslandsverschuldung war hoch, überstieg aber nicht die Grenze, von der an Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Kreditnehmers entstehen; das Verteidigungspotential – über Gebühr aufgebläht und teuer – gewährleistete bei allen Mängeln die Sicherheit des Landes. Mit Blick in die Zukunft fielen besonders die gewaltigen Vorräte an Bodenschätzen, der hohe Qualifikationsstand der Bevölkerung, das bedeutende Wissenschaftspotential ins Gewicht.

Zu den Erscheinungen, die die Gesellschaft ernsthaft gefährdeten, zählten vor allem folgende:

Die zunehmende Differenz der Steuerungsmechanismen zu den Maßstäben, der Struktur und den Erfordernissen der Volkswirtschaft.

Die Unfähigkeit des Systems, die individuellen Interessen und Vorstellungen der Bürger umfassend in das ökonomische System einzubeziehen.

Der dadurch hervorgerufene Niedergang der anfänglich hohen Tempi der ökonomischen Entwicklung und das immer sichtbarer werdende Zurückbleiben der UdSSR hinter den führenden Industrieländern, besonders auf dem Gebiet der postindustriellen Technologien.

Der Rückgang der Investitionen und der Effektivität der Produktion führte zu einem merklichen Zurückbleiben des Massenkonsums, besonders im Vergleich zu den entwickelten Ländern des Westens.

Alexander Galkin – Jg. 1922, Prof. Dr., Mitarbeiter des Instituts für Vergleichende Politologie der Russischen Akademie der Wissenschaften, Mitarbeiter der Gorbatschow-Stiftung.

Im politischen Bereich wuchs der Widerspruch zwischen den paternalistischen Formen der Gesellschaftsführung, die sich nach dem Bürgerkrieg gegenüber einer überwiegend ungebildeten, bäuerlicher Bevölkerung herausgebildet hatte, und den Erwartungen einer gewachsenen, urbanisierten und gebildeten Bevölkerung, die eine kleinliche Bevormundung von oben als äußerst negativ empfand, besonders wenn sie sich in grober und unqualifizierter Form manifestierte.

Das gesellschaftliche Bewußtsein widersetzte sich verstärkt der aufgezwungenen Staatsideologie, die offiziell als Marxismus-Leninismus bezeichnet wurde, in Wirklichkeit aber eine Zusammenstellung schwach miteinander verbundener Postulate darstellte, dazu berufen, eine pragmatische Politik »wissenschaftlich« zu begründen. Die Ablehnung der Staatsideologie wurde zusätzlich durch die fortschreitende Zersetzung der Führungselite stimuliert, deren Lebensstil immer augenscheinlicher den verkündeten Postulaten widersprach, sowie durch die sich eröffnenden Möglichkeiten des Vergleichs der Lebensqualität der großen Mehrheit der Bevölkerung mit den Lebensbedingungen im Ausland.

Es spitzten sich, zunächst latent, dann immer offener, die nationalen Widersprüche zu, befördert durch äußere und innere Widersprüche; einerseits durch das wachsende Selbstbewußtsein nationaler Eliten, die nach einer uneingeschränkten Selbstverwirklichung strebten, andererseits durch die überhebliche Ignoranz gegenüber den nationalen Problemen, die sich in den zentralen Machtorganen verfestigte.

Die Veränderungen, die nach 1985 eingeleitet wurden und die als Perestrojka in die Geschichte des Landes eingegangen sind, hatten zum Ziel, die krankhaften Wucherungen zu beseitigen und damit dem im Land vorhandenen Potenzen den Weg frei zu machen. Die Geschichte stellte dafür nur wenig Zeit zur Verfügung. Für das Durchdenken der Aufgaben, die Auswahl der Kader, die diese Aufgaben hätten lösen können, und den Beginn der praktischen Arbeit zu ihrer Umsetzung standen nur fünf Jahre zur Verfügung. Der Putsch im August 1991 und der darauffolgende radikal-liberale Umbau haben die Perestrojka beendet, sie durch eine neue Politik ersetzt, die anfänglich wie deren Fortsetzung mit radikaleren Methoden aussah, in Wirklichkeit aber etwas völlig Gegensätzliches war.

Dessenungeachtet hatte die Perestrojka, obwohl sie bereits in ihrer ersten Etappe erdrosselt wurde, so wesentliche Ergebnisse hervorgebracht, daß diese während des zerstörerischen Experiments der folgenden sieben Jahre nicht völlig beseitigt werden konnten:

Die Demontage des paternalistischen Systems der Gesellschaftsführung ebnete den Weg zur Entwicklung demokratischer Institutionen. Entgegen einer Vielzahl objektiver und subjektiver Hemmnisse haben sie sich trotz ihrer Unvollkommenheiten und Schwächen in der russischen Gesellschaft behaupten können. Ungeachtet der Umgehungsmanöver verschiedener Gruppen der politischen Elite, hat sich die Wahl der Machtorgane auf allen Stufen des Staates zu einem unabdingbaren Bestandteil des politischen Systems entwickelt.

Gerade in den Jahren der Perestrojka zeigten sich erste Anzeichen einer sich wiederbelebenden Zivilgesellschaft, d.h. eines Systems politischer und gesellschaftlicher Organisationen als Bindeglied zwischen den Individuen und dem politischen System, welches die notwendigen Bedingungen für die Selbstorganisation der Bürger schafft und notwendige Rückkopplungen verwirklicht.

In den Jahren der Perestrojka bildete sich eine Transparenz heraus, die sich praktisch zur uneingeschränkten Freiheit des Wortes entwickelte. In dieser Zeit wurden Gewissensfreiheit, Versammlungsfreiheit und andere Freiheiten wiederhergestellt, ohne die die Existenz eines demokratischen Gesellschaftssystems unmöglich ist.

Die Sowjetunion der Perestrojkazeit unternahm eine Reihe entscheidender Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung, verzichtete auf ihre Spannung verursachende Dominanz in Zentral- und Mitteleuropa, löste eine Vielzahl von Konfliktsituationen und schwächte so die Gefahr einer globalen Kernwaffenkatastrophe ab. In bedeutendem Maße wurden die Barrieren niedergedrückt, die das Land von der übrigen Welt abschirmten. Es begann die schrittweise Einbeziehung der sowjetischen Wirtschaft in das globale ökonomische System. Die Sowjetbürger wurden von einer Vielzahl bürokratischer Hindernisse befreit, die sie bis dato an Auslandsreisen hinderten.

Am kompliziertesten gestalteten sich die Probleme auf ökonomischem Gebiet. Die ersten Versuche, die Entwicklung der Volkswirtschaft durch bevorzugte Investitionen in den Maschinenbau zu stimulieren, zeigten nicht die erwarteten Ergebnisse. Es wurde klar, daß für die Gesundung der Volkswirtschaft grundsätzlichere Veränderungen notwendig sind. Die Versuche in dieser Richtung destabilisierten aber das finanzielle Gleichgewicht, führten zur wachsenden Inflation und zu einem wachsenden Defizit auf den Verbrauchermärkten.

Immer stärker zeigten sich die Probleme in den Beziehungen der Völkerschaften des UdSSR. Es war erforderlich, nach neuen Modellen des föderativen Aufbaus zu suchen, die eine Lösung der nationalen Konflikte sicherstellen und gleichzeitig die bestehende Staatlichkeit aufrechterhalten.

Im Spannungsfeld des Suchens nach neuen Wegen erfolgte im August 1991 der Zusammenbruch mit seinen tragischen Folgen.

Der weitere Verlauf der Ereignisse hing in bedeutendem Maße von der Struktur der neuen Führungselite ab, die die Schalthebel der Macht übernommen hatte. Diese Elite formierte sich aus zwei Bereichen: Zum einen waren es Funktionäre aus dem zweiten und dritten Glied des Partei- und Wirtschaftsapparats, denen sich die Akteure der Schattenwirtschaft anschlossen. Zum anderen wurde sie durch Vertreter der ehemaligen intellektuellen Opposition gestärkt, die im Kampf mit dem früheren System nach oben gespült wurden, auf diesem Weg aber die ideell und moralisch saubersten Mitkämpfer verloren hatten. Diese zwei Teile koexistierten innerhalb der Machtstrukturen, ohne je ineinander aufzugehen. Die Umstände, unter denen sich die neue Führungselite herausbildete, führten zur Wiedergeburt alter gesellschaftlicher und intellektueller Verhaltensmuster. Mehr noch: Der Wegfall einer Vielzahl ideologi-

scher Tabus beförderte die negativen Seiten dieser Verhaltensmuster.

Natürlich gab es unter den Vertretern der neuen Führungselite nicht wenige energische und fähige Leute. Sie prägten aber nicht die Entwicklung. Statt dessen waren zu beobachten: Dominanz korporativer Interessen vor gesellschaftlichen und nationalen, Vorrangstellung des persönlichen- und des Gruppenegoismus, Fehlen professioneller und allgemeiner Kultur, Defizit an Führungspersönlichkeiten und talentierten Politikern, hoher Bürokratisierungsgrad mit allen sich daraus ergebenden Lastern, geringes moralisches Niveau, berechnender Pragmatismus, fehlende nationale Solidarität.

Innerhalb des Landes konnte sich die neue Führungselite auf ein hohes Maß des Vertrauens bedeutender Teile der Bevölkerung stützen, die von den vorangegangenen Zuständen tief enttäuscht waren und Veränderungen wünschten, die das Land auf ein solches Existenzniveau heben, wie es am Beispiel der entwickelten Länder des Westens wahrgenommen wurde. Führende Kreise der meisten westlichen Staaten unterstützten diese Bestrebungen, die unterschiedliche, oft gegensätzliche Interessen verfolgten. Bedeutende Teile der westlichen Öffentlichkeit sahen in den vor sich gehenden Prozessen eine Intensivierung der Bewegung in Richtung der ökonomischen Gesundung und einer weitergehenden Demokratisierung des Regimes in der UdSSR.

Die wesentlichen Postulate der künftigen Politik wurden wie folgt formuliert:

Forcierte Demontage der etatistisch-bürokratischen Leitungsformen der Wirtschaft und unverzügliche Überführung der Volkswirtschaft in die Bahnen der Marktwirtschaft;

Übernahme der radikalsten westlichen Modelle der monetaristischen finanziellen Regulierung;

sofortige Einbeziehung der gesamten Volkswirtschaft des Landes in das Weltwirtschaftssystem.

Formal übernommen und verfassungsmäßig festgeschrieben wurden die während der Perestrojka entstandenen demokratischen Prozeduren. Gleichzeitig wurden sie aber durch autoritäre Strukturen überlagert, was die Möglichkeit schuf, die Traditionen der Nomenklatura-Autokratie, unter Beibehaltung des demokratischen Dekors, wiederzubeleben.

Heute kann man lange und ergebnislos darüber streiten, inwiefern die damals von der neuen Führungselite verkündeten Prinzipien darauf gerichtet waren, positive Veränderungen für die Lebensbedingungen der Bevölkerung und eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft zu erreichen. Doch zweifellos waren ihre praktischen Handlungen in erster Linie auf Zerstörung gerichtet.

Die vertikale Ausrichtung der bestehenden Staatsmacht wurde zerbrochen, in der Folge verstärkten sich separatistische Tendenzen, die zunächst zum Zerfall der Sowjetunion führten – und schließlich zu einer zunehmenden Desintegration des noch existierenden Rußlands. Unter der Losung des Kampfes gegen den Ektismus wurden die noch bestehenden Regulierungshebel der Wirtschaft liquidiert. Verweise auf das unnötig aufgeblähte Wirt-

schaftspotential wurden genutzt, um Rußland umfassend zu de-industrialisieren. Das Außenhandelsmonopol wurde beseitigt, der Innenmarkt uneingeschränkt für ausländische Waren geöffnet und damit in starkem Maße die Mehrheit der einheimischen Warenproduzenten konkurrenzunfähig gemacht.

Die Idee der beschleunigten Bildung einer breiten Mittelschicht als zuverlässige Stütze des neuen Regimes wurde für einen fast unkontrollierten Raub an dem über Generationen geschaffenen Staatseigentum mißbraucht. Das Ergebnis: Eine breite Mittelschicht hat sich nicht herausgebildet, der frühere staatliche Reichtum geriet in die Hände einer kleinen Schicht von Superreichen, die von einer abhängigen und ausgehaltenen Dienerschaft umgeben ist. Der Diebstahl am Staatseigentum und sein Übergang in die Hände von Neureichen erhöhte die Effektivität der Volkswirtschaft keineswegs. Im Gegenteil, diese zeigt eine augenfällige Zerfallstendenz.

Nachdem die neue Führungselite die Vorräte und andere Wertobjekte, die sie von der Sowjetunion geerbt hatte, vergeudet, verschwendet und geraubt hatte, begann sie, ohne die Hauptrichtungen ihrer Politik zu ändern, sich in immer stärkerem Maße im In- und Ausland zu verschulden. Die Größe der Schulden, die innerhalb weniger Jahre gemacht wurden, ist einmalig in der Weltgeschichte.

Offensichtlich war die Finanzkrise des Herbstes 1998 nicht nur das Ergebnis der von außerhalb übernommenen monetaristischen Illusionen, ungeschickter und plumper Handlungen einzelner unqualifizierter Beamter, nicht nur eine Folge der Situation auf den Weltfinanzmärkten und vor allem in Ostasien. Der Zusammenbruch war die logische Folge des Kurses, den die Führungselite in den vergangenen sieben Jahren ihrer Herrschaft verfolgt hat.

Wenn man das Erbe, das diese Elite ihren Nachfolgern hinterläßt, etwas näher betrachtet, ergibt sich ein deprimierendes Bild:

Die Staatskasse ist leer. Die Valutareerven der Staatsbank betragen etwas über 10 Milliarden Dollar, was weit unter dem erforderlichen Minimum liegt.

Die halbzerstörte Industrie, deren Produktionsumfang weit unter 50 Prozent des Jahres 1989 liegt, gewährleistet bei beliebigem Niveau der Besteuerung nicht einmal die Hälfte des Ausgabenteils des Staatshaushalts.

Es verschlechterten sich in hohem Maße die Existenzbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung: Das durchschnittliche Realeinkommen verringerte sich, berücksichtigt man auch die gesellschaftlichen Fonds, auf ca. ein Drittel des Standes von 1989.

Eine charakteristische Besonderheit der russischen Wirklichkeit der letzten Jahre ist die systematische Nichtauszahlung der Gehälter. Seit Ende 1995 nahm sie einen chronischen Charakter an. Im Verlauf der Jahre 1996-98 war mehr als die Hälfte der Berufstätigen mit Verzögerungen bei der Auszahlung ihrer Gehälter konfrontiert. Die Summe der Haushaltsschulden für die Entlohnung von Arbeitern und Angestellten betrug am 1. Januar 1998 4.940 Milliarden Rubel und erreichte Ende März 1999 die Höhe von 7 Trillionen Rubel (in Preisen von 1997).

Die Verbrauchsstruktur veränderte sich in negativer Richtung. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch und Fleischwaren sank von 70 auf 47 Kilogramm (bei einer Norm von 75 kg), der von Milch und Milchprodukten von 378 auf 233 kg (bei einer Norm von 360 kg), der von Fisch von 27,4 auf 9,4 kg und der von Eiern von 264 auf 207 Stück.

Das gesunkene Lebensniveau geht mit einer krassen sozialen Polarisierung einher. Immer stärker machen sich die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Ihre Zahl betrug 1992 3,6 Millionen (4,8 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung), 1997 6,4 Millionen (8,9 Prozent). Nach der Finanzkatastrophe im September 1998 erhöhte sie sich auf 10 Millionen (14,2 Prozent). Es verlängerten sich die Zeiträume der Arbeitslosigkeit.

Unter den Bedingungen der ökonomischen Krise, der wachsenden Arbeitslosigkeit und den chronischen Verzögerungen bei der Auszahlung von Gehältern sind für viele Familien Renten und Sozialhilfen die einzige Einnahmequelle.

Laut offizieller Angaben bezeichnen als lebenswichtige Einnahmen 24 Prozent der russischen Bürger die Rente, 24 Prozent der Bürger verschiedene Sozialhilfen, 2,8 Prozent das Stipendium und 0,5 Prozent die Arbeitslosenhilfe. Andererseits sinken die Ausgaben für soziale Zwecke. Nach Ansicht von Experten sind sie bereits so gering, daß sie das zulässige Mindestniveau unterschritten haben. Aber sogar diese Zahlungen erfolgen unregelmäßig. Ende 1998 betrugen die Schulden gegenüber den Rentnern 30 Milliarden Rubel.

Aus all dem ergibt sich eine für Rußland beispiellose Armut. 1996 zählten zu den Armen 32 Millionen (21,6 Prozent) Bürger. Ende 1997 hatten 7 bis 10 Millionen Menschen Einkünfte unter dem Existenzminimum, und 31,1 Millionen Menschen (21,05 Prozent) galten als arm. Die Krise im August 1998 hat diese Zahl erheblich vergrößert. Im Oktober 1998 galten nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes bereits 42 Millionen Menschen als arm (28,6 Prozent der Bevölkerung). Eine Reihe von Spezialisten vertritt die Ansicht, daß die vom Staatlichen Statistikamt berechnete Armutsschwelle zu tief angesetzt wird und im Kern nicht die Armutsgrenze, sondern das Niveau des »äußersten Notleidens« zeigt. Experten aus dem Allrussischen Zentrum für die Berechnung des Lebensniveaus zeigen, daß, wenn alle Umstände berücksichtigt werden, zur Kategorie der Armen 58 Prozent der Bürger Rußlands gezählt werden müßten.

Als ein allgemeines Kriterium der Lebensqualität gilt die Lebenserwartung. Seit Mitte der sechziger Jahre begann ihr Niveau zu fallen. 1991 betrug sie im Durchschnitt für die Gesamtbevölkerung 69 Jahre (64 Jahre für Männer, 74 Jahre für Frauen). 1996 sank sie auf durchschnittlich 66 Jahre (60 Jahre für Männer, 72 Jahre für Frauen). Gegenwärtig erreicht der russische statistische Durchschnittsmann gerade mal das Rentenalter. Die Demographen betonen, daß eine solch rasante Verringerung der Lebenserwartung für Friedenszeiten beispiellos ist. Nach diesem Kriterium der Lebensqualität ist Rußland auf das Niveau schwach entwickelter Staaten Asiens und Afrikas herabgesunken und nimmt gegenwärtig den 135. Platz in der Welt ein.

Die vergangenen sieben Jahre führten zu einem bemerkenswerten moralischen Verfall der russischen Gesellschaft. Nach dem Verlust des kommunistischen Ideals folgte die große Enttäuschung über die Werte der Demokratie, jedenfalls in den Formen, wie sie der Gesellschaft von der herrschenden Elite angeboten wurden. Die beschleunigte Umwandlung des Staatseigentums, die den Charakter primitiven Diebstahls annahm, mußte sich auf die moralischen Grundfesten der Gesellschaft auswirken. Die historisch begründete, zum Teil zynische Einstellung zu fremdem Eigentum als unrechtmäßig erworbenem erhielt unter diesen Bedingungen einen zusätzlichen Impuls. Die Kriminalisierung der Gesellschaft, die sich bereits deutlich in den letzten Jahren der Sowjetmacht abgezeichnet hatte, gewann nunmehr einen allgemeinen Charakter, infizierte alle Schichten der Gesellschaft, von der herrschenden Elite bis zu den untersten sozialen Schichten. Die Kriminalität in ihren äußersten Formen überschritt die Grenzen der Selbsterhaltung des Systems: Nachdem die organisierten kriminellen Vereinigungen einen Großteil der Volkswirtschaft unter ihre Kontrolle gebracht hatten, meldeten sie ihre Ansprüche auf die politische Macht an.

Die ideelle und moralische Desorientierung schuf einen fruchtbaren Nährboden für äußerst reaktionäre nationalistische Ansichten. Diese verfestigten sich noch innerhalb einer relativen Minderheit, verbreiten sich aber ziemlich schnell.

Die ideelle und moralische Desorientierung zeigt sich in der Sehnsucht nach »einer starken Hand«, einer »starken Persönlichkeit«, die in der Lage wäre, die notwendige Ordnung im Land wiederherstellen und den Menschen normale Existenzbedingungen zu garantieren. Diejenigen, die sich eine autoritäre Macht wünschen, tendieren zu Wertvorstellungen, für die folgende Schlüsselbegriffe kennzeichnend sind:

Sicherheit, verstanden als Bereitschaft und Fähigkeit der Machtorgane, mit der Kriminalität, die ganz Rußland überschwemmt hat, fertig zu werden, sowie als Schutz der Bürger vor der Willkür des Beamtentums und der informellen bewaffneten Formationen, Beendigung der ethnischen Konflikte.

Gesetzestreue, verstanden als eine stabile Ordnung, die eine Fortschreibung und Unantastbarkeit juristischer Entscheidungen gewährleistet, das Eigentumsrecht garantiert und die Korruption, die staatliche Leitungsstrukturen befallen hat, unterbindet.

Großmachtstolz, verursacht durch ein Gefühl gekränkter nationaler und staatlicher Würde. Er ist verbunden mit dem Eintreten für einen politischen Kurs, der geeignet wäre, Reintegrationsprozesse auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR zu verwirklichen sowie Versuche zu unterbinden, die Russische Föderation weiter zu zerteilen und die russischen Interessen durch Länder des »nahen und weiten Auslands« zu mißachten. Er zielt auf eine Wiederherstellung der internationalen Autorität.

Traditionalismus, verstanden als eine Orientierung an traditionellen Werten – wie der Achtung der Arbeit als der Quelle des Volksvermögens, der Familie als der kleinsten Zelle der Gesellschaft, der fachlichen Qualifikation; wie der Ablehnung des Diebstahls von gesellschaftlichem Eigentum, des Wuchertums, der

Spekulation, der übermäßigen sozialen Ungleichheit; der Unterstützung religiöser Bräuche und Moral – denen heute ihre alte Substanz, verstanden als Beziehungen des patriarchalen Gemeinwesens, fehle.

Auf dem Hintergrund der tiefen Krise implizieren diese Werte das Streben nach einer »harten Hand«, die in der Lage wäre, die aufgestauten Probleme zu lösen. Mit anderen Worten: Es geht um eine autoritäre Herrschaftsform. Damit widersprechen diese Werte den grundsätzlichen Demokratieprinzipien: politischer und ideeller Pluralismus, repräsentative Körperschaften, Verantwortung der Parlamentarier gegenüber den Wählern usw. Bei einem Teil der Bevölkerung werden demokratische Wertvorstellungen aufgeweicht und autoritäre Werte befestigt. Es verfestigt sich die Meinung, Demokratie sei mit einer starken Hand nicht zu vereinbaren, Garant des Rechtsstaates könne nur ein autoritäres Regime sein. Solche Vorstellungen werden sich kaum ändern, solange es nicht gelingt, die Möglichkeit einer effektiven Demokratie in der Tat unter Beweis zu stellen.

Zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die Führungselite, an der Spitze Boris Jelzin, waren die Anhänger eines autoritären Regimes an den Händen abzuzählen. Dann wuchs ihre Anzahl schnell an. Im Februar 1996 antworteten auf die Frage »Braucht Rußland gegenwärtig einen autoritären Herrscher?« 53,3 Prozent der Befragten mit Ja; mit »eher Ja als Nein« – 24,6 Prozent; »eher Nein als Ja« – 7,2 Prozent; »Nein« – 4,1 Prozent, unentschieden waren 8 Prozent. 25,3 Prozent aller Befragten waren mit der Behauptung voll einverstanden, in Rußland sei die Demokratie nicht anwendbar. Weitere Umfragen ergaben ähnliche Resultate.

Dessenungeachtet bleibt die Unterstützung demokratischer Ideen in der russischen Gesellschaft bisher immer noch relativ hoch. Im Dezember 1998 beantworteten 56,7 Prozent der Befragten die Frage nach dem bevorzugten Typ des politischen Systems: demokratische Verwaltung, die sich auf freie Wahlen stützt (26,5 Prozent waren für eine Diktatur mit strenger Disziplin in allen Lebensbereichen).

Die Ablehnung demokratischer Werte und folglich die Neigung, autoritäre Kräfte zu unterstützen, verteilt sich territorial ungleichmäßig. Diese Ablehnung ist in der Provinz höher als in der Hauptstadt und in den Großstädten, höher in den Krisenregionen als insgesamt im Lande. Unterschiedlich ist sie auch in verschiedenen Bevölkerungsschichten. Sie ist besonders stark unter dem ingenieurtechnischen Personal und den qualifizierten Arbeitern der Rüstungsindustrie, dem Verwaltungspersonal der mittleren und unteren Ebenen, einem Teil der schöpferischen Intelligenz, den Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane, den Offizieren der Streitkräfte und den Arbeitslosen.

Die Ergebnisse der ökonomischen und sozialen Politik beeinflussten den Vertrauensvorrat, über den das Regime von 1991 anfänglich verfügt hatte. Die ersten Anzeichen des Rückgangs des ursprünglich vorhandenen Vertrauenskapitals wurden 1992 registriert. 1995 zeigten die soziologischen Barometer ein hohes Maß an gesellschaftlichem Unmut an.

In der politologischen Literatur und Publizistik wurde dieser Umstand auf unterschiedliche Weise interpretiert, manchmal von gegensätzlichen Positionen aus, je nach Wertvorstellungen der Autoren. Eine der Erklärungen begründete den hohen Anteil der Bürger, die sich kritisch zu ökonomischen Veränderungen verhalten und die entstandene Lage negativ beurteilen, mit ungenügender Reife eines Teils der Bevölkerung. Ein anderer extremer Standpunkt sah die Unvermeidlichkeit einer baldigen sozialen Explosion.

Mitte der neunziger Jahre erreichte die Unzufriedenheit noch nicht den kritischen Wert. Dessen ungeachtet: Die fehlende Reaktion der Gesellschaft auf die durch die ökonomische und soziale Politik hervorgerufenen wachsenden Schwierigkeiten gaukelte den führenden Kreisen ein falsches Bild vor. Sie wurden in der Auffassung bestärkt, die Masse der Bevölkerung sei bereit, ohne zu murren die an ihr praktizierten Experimente hinzunehmen. Als eine gewisse theoretische Begründung dafür diente die weit verbreitete These von der historisch bedingten besonderen Duldsamkeit des russischen Volkes. So wurden deutliche Kennzeichen ignoriert, die darauf hinwiesen, daß sich das gesellschaftliche Bewußtsein und das darauf aufbauende politische Verhalten der Massen spürbar veränderten.

Mitte 1998 wurde augenscheinlich, daß der politische Kredit, über den das System verfügte, in bedeutendem Maße aufgebraucht war. Das bestätigten Befragungsergebnisse aller soliden soziologischen Zentren. 1997 schätzten 78 Prozent der Befragten die Situation in Rußland als kritisch oder sogar katastrophal ein, 1998 wuchs ihr Anteil auf 90 Prozent. Nach Angaben des »Büros für angewandte soziologische Forschung« erklärten nur 11 Prozent der Befragten ihre Zufriedenheit mit der Gesamtsituation in Rußland, 83 Prozent beurteilten die Situation als nicht zufriedenstellend. Es erhöhte sich der Bevölkerungsanteil, der die Forderung nach einer vorzeitigen Ablösung des Präsidenten unterstützt: Er betrug 1998 56 Prozent, nach anderen Angaben 66 Prozent (Stand 29. August 1998).

Im öffentlichen Bewußtsein gingen auch qualitative Veränderungen vorstatten. Das zeigte die negative Einstellung zum Regime in seiner Gesamtheit. Die von ihm geschaffenen Machtstrukturen wurden als »mit dem Volk nicht verbunden« von 41 Prozent der Befragten charakterisiert, als »kriminell und korrumpiert« von 63 Prozent (der Wert für die Sowjetmacht 13 Prozent), als »inkonsequent« von 32 Prozent (8 Prozent), als »schwach und hilflos« von 30 Prozent (8 Prozent), als »geachtete Autorität« von 2 Prozent (21 Prozent), als »volksverbunden« von 2 Prozent (36 Prozent).

Wird es den z.T. erneuerten Machtstrukturen gelingen, einen neuen Vertrauenskredit zu bekommen? Das scheint schwieriger zu sein, als einen weiteren Kredit vom Internationalen Währungsfonds zu erhalten. Dennoch besteht eine solche Möglichkeit. Dafür könnten die historischen Erfahrungen, die in anderen Ländern bei der Wiederherstellung politischen Vertrauens mit Hilfe demokratischer Institutionen gemacht wurden, genutzt werden. Neues Vertrauen müßte auf der Teilhabe an Dingen aufbauen können, die von den Bürgern als gemeinsames Interesse empfunden werden. Unter

den konkreten Bedingungen des heutigen Rußland bedeutet das: Politisches Vertrauen wird nur gewährt werden, wenn die Mächtigen die Bereitschaft glaubhaft demonstrieren, mit dem bisherigen Kurs konsequent zu brechen und bedeutende Veränderungen in der Politik vorzunehmen. Eine solche Demonstration erfolgt gewöhnlich, soweit man das nach den Erfahrungen anderer Länder beurteilen kann, über institutionelle Veränderungen, die die Möglichkeiten des Einflusses der Gesellschaft auf politische Entscheidungen erweitern, und über eine radikale personelle Erneuerung, in deren Ergebnis Persönlichkeiten mit hoher gesellschaftlicher Autorität staatliche Schlüsselpositionen einnehmen würden.

Eine erstrangige Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den äußeren Verhaltensweisen der Führungsspitze zu. Ihre Lebensweise und ihre Konsumstruktur müßten einen für das gesellschaftliche Bewußtsein wesentlichen Umstand demonstrieren, nämlich, daß sich die Vertreter der obersten Machtetagen nicht als von der Gesellschaft abgehoben fühlen und darstellen, sondern als Beamte tätig sind, denen bestimmte Funktionen übertragen wurden und die vor den Bürgern Verantwortung für die Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten tragen. Es wären konkrete Maßnahmen notwendig, die von der Bevölkerung als Beweis für die Absicht angenommen würden, den Lauf der Dinge in Richtung einer ehrlichen Sorge um das Wohl der Menschen zu lenken. Die Bereitschaft der Machtorgane, der Korruption und der Kriminalität Einhalt zu gebieten, wäre erst dann glaubhaft, wenn die Bevölkerung sähe, daß die Hauptschuldigen wirklich zur Verantwortung gezogen werden, und wenn der Diebstahl am Staatseigentum unabwendbar bestraft werden würde. Die Bevölkerung würde bereit sein, Entbehrungen auf sich zu nehmen, die im Prozeß der Überwindung der schweren wirtschaftlichen Lage unvermeidbar sind, wenn diese möglichst gleichmäßig verteilt würden. Die vorhandenen Ressourcen müßten so genutzt werden, daß das Überleben aller Bevölkerungsgruppen garantiert ist, die unter dem Zerfall der ökonomischen und staatlichen Strukturen besonders gelitten haben.

Bis jetzt ist nicht klar, wie die Politik einer neuen Regierung aussehen wird. Ein neuer Weg ist noch nicht gefunden. Ein einfacher Rückfall ins Alte ist jedoch unmöglich.

Vieles wird vom Ausgang der bevorstehenden Wahlen abhängen.

(ÜBERSETZT AUS DEM RUSSISCHEN VON KARL HARMS)

KAI EHLERS

Rußland:

Autoritärer oder demokratischer

Weg aus der Krise?

Rußland ist an einen neuen Wendepunkt seiner Entwicklung gekommen. Eine Phase der Restauration der sozialen Beziehungen scheint unvermeidlich. Die Frage ist – wie: Wird sie mit Gewalt von oben implantiert oder als demokratischer Prozeß von unten entwickelt?

Was ist zu beobachten?

Rußlands statistisches Führungszeugnis weist zur Zeit weiter bergab. Seit der letzten großen Krise im Sommer des Jahres 1998 steigt die Inflationsrate wieder, die Produktivität sinkt. Auch wenn die Reserven des Landes unerschöpflich scheinen, so ist doch klar, daß das nicht immer so weitergehen kann. Um den amtierenden Präsidenten ist es ruhig geworden. Von ihm sind keine neuen Impulse zu erwarten. Das hat wenig mit seiner Gesundheit, dafür um so mehr damit zu tun, daß seine Zeit politisch vorbei ist. Die Phase der schnellen Umverteilung, gemeinhin Privatisierung genannt, ist weitgehend abgeschlossen. Was wird, was kann politisch gesehen?

Jewgenij Primakow war ein Übergangspremier. Boris Jelzins letzte große Aufgabe besteht darin, solange physisch präsent zu bleiben, bis das Amt des Präsidenten in neue Hände übergegangen ist. Das ist, ungeachtet des Spottes, der dem alten Mann gegenwärtig entgegenschlägt, eine für Rußland lebenswichtige Funktion, denn jeder weiß, was eine Destabilisierung der Zentralmacht zum jetzigen Zeitpunkt bedeuten würde.

Umsturz und anschließende Diktatur kann gegenwärtig niemand wollen, am allerwenigsten die Kräfte, die gemeinhin mit der Mafia in Verbindung gebracht werden. Gerade sie profitieren von der Unentschiedenheit der gegenwärtigen Situation; darüber hinaus brauchen sie eine ruhige Entwicklung, um ihre Gelder schrittweise zu legalisieren.

Ähnliches gilt für die regionalen Eliten, die gegenwärtig mit Nachdruck dabei sind, ihre Positionen gegenüber der geschwächten Zentralgewalt auszubauen. In der wachsenden regionalen Souveränität zeigt sich eine, wenn nicht die zukunftsweisende Kraft des neuen Rußlands. Nur befindet sich dieser Prozeß noch in einem solch zarten Stadium, daß jede Destabilisierung ihn nicht nur unterbrechen, sondern in gewaltsame Auseinandersetzung mit dem Zentrum verwandeln könnte.

Die Kommunisten schließlich verfolgen schon lange, entgegen allem Anschein, den ihre laute Propaganda erwecken könnte, kei-

Kai Ehlers – Jg. 1944, studierte Theaterwissenschaft, Publizistik, Germanistik und Geschichte, zunächst in Göttingen, ab 1968 in Berlin. Im Zuge der 68er Bewegung verließ er die Universität zugunsten journalistischer und politischer Praxis, arbeitet als selbständiger Buchautor, Publizist bei Funk und Presse.

Schwerpunkt: Veränderungen im nachsovjetschen Raum und deren Folgen.

nerlei umstürzlerische Ziele mehr. Nach dem kurzen Aufbäumen 1991 und noch einmal 1993 sind sie vollkommen auf das zurückgesunken, was sie schon vor der Perestrojka waren: eine Partei des Establishments. Nur sind sie dies jetzt nicht mehr als Partei der Macht, sondern der Opposition, einer Opposition allerdings, die fest in die regionalen und lokalen Macht- und Verwaltungsstrukturen verwoben ist. Ihre Impeachment-Kampagne gegen den Präsidenten ist nur das Überdruckventil, durch das nicht integrierbare Kritik stabilitätsfördernd abgeführt werden kann.

Die Zweideutigkeit der politischen Situation drückt sich darin aus, daß zwar niemand gegenwärtig ernsthaft daran denkt, die Regierung aus dem Sattel zu werfen; niemand aber auch – außer Wladimir Shirinowski – an einer formgerechten Festschreibung eines neuen Burgfriedens interessiert ist.

Die Kräfte, die effektive Alternativen zum jetzigen Kurs repräsentieren, haben sich lange Zeit zurückgehalten, ohne sich formal an einen Burgfrieden zu binden. Das war bis vor kurzem Juri Lushkow in Moskau, und Alexander Lebed in Krasnojarsk tut es immer noch; beide sind potentielle Kandidaten für die Neubesetzung des Präsidentenamtes im Sommer 2000. Was sie als wichtigstes Argument für sich ins Feld führen, ist nicht allein ihr Wille zur Stabilisierung; darin unterscheiden sie sich nicht wesentlich von weiteren potentiellen Kandidaten. Sogar die ehemaligen Privatisierer um Jegor Gaidar, Anatoly Tschubajts, Boris Nemzow u.a. machen solche Versprechungen. Was die Neuen für sich ins Feld führen, ist ihre Fähigkeit, die anstehende Restauration praktisch in die Wege zu leiten. Dafür brauchen aber auch sie Zeit.

Juri Lushkow kann eine Boomtown Moskau vorweisen, Moskau als »Modell«. Nun weiß jeder, daß dies nicht allein auf seinem Mist gewachsen, sondern der Tatsache zu verdanken ist, daß 80 Prozent der Einnahmen der russischen Föderation nach Moskau fließen, jedoch keine 30 Prozent des Haushalts an die Regionen zurückgehen, daß sich in Moskau Mittel und Know how des Landes konzentrieren usw. usf. Juri Lushkows anerkannte Leistung besteht darin, diesen Reichtum genutzt zu haben, indem er die Stadt Moskau zum größten Unternehmer Moskaus machte. Diese Botschaft versucht er zu exportieren, indem er als Bürgermeister von Moskau ärmeren Regionen bei profitverheißenden Projekten finanziell, personell und mit Know how unter die Arme greift.

Alexander Lebed hat sich entschlossen, genau vom anderen Ende her zu beginnen: Er, der seine Karriere in Afghanistan begann, über seine Friedensschlüsse in Transnistrien 1992, über seine Rolle in Tschetschenien 1994 und 1995 und als dritter bei den Präsidentenwahlen 1996 in die Moskauer Machtzentrale kam, versucht diese heute von der Region her einzunehmen.

Gegensätzlicher – und doch im Wesen identisch – könnten Kandidaten nicht sein: Zivilist der eine, General der andere. Für Alexander Lebed ist Afghanistan zur Lehre geworden, daß Krieg kein Mittel zur Lösung der russischen Krise sein könne. Alexander Lebed begann seinen politischen Weg mit starken nationalistischen Tönen; heute hält er sich vom extrem nationalistischen und antisemitischen »Kongreß russischer Gemeinden« fern. Zivilist Juri

Lushkow dagegen warf sich mit nationalistischen Argumenten für eine starke Schwarzmeerflotte ins Gefecht, inszenierte rassistische Säuberungskampagnen gegen Kaukasier in Moskau und wirbt neuerdings um eben jenen »Kongreß der russischen Gemeinden«. Gemeinsam mit ihm wirft er Alexander Lebed wegen des Friedensschlusses in Tschetschenien bis heute Verrat nationaler Interessen Rußlands vor.

Noch einiges dieser Art ließe sich aufzählen. Das alles aber bleibt politisches Make-up angesichts dessen, worin sich die beiden Kandidaten gleichen: Es ist der Pragmatismus der Macht, der die bestehenden ökosozialen Strukturen von Staats wegen nutzt, statt sie aufzulösen und weitere soziale Desintegration zu riskieren. Bürgermeister Lushkow schaffte es, Anatoly Tschubajs das Recht abzutrotzen, Moskau in eigener Regie zu privatisieren. So wurde zwar auch in Moskau privatisiert, das heißt, Staatskapital in Aktienkapital umgewandelt, aber Moskaus größter Besitzer, Unternehmer und Finanzier in einer Person wurde die Stadt Moskau selbst, vertreten durch politisch kontrollierte Banken, das heißt letztlich durch Bürgermeister Lushkow als politische Vaterfigur. Viele Betriebe blieben zudem, im Gegensatz zu der von Anatoly Tschubajs, Alfred Koch u.a. vertretenen Linie, in der Hand der Betriebskollektive.

Was so in Moskau entstand, ist ein staatlich regulierter Kapitalismus mit gewählten Leitungen und Direktoren, in dem die wenigen unabhängigen Kleinunternehmer sich nach der staatlich vorgegebenen Decke strecken müssen, wenn sie überleben wollen. Das betrifft auch ausländische Firmen. Das ist – entgegen jedem Anschein – keine Marktwirtschaft westlichen Zuschnitts, sondern Verwaltungskapitalismus nach russischer Art.

Alexander Lebed demonstriert dasselbe Modell in Krasnojarsk, seine Parteigänger in Städten wie Nowosibirsk oder anderswo. Der Form nach handelt es sich bei dem, was da entsteht, um kollektive Privatisierung, staatlich gefördert und reguliert. Man bemüht sich, die noch bestehenden kollektiven Arbeits- und Versorgungsstrukturen der Betriebe als Basis für Mitbeteiligung und Mitbestimmung zu nutzen und auch die Versorgungsstrukturen zu erhalten.

Die Wege, die Alexander Lebed ebenso wie Juri Lushkow zur Erreichung dieser Ziele einschlagen, sind: 1. Ordnungskampagnen gegen Korruption und Mafia; für eine »Diktatur des Gesetzes«, wie Alexander Lebed es formuliert. 2. Sichtbare Entrümpelung der Bürokratie. 3. Kleinarbeit vor Ort, in den Betrieben, Institutionen, Kommunen, auf dem Lande. Eine frontale Konfrontation mit der Mafia wird es nicht geben – weder bei Juri Lushkow noch bei Alexander Lebed. Alexander Lebed etwa differenziert in Verbrecher, in eine Grauzone der Illegalität und in Kleingewerbetreibende, die durch eine falsche Steuerpolitik illegalisiert werden. Die von ihm ins Auge gefaßten Maßnahmen lauten dementsprechend: Todesstrafe für Verbrecher, Einbeziehung der Grauzone in staatliche Verantwortung, Entkriminalisierung der kleinen Steuerzahler durch eine Neuregelung der Steuerpolitik. Und Juri Lushkow muß sich gegen Behauptungen wehren, er sei bei dem Versuch, die Mafia auszuhebeln, selbst von ihr nicht mehr zu unterscheiden.

So viel aber ist sicher: Vorausgesetzt, Boris Jelzin bleibt bis zu den Wahlen im Sommer 2000 physisch präsent, wird es keinen abrupten, keinen gewaltsamen, sondern einen sanften Übergang geben. Dabei spielt es eine untergeordnete Rolle, ob Juri Lushkow oder Alexander Lebed das Rennen macht. Chancen haben sie beide, der eine, weil er aus dem Zentrum, der andere, weil er nicht aus dem Zentrum agiert. Pragmatiker sind sie beide. Eventuelle Konkurrenten könnten nur auf dieser Linie erfolgreich agieren. Diese Konstellation könnte Boris Jelzin sogar noch zu einem Leben über den politischen Tod hinaus verhelfen.

Das Ende der Ära Jelzin ist zugleich ein Wendepunkt bisheriger westlicher Rußlandhilfe. Der Internationale Währungsfonds ist wegen seiner Mißerfolge selbst in den eigenen Reihen in die Kritik gekommen. Treibendes Motiv der Rußlandpolitik Helmut Kohls war die Wiedervereinigung. Sie war ihm die Lieferungen von Hilfsgütern, Kompensationszahlungen und Soforthilfekrediten in der Höhe von 60 Milliarden DM wert. Damit stand das damalige Westdeutschland in den Jahren 1989 bis 1991 einsam an der Spitze der ersten Rußlandhelfer.

Angesichts dieser starken Belastung versuchte die Bundesregierung, die übrigen Mitglieder der »G-7« gleichfalls zu stärkerem Einsatz zu bewegen. Die – allen voran die USA unter Präsident George Bush, sodann England unter Margaret Thatcher – machten ihre Unterstützung jedoch von der Durchführung radikaler marktwirtschaftlicher Reformen in Rußland abhängig. Japan verweigerte generell wegen der ungelösten Kurilenfrage jegliche Hilfe.

Erst als Boris Jelzin Michail Gorbatschow 1991 mit dem Programm einer »Schocktherapie« ablöste, waren die übrigen »G-7«-Länder zu größeren Einsätzen bereit. Dynamik bekamen diese allerdings erst im Zuge der von Bill Clinton seit seinem Amtsantritt 1993 propagierten neuen Partnerschaft mit Rußland. Er instrumentalisierte dafür vor allem den IWF, den er dahin drängte, »leichte Kredite« zu geben.

Praktisch hieß das: Jedesmal, wenn die russische Krise sich akut zuspitzte, waren IWF, Weltbank und auch die »European Bank for Reconstruction and Development« (EBRD) mit neuen Kreditpaketen zur Stelle, die dabei immer an die Forderung nach »konsequenten Reformen« gekoppelt waren. Insgesamt wurden auf diese Weise bis heute Kredite in Höhe 200 Milliarden Mark an Rußland in Aussicht gestellt, allerdings keineswegs alle gezahlt. Nach der Sommerkrise 1998, die Rußland an den Rand des Zusammenbruchs brachte, stellte der IWF die Zahlungen vorläufig ein, allerdings nicht ohne der russischen Regierung Hoffnungen zu machen, daß bei »konsequenten Reformen« doch wieder gezahlt werden könnte. Was gemäß der Statuten des IWF als Wirtschaftshilfe definiert ist, erweist sich als ein politisches Instrument, mit dem versucht wird, die nachsowjetischen Gesellschaften auf einen vom Westen definierten Reformkurs zu zwingen.

Dieser Kurs wurde im Frühjahr 1991 in Gesprächen festgelegt, die Boris Jelzin – damals Präsident der Russischen Republik im Rahmen der noch bestehenden UdSSR – in Washington führte. Das geschah parallel zum Londoner Gipfel der »G-7«, der Gorba-

tschow die Unterstützung verweigerte, wenn er nicht erst seine »Hausaufgaben« gemacht habe, wie es die Presse seinerzeit formulierte.

Das Programm, mit dem Boris Jelzin und seine Mannschaft um Jegor Gaidar antraten, entsprach bis hinein in einzelne Formulierungen den ausgearbeiteten Vorgaben des IWF. Kern des Programms war die radikale Privatisierung bei gleichzeitiger »Politik des knappen Geldes«, in deren Zuge durch Währungsreform, Abbau von Subventionen, Streichung sozialer Leistungen etc. Geld aus dem Lande in die neu entstehenden, vor allem Moskauer, Finanzzentren gezogen werden sollte. Den politischen Rahmen für die Reformen sollten die Umwandlung der sowjetischen Rechtsordnung in eine solche demokratischen Typs und die Einbindung Rußlands in das europäische Sicherheitssystem bilden; später kam die Ausweitung der NATO nach Osten hinzu. Das Ergebnis: nicht freie Marktwirtschaft, sondern Entindustrialisierung, nicht Demokratisierung, sondern soziale Desintegration, nicht mehr Sicherheit, sondern politische Instabilität.

Die Privatisierung schuf kein produzierendes Privateigentum, sondern zerlegte das frühere Staatseigentum unter der Vorgabe der Entstaatlichung in einen Sektor hochkonzentrierten spekulativen Kapitals auf der einen Seite und die Mehrheit einer vom Geld abgespaltenen Bevölkerung, die von Naturaltausch, Schatten- und Subsistenzwirtschaften lebt, auf der anderen Seite. Das schließt Direktoren kleinerer Betriebe mit ein.

Die Sicherheitspolitik schuf kein verlässliches neues System gleichberechtigter Partner auf dem euroasiatischen Kontinent, sondern eine gefährliche Halbheit: Einerseits wurde Rußland zu einem Teil Europas erklärt, andererseits wird es durch die NATO-Erweiterung faktisch bedroht, mindestens aber halb eingekreist. Im Ergebnis läuft das auf den Versuch einer Neutralisierung Rußlands hinaus. Diese Tatsache wird durch Rußlands beratende Stimme im NATO-Rat nicht gemildert, sondern im Gegenteil noch verstärkt.

Angesichts solcher Ergebnisse wird verständlich, daß es inzwischen nicht wenige Menschen in Rußland gibt, die diese Reformen nicht nur als Fehler betrachten, sondern dahinter die politische Absicht des Westens, speziell der USA, vermuten, den sowjetischen, danach auch noch den russischen Konkurrenten zu schwächen und in einer Spirale von wechselnden Kreditversprechungen und deren Verweigerung von sich abhängig zu machen und zu neutralisieren. Daraus ist eine antiwestliche Stimmung von gefährlicher Kraft entstanden, die sich ausbreitet.

Die Kritik von Horst Köhler, dem Präsidenten der Osteuropabank, daß der Westen damit aufhören müsse, Rußland seine Vorstellungen per Kreditpolitik des IWF aufzuzwingen und statt dessen an den gewachsenen Strukturen des Landes anknüpfen solle, wenn er Demokratie und Marktwirtschaft in Rußland stärken wolle, war die schärfste, die aus den eigenen Reihen kam.

Würde man sie ernst nehmen, was durchaus zu wünschen wäre, dann müßte als erstes das Primat der Privatisierung aufgekündigt werden, das die letzten Jahre bestimmt hat. Die Reformen haben zum Teil den Charakter einer Zwangsprivatisierung angenommen.

Unterstützenswert wäre statt dessen die Entwicklung einer gemischten Wirtschaft, in der die immer noch bestehenden Staatsbetriebe in privatwirtschaftlich organisierte Beteiligungsmodelle verwandelt werden, während das neu entstandene und weiter entstehende Privatkapital andererseits einer Sozialpflicht unterworfen werden müßte. Solche Reformen können nur auf den gewachsenen kollektiven sozioökonomischen Strukturen aufbauen. Das bedeutet, sie müssen von der realen Existenz der kollektiven Landwirtschaft, also von Kolchosen und Sowchosen und der Existenz kollektiv betriebener Produktionsstätten ausgehen, die als bloße Ansammlung privatisierter Individuen nicht existenzfähig wären, im Verlauf der Reformen aber in vielen Fällen Träger einer kollektiven Privatisierung werden würden. Dies wäre eine von der tatsächlichen Entwicklung der letzten Jahre vorgezeichnete Alternative zu den vom IWF vorgeschlagenen Massenentlassungen und ein Weg zu Verhältnissen, die demokratischen Charakter tragen.

Neu wären auch die Beziehungen Westeuropas zu Rußland zu definieren. Der Westen muß die Tatsache anerkennen, daß Rußland nicht nur geographisch, sondern auch kulturell, politisch und ethnisch in Europa und in Asien liegt. Es ist unsinnig, Rußland zu einem Teil des atlantischen Verteidigungsbündnisses machen zu wollen – und es dann durch die NATO-Erweiterung wieder auszugrenzen. Es müssen vielmehr neue Formen gefunden bzw. auch vorhandene wie KSZE oder OSZE so entwickelt werden, daß Rußland zum Teil eines Sicherheitssystems wird, welches Asien und Europa verbindet, das heißt, eines weltweiten Netzes. Darin haben die russisch-deutschen bzw. die russisch-westeuropäischen Beziehungen den Stellenwert bilateraler Beziehungen, die sich in das Gesamtnetz einfügen.

Schließlich müßte eine Politik auf der von Köhler skizzierten Linie sich von der Zentrierung auf Moskau lösen. Die Unterstützung regionaler Entwicklungsprojekte von deutscher Seite ist nicht nur im Interesse kontrollierbarer Effektivität dringend geboten. Sie würde auch die Umwandlung des Zentralstaats in eine Organisation gleichberechtigter politischer Subjekte und somit eine langfristige Demokratisierung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Ländern und Völkern auf dem euroasiatischen Kontinent bewirken. Sie muß sich dabei aber hüten, innerrussischen Entscheidungen vorzugreifen, die sich in der Fragestellung »Föderation oder Konföderation« ausdrücken.

An der Haltung zu diesen drei Punkten: Privatisierung, (West-)Europabindung Rußlands, Moskauer Zentralismus wird eine zukünftige deutsche Rußlandpolitik gemessen werden müssen.

ERNST SCHUMACHER

»Wir haben gelogen.

Wir sind an allem selber schuld.«

Niederschrift eines Gespräches mit Hedwig Remmele¹

Zu den führenden Mitgliedern der KPD in der Weimarer Republik gehörte Hermann Remmele² (Jg. 1880). 1932 wurde er an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale nach Moskau versetzt, jedoch bald aller Funktionen enthoben, im Mai 1937 verhaftet und wegen angeblicher Spionage, Terrorismus und anderer Verbrechen zum Tode verurteilt und am 7. März 1939 erschossen. Auch sein Sohn Helmut (geboren 1910) wurde 1938 zum Tode verurteilt, dann zu GULag begnadigt. Er kam 1938 auf dem Weg nach Sibirien ums Leben.

Die Tochter Hedwig, 1907 geboren, wurde 1941 zusammen mit ihrer Mutter Anna und ihren beiden Töchtern Ilona und Ruth nach Sibirien evakuiert. 1956 konnte sie mit den Töchtern nach Ostberlin zurückkehren. Sie mußte sich schriftlich verpflichten, kein Wort über das Schicksal ihrer Familie in der Sowjetunion in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Ich wohnte zwischen 1958 und 1964 bei meinen Berlin-Aufenthalten bei Hedwig Remmele, erst in der Chodowieckistrae 19, dann Prenzlauer Allee 117 zur Untermiete. Sie vertraute mir schließlich in dem Maße, daß sie mir an einem Sonntag im Oktober 1962 die Wahrheit über das Schicksal ihrer Familie in der Sowjetunion offenbarte. Ich verpflichtete mich, sie nicht zu veröffentlichen, bis weder für sie noch ihre Töchter irgendwelche Folgen aus einer Veröffentlichung erwachsen könnten. So blieben die stenographischen Notate fast vierzig Jahre »der nagenden Kritik der Mäuse« ausgesetzt, bis ich sie im März 1999 wiederfand, entstenographierte und in Reinschrift übertrug. Es folgen die Blätter 1 bis 6.

Sie ging auf und ab, die Hände in die Schürze gesteckt, gesenkten Kopfs, den krummen dicken Rücken noch mehr gebeugt als sonst, den runden Leib auf kurzen Beinen rasch drehend, wenn sie den kurzen Weg vom Fenster bis zur Türe getrippelt war. Dann wandte sie mir ihr immer noch junges, aber auch etwas aufgeschwommenes Gesicht (sie hatte ganz streng gescheitelte, glatte Haare, die komischerweise immer noch nicht grau waren; nur hinten, am Knoten, war eine dicke graue Strähne erkennbar) zu und sagte:

Ich will Ihnen etwas sagen. Die Wahrheit ist: Wir haben nicht die Wahrheit über die Sowjetunion gesagt, wenn wir bei uns in Deutschland darüber sprachen; wir haben nicht die Wahrheit über uns in Deutschland gesagt, wenn wir in der Sowjetunion darüber sprachen; wir haben gelogen. Wir sind an allem selber schuld.

Ernst Schumacher – Jg. 1921, Theater- und Literaturwissenschaftler, Lyriker und Essayist, wurde durch umfassende Studien über das Werk Bertolt Brechts bekannt.

Das Blatt 7 des Stenogramms ist entweder nicht erhalten geblieben, oder aber es wurde die Seitenzahl 7 ausgelassen. Überliefert ist das Blatt 8, auf dem sich unverbunden folgende Notate befinden:

Zusammenfassend: Sie hält Dimitroff für einen *Voluntaristen*, der niemals Kommunist war.

Die bulgarische Genossin, die 38 nach Bulgarien zurückkehrte, weil sie wenigstens vom Gegner umgebracht werden wollte.

Schließlich rang sie sich zur bittersten Erkenntnis durch:
Wir haben unser Schicksal verdient, ich so gut wie mein Vater. Ja wohl, das haben wir, und ich kann froh sein, daß ich so davongekommen bin.

Sie erzählte, daß es, als sie vor 1933 im Militärischen Apparat der KPD arbeitete, durchaus geläufig war, über einen Genossen zu sagen:

Na, dem haben sie drüben doch Salz aufs Haupt gestreut, weißt du das nicht? Das war seit 24 so.

Dann berichtete sie:

Fünf Minuten, fünf Minuten buchstäblich vor seiner eigenen Verhaftung, spielte mein Vater mit Frida Rubiner³ Schach. Frida fragte ihn: »Glaubst du wirklich, Hermann, daß das in Ordnung ist mit den vielen Verhaftungen, die jetzt geschehen? Ich kann mir nicht denken, ich kann es einfach nicht glauben, daß der und der ein Agent sein soll.«

Mein Vater versicherte ihr entschieden: »Das hat alles seine Bewandnis. Das ist alles in Ordnung.«

Ich hatte an jenem Abend (es war der 15. Mai 1937) mit anderen Genossen irgendwo etwas gefeiert. Wir kamen um 1 Uhr nachts am Lux vorbei. Ich sah, daß im Zimmer meiner Eltern⁴ noch Licht brannte. Ich wollte hingehen, um Kaffee zu holen, den wir bei einer Genossin noch trinken wollten. Ich kam hoch, da standen sie vor ihrer Wohnung, mit aufgeflepptem Seitengewehr: Hausdurchsuchung.

Mein Vater war nicht erregt, er machte einen gefaßten Eindruck. Als sie ihn mitnahmen, sagte ich zu ihm: »Du wirst sicher bald wiederkommen. Es handelt sich sicher nur um eine Auskunft über deine sogenannten Freunde.«

Er sah mich erstaunt an: »Wiederkommen? Ich werde nicht wiederkommen.«

»Aber wieso denn?«

Fast nachsichtig sagte er: »Ja, glaubst du, ich weiß nicht, was gespielt wird? Nein, ich werde euch nicht wiedersehen.«

Meine Mutter versuchte, im Mut zu machen:

»Sicher wird sich alles aufklären. Ich gehe gleich morgen zu Dimi⁵ [troff] und Wilhelm [Pieck]⁶.«*

Mein Vater beschwor sie: »Du gehst keinen Schritt aus der Wohnung. Du verläßt das Haus nicht. Das ist doch sinnlos, zu denen zu gehen.«

Bevor er fortgenommen wurde, sagte er zu mir noch:

»Daß mir das nach 44 Jahren geschehen würde, habe ich nicht geglaubt. Aber ich sage euch jetzt die volle Wahrheit, wie sie nur ein Mann sagt, der nicht wiederkommt: Ich war immer für die Partei, für den Sozialismus, für die Sowjetunion. An meinem Glauben an die Sowjetunion wird mein Schicksal nicht rütteln können.«

Sie leugnet strikt, daß Stalin schuldiger sei als die anderen. Er war vielmehr ihr Gefangener. Sie hält die Liquidationen für das von Churchill in Gang gebrachte Geschäft der Konterrevolution (besonders Tuchatschewski⁷).

(* Die Ergänzungen in den eckigen Klammern wurden vom Autor vorgenommen.)

Sie hält Stalin für einen Mann wie Thälmann (im Gegensatz zu dem windigen Heinz Neumann¹⁸, der für sie ein jüdischer Intelligenzler war).

Ich fragte, ob die Mutter zur Komintern gegangen sei.

»Ja. Und sie wurde von Wilhelm empfangen. Er empfing sie, drückte sie an sich und sagte mit beschwörendem Ton: »Du glaubst

nicht, Anna, wie mir die Verhaftung von Hermann nahegeht. Wir werden selbstverständlich alles tun, um sie rückgängig zu machen.»

Meine Mutter ging, wenn nicht getröstet, so doch mit einiger Hoffnung. Unter der Türe stieß sie mit [Hugo] Eberlein zusammen. Er schreckte zunächst etwas zurück, sah mit verlegenem Blick auf Wilhelm, ob er die Frau eines »Renegaten« noch grüßen dürfe. Als er aus der Miene von Wilhelm ersehen zu können glaubte, daß es noch opportun sei, drückte er ihr die Hand und schloß die Innentür hinter sich. Meine Mutter lehnte momentan betäubt am Türrahmen. Sie hörte, wie Eberlein auf Wilhelm einredete: »Aber das geht doch zu weit, daß sie Genossen wie Hermann verhaften.«

Darauf erwiderte Wilhelm: »Ach was, sei doch froh, daß wir solche Schweinehunde wie diesen Hermann auf diese Weise endlich loswerden.«

Drei oder vier Tage später wurde auch Hugo Eberlein verhaftet. Er erlitt das gleiche Schicksal wie mein Vater.

Ich fragte, was denn gegen Hermann vorgebracht wurde; irgendeine Beschuldigung müsse ja vorgelegen haben. Sie erzählte:

Ich lief, obwohl ich im 8. Monat schwanger war, von Gefängnis zu Gefängnis und fragte, ob mein Vater eingeliefert worden sei. Manche Aufseher gaben nicht einmal eine Antwort, sie schlugen mir das Fenster vor der Nase zu. Auch im Butyrki-Gefängnis bekam ich keine Nachricht. Ich war verzweifelt. Eine Genossin fragte mich schließlich: »Warum gehst du nicht zur Komintern?«

Nach dem Erlebnis, das meine Mutter dort hatte, hatte ich keine Lust dazu. Die Genossin sagte schließlich: »Geh doch in die Dimitroffstraße, da wird seit Tagen Punkt zwölf dein Name aufgerufen.«

Ich ging also dorthin. Wirklich wurde ich, wartend unter Hunderten, zu Mittag aufgerufen und zu dem Prokurator Pauker geführt. Ich war, als ich zu ihm ins Zimmer geführt wurde, wie vom Schlag gerührt: Der Staatsanwalt glich aufs Haar meinem Vater.

Er forderte mich auf, Platz zu nehmen. Er fragte mich: »Warum laufen Sie in Ihrem Zustand von Gefängnis zu Gefängnis und fragen nach Ihrem Vater? Sie haben doch schon ein kleines Kind zu Hause.«

Das klang drohend. Ich erwiderte trotzdem: »Mein Vater steht mir näher als meine Kinder.⁹ Für sie wird schon jemand sorgen, aber für meinen Vater sorgt niemand.«

Er fuhr fort: »Sie wissen doch, daß Ihr Vater wegen konterrevolutionärer Umtriebe verhaftet ist.«

Ich: »Wenn ich das zugeben würde, müßte ich mich selbst belasten, denn Sie würden doch dann sicher fragen, warum ich zu diesen Umtrieben bisher geschwiegen habe.«

Er zuckte die Achseln: »Aber Sie selbst haben doch ein Papierchen geschrieben und es zur Komintern getragen, das ein anderer nicht selber schreiben und dorthin bringen konnte, weil er krank war.«

Ich begriff zuerst nicht. Dann fiel mir ein, daß ich für meinen Bruder einen sogenannten Bericht geschrieben hatte, als er mit Fieber zu Bette lag, und ihn in der Tat zur Komintern gebracht hatte.

Sie hält auch Werner Hirsch für einen fragwürdigen Typ. Nicht nur, daß er ganz schön Geld bei uns schaufelte, sondern auch in moralischer Hinsicht. Sie erzählt, wie es sie einmal splinternackt in seinem Büro auf seiner Couch empfangen hat.

Sie schildert die Entscheidung, vor die sie nach allem gestellt war: Noch an den Kommunismus, an die Sowjetunion glauben oder nicht?

An der Frage Krieg oder Frieden entschied sich für sie, daß sie trotzdem bei der Stange blieb. Das gilt heute mehr denn je.

Kommunismus: die notwendige neue Gesellschaftsformation nach dem Kapitalismus, aber bis dorthin ist es noch ein langer Weg.

Ich hakte ein: »Was für ein Bericht?«

Sie hält nicht viel von Nikita Chruschtschow.¹⁹ Er gehört für sie *mit zur Partie*, die in Wahrheit Stalin erst zu Stalin machte. Sie hält ihn für einen Revisionisten. Auf meinen Einwand: »Aber ohne ihn, ohne die neue Gruppierung, würden Sie bis heute noch in Sibirien sitzen«, erwidert sie, das wäre auch ohne Chruschtschow nicht mehr der Fall. Ihr mißfällt, daß in jedem »Ogonjok«-Heft Chruschtschow *mindestens fünfmal* abgebildet sei, was bei Stalin nicht der Fall war.

Sie sah mich nachsichtig an:

»Na, wie es halt damals so üblich war.«

Sie grinste etwas und fragte:

»Ich weiß ja nicht, ob das heute nicht auch noch üblich ist. Ich bin ja, wie man so sagt, ganz unten angelangt.«

Sie erklärte:

»Mein Vater und mein Bruder¹⁰ hatten einen Abend mit anderen Genossen verbracht, bei dem natürlich das und jenes geäußert wurde. Mein Bruder war beflissen und schrieb seinen Bericht, in dem er einen Genossen belastete, der etwas, ich weiß nicht mehr was, geäußert hatte, was nicht mit der Parteilinie übereinstimmte. Aber mein Vater unterließ es, seinerseits einen Bericht zu schreiben. Der Prokurator brauchte mir das Weitere nicht zu erklären; ich begriff völlig, als er sagte: »Ist doch klar, Ihr Vater ist der Fraktionsmacherei verdächtig.«

Ich schwieg. Ich begriff, wohin es führte, dieses »Berichteschreiben«, die »Charakteristika«, die wir alle miteinander bei jeder Gelegenheit abgaben. Ich fragte nur: »Und wo ist mein Vater?«

Er: »Sie können ihm nicht helfen. Er ist nicht in unserer Hand.«

»Aber ich will ihm helfen.«

Er, halb finster, halb mitleidig: »Sie können ihm nicht mehr helfen.« Ich hatte verstanden. Bevor ich mich erhob, benommen und erschüttert von dieser Mitteilung, sagte ich: »NKWD und Staatsanwaltschaft sind also voneinander unabhängig. Wozu nach Prokuratoren?«

Er zuckte die Schultern. Dann drückte er mir die Hand und sagte: »Ich wünschte, ich hätte eine solche Tochter, wie sie Ihr Vater hatte.«

Sie berichtete, wie ihre Mutter wenig später verhaftet wurde und eineinhalb Jahre im Butyrki saß:

»Sie bekam alle zehn Tage Schreibgelegenheit. Jedes Mal schrieb sie einen Brief an den Staatsanwalt: »Ich kann mir nicht erklären, warum ich verhaftet wurde. Ich kann aber erst recht nicht erklären, warum ich bis heute nicht davon unterrichtet worden bin, weswegen ich verhaftet bin und warum bis heute meine Personalien nicht aufgenommen wurden.«

Sie bekam niemals eine Antwort.

Im Jahr 39 übernahm Beria den NKWD, eine Kommission kam in das Butyrki, wo die Frauen ganz eng zusammengepfercht auf bloßen Holzpritschen lagen. Beria¹¹ versprach ihnen, für ihre Freilassung zu sorgen. Wirklich wurden sie entlassen. Meine Mutter kam vor die Kommission. Ein Beamter sagte zu ihr: »Sie sind entlassen.«

Meine Mutter: »Ich möchte wissen, warum ich verhaftet worden bin.«

Der Beamte: »Ich habe Ihnen gesagt, Sie sind entlassen.«

Meine Mutter: »Schon. Aber zuvor möchte ich wissen, warum ich verhaftet worden bin.«

Der Beamte drohend: »Wenn Sie diese Frage nochmals wiederholen, kommen Sie erneut dorthin, wo Sie herkommen sind. Sie sind entlassen.«

*Meine Mutter nach einer Weile: »Gut. Und wohin soll ich gehen?«
Der Beamte: »Uns ist bekannt, daß Sie eine Tochter in Moskau haben.«*

Meine Mutter schlug sich zum Lux durch. Dort, wo sie jahrelang gewohnt hatte, wurde sie wie eine Fremde am Einlaß festgehalten. Die Diensthabende tat, als ob sie sie nicht kenne.

Als meine Mutter sagte: »Aber meine Tochter wohnt doch hier«, bekam sie zur Antwort: »Ich muß mal nachfragen.«

Sie ließ sich verbinden, dann mit einer anderen Stelle. Sie zuckte die Schultern: »Tut mir leid.«

Sie hieß meine Mutter Platz nehmen. Schließlich kam ein Mann, der von der Diensthabenden auf meine Mutter aufmerksam gemacht wurde. Er besah sich meine Mutter und ging dann wieder. Es kam Walter Ulbricht¹² herein, um seinen Schlüssel abzuholen. Er sah meine Mutter und sah an ihr vorbei.

Es kam die Heckert [Frau von Fritz Heckert¹³] und kannte sie nicht.

Es kam schließlich Frida Rubiner. Auch sie kannte meine Mutter nicht, nahm ihren Schlüssel und ging.

Meine Mutter weinte. Sie weinte nicht lange, da kam Frida Rubiner zurück und eilte auf sie zu: »Du bist hier, Anna, ich habe dich nicht erkannt. Ich bin, du weißt es doch, kurzsichtig. Entschuldige!«

Sie umarmte sie, fragte, wie es ihr gehe. Dann rief sie mich an. Ich eilte zur Loge, um mich Mutters anzunehmen. Als mich die Wache hindern wollte, daß ich meine Mutter zu mir nehme, schrie ich: »Wagt es nur, kommt heran, wenn ihr Krach wollt.«

Der Mann, der meine Mutter nicht kennen wollte, war dazugekommen. Er sagte streng: »Aber nur für eine Stunde.«

Daraufhin ich: »Ja, nur für fünf Minuten.«

Im Triumph führte ich meine Mutter in mein schäbiges Zimmer, in das ich mit meinen zwei Kindern abgeschoben worden war.¹⁴ Dann rief ich in der Wache an: »Wenn ihr wollt, könnt ihr heraufkommen. Aber das eine sage ich euch: Hinter jeder Türe steht eine mit einer Axt.«

Sie kamen nicht. Aber sie ließen uns auch ganz schön ... – nicht gerade verrecken, aber so etwa ähnliches.

Es sprach sich herum, daß meine Mutter entlassen worden war. Eines Tages wurde ich zur Komintern gerufen. Der Genosse, den ich gut kannte, sagte mir: »Wir können wenig für euch tun, aber wir werden etwas tun.«

Bevor ich ging, teilte er mir mit: »Du kannst mit einem Auto zurück nach Moskau fahren.«

Ich sah ihn mißtrauisch an, denn ich wußte nicht, ob das nicht auf eine Verhaftung hinauslief. Aber ich lief dann vor dem Gebäude auf und ab, auf das Auto wartend.

Als ich so auf und ab ging, kam Wilhelm heraus, um zu seinem Wagen zu gehen. Ich sah ihn, steckte meinen Kopf in den Schal, um ihn nicht anzusprechen zu müssen. Er sah mich, ging an mir vorbei, dann zurück in das Gebäude. Dann kam er wieder, so knapp an mir vorbei, daß ich ihn fast streifte. Ich tat, als ob ich ihn nicht kannte. Er blieb schließlich stehen und fragte: »Sag mal, Hedwig, warum

Sie hält Zeigefinger und Daumen zusammen und sagt:
Da gibt es so kleine Fürzchen, die glauben, Ulbricht oder die Pieck hätten vor mir Angst, weil ich einiges über sie wüßte, und ich sei ihnen neidig. Das ist absolut nicht der Fall. Ulbricht hat mich sicher längst vergessen, ich bin ihm aus den Augen gekommen. Die Pieck würde mich sicher nicht so stehen lassen wie etwa die Heckert, wenn ich ihr zufällig begegnen würde, sondern mich begrüßen und Allerweltsfragen stellen, und dann würden wir uns wieder trennen, wie das halt sei: Die kleinen Fürzchen meinen, ich kann nicht begreifen, daß Männer, die nach oben kommen, ganz einfach über Leichen schreiten müssen, ohne daß sie es sogar merken.

Von Fritz Heckert hat sie eine ganz schlechte Meinung. Er habe allen Fraktionen angehört (Beispiel: Der Artikel in der »Internationale« über die »Renegaten« Neumann und Remmele). Erzählt, wie die Heckerts nach der Verhaftung von Remmele darauf drängten, daß ihnen der große Kleiderschrank ausgehängt werde, der noch von Rasputin her im Zimmer stand, in dem Remmeles wohnten.

grüßt du mich eigentlich nicht?«

Ich war verlegen: »Ganz einfach, weil ich nicht weiß, ob es dir willkommen ist. Es ist ja nicht erwünscht, von der Tochter eines »Renegaten« begrüßt zu werden.«

Er tat es mit einer Handbewegung nicht ohne Verlegenheit ab. Dann: »Ich habe gehört, daß Anna wieder frei ist. Wie geht es ihr?«

Ich: »Wenn du es wissen willst, dann kannst du dir ja ansehen, wie wir leben.«

Er zögerte einen Augenblick, dann: »Gut, ich werde es mir ansehen, heute abend um 7 Uhr.«

Unsere Etagenmitbewohner grinsten sich eins, als ich ihnen von der Begegnung erzählte. »Der«, sagten sie, »der traut sich doch nicht her. Er kommt nie.«

Aber er kam. Er trat in das schöne Zimmer, in dem wir hausten, drückte meiner Mutter die Hand: »Wie geht es dir, Anna?«

Meine Mutter zuckte die Schultern, indem sie auf die Einrichtung verwies: »Ich kann dir leider keinen Stuhl anbieten, Wilhelm, denn wir haben keinen.«

»Aber das ist doch unmöglich!«

»Ja, meinst du? Schau, ich schlafe hier mit den beiden Kindern auf dem Divan hier, weil mich meine Tochter natürlich nicht auf dem Boden schlafen läßt. Das tut sie selber, und wenn ich nicht schlafen kann, dann sehe ich, wie in der Nacht die Ratten über sie klettern. Gott sei Dank hat sie einen so guten Schlaf, daß sie nicht einmal merken würde, wenn sie sie anknabberten.«

Wilhelm schüttelte der Kopf. Dann versprach er, Abhilfe zu schaffen. Er hielt sein Wort. Am nächsten Tag bekamen wir ein anständiges Zimmer.

Sie winkte ab, schloß:

Na, und dann kam der Krieg, und wir wurden alle nach diesem Sibirien geschickt¹⁴, um dann dort zu krepieren.

Nochmals nickte sie mit dem Kopf vor sich hin:

Wir sind selber schuld. Wir haben alles mitgemacht, so lange es uns nicht betreffen würde. Ja, ich habe vergessen: Als mein Vater verhaftet wurde, sagte er: »Glaubst Du, ich habe nicht gewußt, was gespielt wird? Aber ich habe nicht gedacht, daß es mich treffen würde.«

Das ist es.

Sie fragte:

Sie haben von Werner Hirsch¹⁵ gehört?

Ich: »Ja, der für Thälmann¹⁶ die Referate schrieb.«

Sie: Nicht nur für Thälmann, auch für andere. Und schon, als sie wußten, was mit ihm geschehen würde. Das war gemein.

Ich wurde neugierig. Sie ließ sich herbei:

Sie wissen, er kam nach Moskau, nachdem er aus dem [KZ] Lichtenburg davongekommen war und nach Prag sich hatte retten können. Dort wurde er verdächtigt, Thälmann ans Messer geliefert zu haben. Ich war nicht dieser Meinung. Wir, die wir besser Bescheid wußten, hatten guten Grund anzunehmen, daß einer der vier, die

mit Werner Hirsch aus Lichtenburg entlassen wurden, um auf der Flucht erschossen zu werden, durch seinen Leichtsinns Thälmann und andere Genossen des ZK in Ziegenhals der Gestapo in die Hände gespielt hatte, ohne es zu wollen. Es war nicht Werner Hirsch, aber er wurde verdächtigt. In dem Kreis, in dem ich verkehrte, war bekannt, daß Werner Hirsch trotzdem zur Rechenschaft gezogen werden sollte. Aber zuvor sollte er noch, was er immer getan hatte, für einen dieser Genossen ein Referat über den Faschismus schreiben. Er war sozusagen schon eingesperrt. Er durfte sein Zimmer nicht verlassen. Ich hatte die Aufgabe, ihm das Mittagessen zu bringen. Ich hatte die Auflage, nicht mit ihm zu sprechen. Ich betrat sein Zimmer und trug das Essen zum Tisch. Natürlich wußte ich, daß er hinter den Vorhang zu einem anderen Zimmer getreten war. Ich konnte mich nicht enthalten, mit meinem Blick nach ihm zu suchen. Schließlich kannte ich ihn ja ganz gut. Da stand er also, sein Schicksal im Gesicht.

Ich: »Er wußte, was ihm blühen würde?«

Sie: *Darüber konnte er kaum einen Zweifel haben. Er hatte auch keinen. Wir tauschten kurz einen Blick. Dann ging ich wieder.*

Ich: »Und er schrieb trotzdem das Referat?«

Sie: *Ja, damit hat der Betreffende, der es dann verlesen hat, einiges Geld verdient.*

Ihr schließlicher Vergleich mit einer politischen Mannschaft. Wir sind in einer Fußballmannschaft. Da kann nicht ein Linksaußen plötzlich aufhören oder etwas anderes machen. Keiner kann etwas anderes machen, außer die Mannschaft verspielt.

- 1 Hedwig Remmele (1907-1984) war die Tochter von Hermann Remmele und seiner Frau Anna, geb. Lauer (1888-1947). Besuch der Volksschule in Mannheim, 1921 von Mannheim nach Berlin, 1922/23 Studium an der Handelsschule, 1925/26 Arbeit als Kontoristin im »Neuen Deutschen Verlag« und 1926 bis 1933 als Stenotypistin in der »Internationalen Pressekorrespondenz« (Inprekorr). Im September 1927 Eintritt in die KPD. Nach der Verhaftung und Verurteilung ihres ersten Ehemannes lebte Hedwig Remmele bis zur Ausreise nach Moskau illegal in Berlin. Im September 1933 traf sie in Moskau ein. Bis Juni 1936 studierte sie im Abendstudium an der »Kommunistischen Universität der Minderheiten des Westens« und arbeitete bis Mai 1936 im Exekutivkomitee der »Internationalen Roten Hilfe« (MOPR). Von Mai 1936 bis September 1937 war sie als Stenotypistin im Jourgas-Verlag Moskau tätig. Im Oktober 1936 wurde sie in die KPdSU(B) überführt. Wegen der Verhaftung des Vaters Hermann Remmele entlassen und bis Mai 1939 arbeitslos. Bis Dezember 1939 Ausbildung als Schlosser. Im August 1941 zusammen mit der Mutter und den Töchtern Ilona (geb. 1934) und Ruth (geb. 1938) nach Tomsk in Sibirien evakuiert. Arbeit als Elektromonteur, Klempnerin, Schneiderin und Bohrerin. Die Mutter verlor den Verstand und verhungerte im Juli 1947. Seit 1946 wandte sich Hedwig Remmele mehrmals an das ZK des MOPR mit der Bitte um Unterstützung bei der Rückreise in die Heimat. Die sowjetischen Stellen informierten die SED-Führung über die Bitte der in Tomsk lebenden deutschen Politemigranten und legten Auskunftsberichte über deren politische Biographie bei. Die SED-Führung erachtete jedoch ihre Rückkehr zum gegenwärtigen Zeitpunkt für nicht zweckmäßig. Erst 1956 konnte Hedwig mit den Töchtern in die DDR übersiedeln. Sie wurde Mitglied der SED und arbeitete erst im Dietz-Verlag, dann im Wirtschaftsarchiv des Magistrats von Berlin. Ilona war als Krankenschwester, später als Dolmetscherin tätig, Ruth studierte Jura und arbeitete im Patentamt der DDR.
- 2 Hermann Remmele (1880-1939) gehörte seit 1920 dem ZK der KPD an und war Mitglied des Reichstages. Verantwortlich für die politische Leitung des Odenwaldkreises und der Betriebsrätebewegung. Von 1923 bis 1926 Chefredakteur der »Roten Fahne«. Von 1924 – 1932 Mitglied des Politbüros der KPD. Seit 1926 Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI). 1932 veröffentlichte Remmele das zweibändige Buch »Die Sowjetunion«. Im August 1932 wurde er zur Arbeit im EKKI nach Moskau versetzt (»kominterniert«) und dort auf Beschluß des XIII. EKKI-Plenums aller Funktionen enthoben. »Die Kommission zur Untersuchung der Fraktionstätigkeit in der KPD hat beschlossen, dem Präsidium der Komintern vorzuschlagen, mir meine Funktionen als Mitglied des Politbüros und des ZK der KPD abzuerkennen. Ich bin mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden«, wandte sich Hermann Remmele am 23. November 1933 an das Politsekretariat des EKKI. (Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte, F. 495, d. 2381, I. 31) Nach Remmeles Entlassung wurden die Zahlungen eingestellt. Die Kommission zur Prüfung der Überführungsanträge der deutschen Genossen in die KPdSU(B) bestätigte den Antrag von Remmele nicht. »Da der vom Genossen Remmele eingereichte Lebenslauf vom 14.11.1936 in jeder Beziehung als absolut unzureichend bezeichnet werden muß, vor allem nicht die ausdrücklich von ihm verlangte Stellungnahme zu den Differenzen mit der Parteiführung enthält, auf Grund deren er 1933 seiner Funktionen enthoben und nach Moskau berufen wurde, hat die Kommission keine Möglichkeit den Überführungsantrag des Genossen Remmele einwandfrei zu

- behandeln und ist der Ansicht, daß es in der Kompetenz des Politbüros des ZK der KPD liegt, noch fehlendes Material, sofern es nicht bereits in der Kaderabteilung vorhanden ist oder nochmals benötigt wird, vom Genossen Remmele eindringlichst anzufordern und selbst die Frage der Überführung in die KPdSU(B) zu entscheiden, da es sich um einen Funktionär handelt, der seit 1920 Mitglied des ZK der KPD war und ausschließlich zentrale Funktionen bekleidete.« Nach dem Februar-März-Plenum des ZK der KPdSU(B) 1937 beginnt sich das NKWD mit Hermann Remmele, der über seine Beziehungen zu Bucharin vernommen wird, zu beschäftigen. Nikolai Bucharin, einer der Hauptangeklagten im dritten Moskauer Schauprozeß gegen den »antisowjetischen Block der Rechten und Trotzkisten« wurde während des Plenums verhaftet. Hermann Remmele wird am 15. Mai 1937 verhaftet, am 20. Mai aus der KPD ausgeschlossen, am 28. Mai aus der Liste der Mitarbeiter des Sekretariats des EKKI gestrichen, am 29. Mai 1937 durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts wegen angeblicher Spionage und Terrorismus zum Tode verurteilt und am 7. März 1939 erschossen. Nach der Verurteilung Remmeles arbeiteten die Kaderabteilung der Komintern und die Internationale Kontrollkommission im Juni 1937 weiter an dem Fall. »Wir ersuchen Sie, anzuweisen, daß die Kaderabteilung zur weiteren Bearbeitung der Angelegenheit Neumann-Remmele eine Abschrift der Erklärung von Heinz Kurella vom März 1937 über den Inhalt der konterrevolutionären Gruppenarbeit der Neumann-Remmele zugeschiedt erhält.« (Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte, F. 495, d. 2381, l. 233) 1988 Rehabilitation durch die KPdSU, 1994 durch das Militärkollegium Rußlands.
- 3 Frida Rubiner (1879-1952) – Frau von Ludwig Rubiner. 1906 Mitglied der SPD, seit 1919 Mitglied der KPD. Kulturpolitikerin und Redakteurin in kommunistischen Zeitungen. Von 1930 bis 1945 in der UdSSR. 1945 Rückkehr nach Deutschland, Lehrerin an der Parteihochschule der SED.
 - 4 Herrmann Remmele lebte mit seiner Frau Anna Remmele seit der Übersiedlung in Moskau. Anna Remmele stammte aus Ludwigshafen, ihr Vater war Fabrikarbeiter, die Mutter arbeitete in einem Textilbetrieb. Anna Remmele trat 1912 in Mannheim der SPD bei. Später trat sie zur USPD und 1920 zur KPD über. Sie arbeitete in den jeweiligen Straßenzellen. Sie reiste im August 1933 in die UdSSR ein, erhielt 1934 die sowjetische Staatsbürgerschaft und wurde im August 1936, da »Zweifel an den Angaben der Genossin« nicht vorhanden waren, auf Vorschlag der Prüfungskommission der KPD in die KPdSU(B) überführt. Sie arbeitete als Schneiderin in Moskauer Betrieben. Ihre Tochter Hedwig lebte in Moskau, der Sohn Helmut arbeitete in Magnitogorsk. A. Remmele wurde am 19. Juli 1937 verhaftet, am 15. Januar 1939 entlassen. Bis zur Verhaftung von Hermann Remmele bewohnte das Ehepaar das Zimmer Nr. 176 im Hotel Lux.
 - 5 Georgi Dimitroff (1882-1949) war von 1935 bis zur Auflösung der Komintern ihr Generalsekretär.
 - 6 Wilhelm Pieck (1876-1960) – 1935 bis 1945 Vorsitzender der KPD, 1937 bis 1941 Vorsitzender des Exekutivkomitees der Internationalen Roten Hilfe.
 - 7 Hugo Eberlein (1887-1941) – wurde 1916 Mitglied der Spartakusgruppe, war 1918 Mitbegründer der KPD und 1919 Gründungsmitglied der Komintern. 1928 als Vorsehner »kominterniert«. War in der Komintern für Finanztransaktionen zuständig, 1933 Emigration, 1936 Ankunft in der UdSSR, am 26. Juli 1937 verhaftet, am 5. Mai 1939 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts zu 15 Jahren Lager verurteilt, nach Aufenthalt im Lager am 30. Juni 1941 zum Tode verurteilt und am 16. Oktober 1941 erschossen.
 - 8 Ilona (Jg. 1934): »Die Erschütterungen, die leider das Kind in der nächsten Nähe miterleben mußte, hatten einen starken Einfluß auf ihr Gemüt. Ich bin der festen Überzeugung, daß nur eine völlige Veränderung der Verhältnisse dem Kind helfen könnte. Wir selbst sind leider nicht in der Lage, dem Kind in dieser Beziehung zu helfen. Meine Tochter arbeitet seit 30. Mai als Schlosserlehrling für 150 Rubel im Monat in einer Maschinenfabrik. Die Unterstützung für das Kind ist immer noch gesperrt, obwohl die Anklage gegen den Vater des Kindes ... nicht aufrecht erhalten werden konnte«, teilte Anna Remmele der Genossin aus der Politemigrantenabteilung am 12. Juni 1939 mit. (Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte, F. 495, op. 205, d. 4581, l. 16)
 - 9 Ruth (geb. 1938): »Meine jüngste Tochter Ruth hatte ich in einem Jasli (Kinderkrippe – d.R.) untergebracht. Bereits nach 8 Tagen erkrankte das Kind. ... Sie war fast 11/2 Jahre, da wog sie nur noch knapp 6 Kilo. ... Die Jasli verweigerte die weitere Annahme des Kindes. Der Mutter konnte ich die schwere Arbeit mit dem Kind nicht noch zu ihrer Arbeit zumuten und ich verdiente nicht so viel, daß ich davon hätte unseren Haushalt bestreiten können. Erst nach 7 Monaten im November vorigen Jahres erklärten die Ärzte, daß das Kind gerettet sei, aber sehr großer Pflege bedürfe. Wäre Mutter nicht gewesen, ich hätte mir nicht helfen können, und das Kind wäre an dieser Krankheit draufgegangen.« (Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte, F. 495, op. 205, d. 6410, l. 33)
 - 10 Helmut Remmele (1910-1938) verlor nach dem NKWD-Befehl Nr. 00439 vom 25. Juli 1937, alle in der Rüstungsindustrie arbeitenden Deutschen zu entlassen, die Arbeit. Im September 1937 schickte die Kaderabteilung der Komintern die ersten eingegangenen »Hinweise« über Remmeles Sohn, »der ein Abenteuerer typ zu sein scheint« und Kontakte zu Angehörigen von Offizieren der Roten Armee sucht, an das NKWD weiter. Die Gebietsverwaltung des Tscheljabinsker NKWD führte die Untersuchung gegen Helmut Remmele, Schlosser in der mechanischen Abteilung in Magnitogorsk. Helmut Remmele wurde die »Bildung einer Diversantengruppe« im Betrieb vorgeworfen. Am 2. Januar 1938 wurde Helmut Remmele verhaftet, am 21. Januar 1938 zum Tode verurteilt, anschließend aber begnadigt. Auf dem Weg nach Sibirien kam er ums Leben.
 - 11 Lawrenti Pawlowitsch Berija (1899-1953) war von 1932 bis 1938 Erster Sekretär der KP(B) Georgiens, seit dem 7. Dezember 1938 Stellvertreter, dann Leiter NKWD, 1939 Kandidat des Politbüros.
 - 12 Walter Ulbricht (1893-1973) war von 1929 bis 1946 Mitglied des Politbüros des ZK der KPD, 1928-1943 Kandidat des EKKI.

- 13 Fritz Heckert (1884-1936) war Mitglied des Politbüros der KPD, seit Ende 1932 Vertreter der KPD beim EKKI, 1935 Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale.
- 14 Bei dem schätzbaren Zimmer handelt es sich um die Zimmer 310 bzw. 317, die Hedwig Remmele, ihren zwei Töchtern und Anna Remmele im Mai 1939 (nacheinander) zugewiesen wurden. Ein Jahr lang führte Hedwig Remmele, wie sie im Brief an Wilhelm Pieck vom 16. April 1940 schrieb, »Unterstützungskämpfe«, die immer »im Sande verlaufen«. Sie hatte an die MOPR, an Pieck, an die Kaderabteilung der Komintern geschrieben. Wie ihre Mutter, die sich ebenfalls an diese Instanzen gewandt hatte, hatte auch sie keinen Erfolg. Die in der Komintern übliche Praxis, daß Frauen von Verhafteten keine Unterstützungen gezahlt wurden, traf Tochter (ihr erster Mann »hätte sich nicht bewährt«, der zweite sei verhaftet) und Mutter (ihr Mann war vom NKWD verhaftet) gleichzeitig. Hedwig Remmele wandte sich immer wieder an die Genossen der deutschen Sektion. »Im Mai 1939, als wir das Zimmer 310 erhielten, war meine Schuld 800,- Rubel. Die monatliche Miete betrug 73 Rubel. Meine Mutter verpflichtete sich, pünktlich die laufende Miete zu zahlen und dann monatlich 50,- Rbl von der alten Schuld. Einige Monate war uns das möglich. Dann stieg unsere monatliche Miete plötzlich auf 110,- Rubel. Ich mußte wegen Erkrankung meiner Kinder die Arbeit aufgeben. ... Wir haben außer den 110,- Rubel Miete monatlich 135,- Rubel für den Kindergarten für meine Tochter Ilona zu zahlen.« (Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte, F. 495, op. 205, d. 6410, l. 29) Ein anderer, sehr langer Brief, den Hedwig Remmele schrieb, wanderte aus der dritten in die zweite Etage des Lux, in das Zimmer 232, zu Pieck. »Entschuldigen Sie vielmals, daß ich mich an Sie wende.« Hedwig Remmele schilderte ihr ständiges Hin und Her zwischen der Komintern und der MOPR. Keine Organisation wollte die Verantwortung auf sich nehmen und erfand immer wieder neue Begründungen für den »Aufschub der Unterstützung«. Auf dem Umschlag ist u. a. handschriftlich notiert: »Ich glaube nicht, daß wir helfen können wegen der Verhaftung ihres Mannes und Vaters«. (Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte, F. 495, op. 205, d. 6410, l. 35) »Meine Wohnfrage ist gelöst«, teilte Anna Remmele Wilhelm Pieck am 12. Juni 1939 mit, »aber für die Kinder ist das Wohnen in diesen Verhältnissen fast unmöglich ... Entschuldige, daß ich Dich belästige, aber ich sehe keinen anderen Ausweg; und das Leben des Kindes liegt mir sehr am Herzen«. (Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte, F. 495, op. 205, d. 6410, l. 39 ob.)
- 15 Werner Hirsch (1899-1941) war seit 1919 Mitglied der KPD, Chefredakteur der »Roten Fahne«, zusammen mit Ernst Thälmann verhaftet, 1933/34 im KZ Lichtenburg, Emigration nach Moskau. Am 4. November 1936 verhaftet, am 10. November 1937 zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt. Am 11. Juni 1941 an »Herzversagen« im Moskauer Butyrki-Gefängnis verstorben.
- 16 Ernst Thälmann (1886-1944) – Vorsitzender der KPD, im KZ Buchenwald ermordet.
- 17 Michail Nikolajewitsch Tuchatschewski (1893-1937) war von 1936 bis 11. Mai 1937 Erster Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR. Am 22. Mai 1937 verhaftet, auf dem Juniplenium 1937 aus dem ZK und der KPdSU(B) ausgeschlossen. Am 11. Juni 1937 als »Haupt der trotzkistischen Verschwörung in der Armeeführung« verurteilt und am 12. Juni 1937 erschossen.
- 18 Heinz Neumann (1902-1937) unterlag 1932 in den innerparteilichen Fraktionskämpfen und wurde aller Funktionen enthoben. 1935 in die UdSSR. Am 27. April 1937 verhaftet, am 26. November 1937 zum Tode verurteilt.
- 19 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894-1971) war von 1935 bis 1938 Erster Sekretär der Moskauer Stadtparteiorganisation der KPdSU(B) und der Organisation des Moskauer Gebiets.

RICHARD SAAGE

Vom philanthropischen Unternehmer zum utopischen Visionär.

Robert Owens Utopie der »neuen moralischen Welt«¹

I.

Robert Owen zu Ehren wurde auf dem Kensal Green Friedhof in London ein Gedenkstein errichtet, der folgende Inschrift trägt: »Er begründete und organisierte Kinderschulen. Er sicherte Frauen und Kindern eine Arbeitszeitverkürzung in den Fabriken. Er war ein früher liberaler Vorkämpfer des Aufbaus eines nationalen Bildungssystems. Er arbeitete hart daran, ein internationales Schiedsverfahren voranzubringen. Er war einer der prominentesten Engländer, der die Menschen lehrte, einen höheren sozialen Status dadurch anzustreben, daß die Interessen von Kapital und Arbeit zu versöhnen sind. Er widmete sein Leben und ein großes Vermögen dem Ziel, seine Landsleute durch Erziehung, Selbstbewußtsein und moralische Würde zu verbessern. Sein Leben war geheiligt durch menschliche Zuneigung und noble Taten«.²

Zweifellos gilt das viktorianische Pathos dieses Nekrologs mehr dem philanthropischen Unternehmer als dem Utopisten Owen: Er schreibt den Ruhm und die gesellschaftliche Anerkennung fort, die sich der Fabrikherr Owen in seinem Musterbetrieb in New Lanark erwarb, als er der Welt in der Frühphase der industriellen Revolution zeigte, daß sich gewinnorientiertes Wirtschaften und eine weitgehende betriebsnahe Sozialpolitik nicht ausschließen müssen, sondern einander ergänzen können: »Minister, Gesandte, Prinzen, Könige und Kaiser interessierten sich für seine erfolgreichen Reformen; der König von Preußen verlieh ihm die Goldene Medaille und der Kaiser von Rußland gewährte ihm den kaiserlichen Schutz«.³ Nach eigenen Angaben hat ihm der Großherzog von Rußland und spätere Zar Nikolaus den Vorschlag unterbreitet, aus dem überbevölkerten England zwei Millionen Menschen nach Rußland auswandern zu lassen, damit dort unter der Leitung Owens ein neues New Lanark aufgebaut werden könne.⁴ Bis 1824 wollens jährlich bis zu 2000 Besucher eine Art Wallfahrt zu diesem Musterbetrieb unternommen haben.

Doch so anerkannt der Sozialreformer Owen im zeitgenössischen Kontext auch war, so umstritten blieb sein utopisches Denken, das mit dem Scheitern seiner parlamentarischen Reforminitiativen und dem Ende seiner unternehmerischen Tätigkeit sein gesellschaftliches Engagement zunehmend beherrschte. Auf der Linken warfen ihm Marx und Engels vor, er habe die Notwendigkeit des Klassenkampfes ebensowenig erkannt wie die welthistorische Rolle des Industrieproletariats als revolutionäres Subjekt der

Richard Saage – Jg. 1941,
Politikwissenschaftler,
Professor an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg.

1 Zitiert wird nach folgender Edition: Robert Owen: *The Book of the New Moral World. In seven Parts (1842-1844)*, New York 1970. Die Owen-Zitate befinden sich im Text. Die erste römische Ziffer kennzeichnet den Band, die zweite arabische oder römische Ziffer die Seitenzahl.

2 Zit. n. J.F.C. Harrison: *Robert Owen and the Owenites in Britain and America*, London 1969, S. 8.

3 Helmut Jenkis: *Sozialutopien - barbarische Glücksverheißungen? Zur Geistesgeschichte der Idee von der vollkommenen Gesellschaft*, Berlin 1992, S. 328.

Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus. Und im konservativen Spektrum kritisierte ihn Friedrich Gentz mit den Worten: »Wir wissen wohl, was sie wollen, aber wir wollen nicht, daß die Massen wohlhabend und unabhängig werden. Wie sollen wir sie dann regieren?«⁵

Was ist uns über die Biographie dieses Mannes bekannt⁶, der wie niemand vor ihm die Möglichkeiten der bürgerlichen Öffentlichkeit nutzte, um durch Vorträge und Schriften das Publikum »für seine Pläne zu gewinnen«?⁷ J.F.C. Harrison unterteilte Robert Owens Leben in sechs Abschnitte, die jeweils einem dominanten Thema oder Projekt gewidmet waren.⁸

Die erste Periode von 1771 bis 1799 umfaßt seine Kindheit. Geboren in Newtown, Montgomeryshire (Wales), als Sohn eines Sattlers, Eisenwarenhändlers und Postmeisters verließ er nach seiner Schulausbildung mit zehn Jahren das Elternhaus, um – nach einem kurzen Aufenthalt in London – eine dreijährige Ausbildung als Verkäufer in Stamford anzutreten. Um 1788 zieht er nach Manchester um, wo er bei einer Textilfirma arbeitet. Nach kurzer Zeit gründet er mit dem Mechaniker John Jones eine eigene Baumwollspinnerei. Ab 1795/96 avanciert Owen zum Gründer und Geschäftsführer der großen »Charlton Twist Company«: Zum Manchester Establishment gehörend, hat er es bereits mit 25 Jahren zum »wohlsituierten Bürger und Fabrikherrn«⁹ gebracht, der sich zudem in der Literarischen und Philosophischen Gesellschaft der Stadt engagiert und sich dort durch seine Diskussionsbeiträge einen Namen macht. 1799 kauft er mit seinen Teilhabern die »New Lanark Twist Company« in Schottland von David Dale, deren Tochter Caroline er ein Jahr später heiratet.

Die Zeit zwischen 1800 und 1824 stellt den erfolgreichsten Lebensabschnitt in Owens Biographie dar. In diesen Jahren entwickelt er New Lanark zu einer Muster-Fabrik und verdient gleichzeitig ein Vermögen. »Owens Karriere war eine der großen Erfolgsgeschichten der frühen industriellen Revolution.«¹⁰ Doch bereits um 1812 beginnt sich Owen vom gewöhnlichen Muster eines Industriellenlebens zu lösen. Sein Denken wird zunehmend von seinen Erziehungsideen und seinen sozialen Konzepten der Hebung des Lebensstandards der abhängig Beschäftigten beherrscht, die er nun von der Betriebsebene auf die Gesamtgesellschaft übertragen will. Insbesondere nach dem Napoleonischen Krieg vollzieht sich die endgültige Wandlung Owens vom bürgerlichen Sozialreformer zum utopischen Visionär. In dem Maße, wie sich seine Pläne für eine Rekonstruktion der Gesellschaft konkretisieren, wird seine Kritik an den bestehenden sozialen gesellschaftlichen Verhältnissen immer radikaler. Die Folgen dieser Entwicklung lassen nicht auf sich warten: Große Teile der englischen Oberschicht und die Kirche, die Owens Experiment in New Lanark bisher große Sympathie entgegenbrachten, distanzieren sich von ihm.

Nachdem er seine Bemühungen, durchgreifende soziale Reformen durch die parlamentarische Gesetzgebung zu erreichen, enttäuscht sieht, gibt er das Projekt in New Lanark auf, um in Amerika eine Kommune zu gründen. In dieser kommunitarischen Phase seines Lebens (1824-1829) bricht er seine langjährigen Beziehun-

4 Robert Owen: *Life of Robert Owen*. Written by himself, 2 Vols., London 1857/58, S. 146.

5 Zit. n. Jenkis: *Sozialutopien* (Anm. 3), S. 328.

6 Zu Leben und Werk Robert Owens vgl. u.a. Owen: *Life* (Anm. 4); Thilo Ramm: *Die großen Sozialisten als Rechts- und Sozialphilosophen*, Stuttgart 1955, S. 384-456; Karl-Heinz Günther: *Einleitung zu: Robert Owen, Pädagogische Schriften*, Berlin 1955; Harrison: *Owen* (Anm. 2); G.D.H. Cole: *The Life of Robert Owen*. New introd. by Margaret Cole, London 1965; Markus Elsässer: *Soziale Intentionen und Reformen des Robert Owen*, Berlin 1984; Jenkis: *Sozialutopien* (Anm. 3), S. 324-341.

7 Georg Weippert: *Owen, Robert*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Bd. 8, Tübingen, Göttingen 1964, S. 144.

8 Harrison: *Robert Owen* (Anm. 2), S. 5ff.

9 Elsässer: *Soziale Intentionen* (Anm. 6), S. 51.

10 Harrison: *Robert Owen* (Anm. 2), S. 6.

gen zur Geschäftswelt endgültig ab. Stattdessen festigt sich sein Ruf als utopischer Sozialreformer mit überzeugten Schülern in beiden Kontinenten. Vier Fünftel seines Vermögens investiert er in die Kommune von New Harmony, Indiana. Doch dieses Experiment scheitert ebenso wie der Plan des Aufbaus eines ganzen Staates nach seinen Ideen in Mexiko. Owen kehrt nach England zurück, wo seine Ideen für fünf Jahre (1829-1834) die englische Gewerkschaftsbewegung prägen. Zwar gelingt es ihm 1834, die englischen Gewerkschaften in einem zentralen Dachverband zu einigen. Doch der entschlossene Widerstand der Unternehmer und des Staates bewirken den raschen Zusammenbruch dieses Projekts. Die jetzt folgende Periode zwischen 1835 und 1845 steht im Zeichen der Herausbildung einer sektiererischen Organisation von Anhängern Owens, in denen er die Rolle eines Patriarchen spielt. Sich dem Spiritualismus zuwendend, wirbt er gleichzeitig in den letzten Jahren seines Lebens durch zahlreiche Schriften und Vorträge weiter ungebrochen für seine Ideen. 1858 stirbt er in seinem Geburtsort Newtown. Kurz vor seinem Tod hat er folgendes Fazit seines Lebens gezogen: »Mein Leben war nicht nutzlos. Ich habe der Welt Wahrheiten gebracht; wenn sie nicht danach handelte, so hat sie sie nicht verstanden. Ich aber bin meiner Zeit voraus«.¹¹

11 Zit. n. Jenkis: Sozialutopien (Anm. 3), S. 340.

Robert Owen hat ein umfassendes literarisches Werk hinterlassen. Insgesamt sind weit über hundert gedruckte Bücher, Pamphlete, Reden und Streitschriften bibliographiert worden, die in Zeitschriften veröffentlichten Artikel nicht mitgezählt. Auch die Sekundärliteratur ist seit dem frühen 19. Jahrhundert kaum zu überblicken. Trotz dieser großen Resonanz, die Robert Owens Denken bis auf den heutigen Tag für sich reklamieren kann, steht eine Edition seiner gesammelten Werke noch immer aus. Doch unbestritten ist, daß Owens »The Book of the New Moral World« (1836-1844) als die »Bibel« seiner Anhänger galt: Tatsächlich wird in diesem Buch das utopische Denken Owens am prägnantesten zusammengefaßt. Einige Jahre nach seinem radikalen Experiment in New Harmony entstanden, erhellt diese Schrift in idealtypisch reiner Weise die gemeinsame Schnittmenge, die Owens Denken mit der klassischen Utopietradition teilt. Wie schon Morus vor ihm, so ging auch Owen von der Annahme aus, die zivilen und militärischen Eliten hätten sich zu einem Machtkartell der Gewalt und des Betrugs verbunden, das die staatliche Gewalt dazu mißbrauchte, die große Masse der Bevölkerung im Zustand der Armut, der Uneinigkeit, des Verbrechens, des Elends und der sozialen Degradierung zu halten (V 17). Die Gesellschaft, so konstatierte Owen, sei ein Chaos. Sie biete ein Szenario der Unordnung und der äußersten Verwirrung. Es gebe keine Verbindung der Teile, keine Ordnung und Harmonie. Ein rationales Ziel der Gesellschaft, das jeder begreifen könne, fehle (II. 46). Wie konnte es nun aber zu der Herausbildung eines sozio-ökonomischen Systems kommen, dessen Schrecken in der Sicht Owens selbst die feudalen Beziehungen zwischen Bauer und Grundherr in einem rosigen Licht erscheinen läßt?

Owen schloß zwar die Notwendigkeit oder Nützlichkeit des Privateigentums vor der wissenschaftlich-technischen Entfaltung der

materiellen Produktivkräfte nicht grundsätzlich aus. Unter den Bedingungen der Industrialisierung jedoch sei es ein unnötiges und durch nichts relativierbares Übel (VI 42). Dieses Übel bestehe darin, daß es das Bewußtsein und den Charakter seines Besitzers in vielfacher Weise depraviere. Es rufe in ihm Stolz, Eitelkeit, Ungerechtigkeit und den Hang zur Unterdrückung hervor, und zwar in völliger Mißachtung der natürlichen und unveräußerlichen Rechte seiner Mitmenschen. Es enge die Sichtweise des Privateigentümers auf den engen Kreis seines eigenen Ichs ein und hindere ihn daran, die großen allgemeinen Interessen wahrzunehmen, ohne die eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller nicht möglich sei (VI 41). In dem Maße also, in dem der Industrialisierungsprozeß den egoistischen Erwägungen der Fabrikherren unterworfen sei, stehe eine weitere Verschärfung der gesellschaftlichen Verelendungstendenz auf der Tagesordnung.

Owen sah aber nicht nur den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durch die vom Privateigentum bewirkte Depravation des Bewußtseins der Unternehmer gefährdet; auch die gesellschaftliche Form der von der Verfügung über Privateigentum bestimmten Produktionsverhältnisse liegt ihm zufolge quer zu den Interessen der Gesamtheit. Diesen Zusammenhang suchte Owen durch die These zu belegen, daß große Teile des möglichen gesellschaftlichen Reichtums ungenutzt bleiben: Darüber hinaus würden ungeheure Summen nutzlos verschwendet werden. Im einzelnen nennt Owen folgende Beispiele: Eine Ressourcenvergeudung größten Stils gehe auf den aufwendigen Distributionssektor zurück, der nach dem Marktprinzip arbeite. Auf Grund des profitorientierten Handels existierten in den Dörfern, Städten und Metropolen mehr Warenhäuser und Läden, als notwendig sind. Diese Form der Verteilung entziehe nicht nur der Produktion wertvolle Arbeitskräfte; sie laufe auch auf eine ungeheure Verschwendung von Zeit hinaus. Zugleich laste sie den Konsumenten die Kosten dieser Verteilung auf: Die Folge sei, daß der Preis der Ware ein Vielfaches der Herstellungsinvestition betrage. Auch veranlasse der Konkurrenzdruck die Händler, die Qualität der zu verkaufenden Artikel zu mindern. Darunter müßte insbesondere die Unterschicht leiden, weil der Konsum dieser minderwertigen Waren die Gesundheit vieler Arbeiterinnen und Arbeiter ruiniere und oft den frühzeitigen Tod herbeiführe. Auch unterböten sich viele konkurrierende Händler zu Lasten der Produzenten in der Herabsetzung ihrer Preise, um ihre Kundschaft zu erhalten (II 21 f).

Sodann werde durch eine falsche Ausbildung an Schulen und Universitäten, die der bloßen Reproduktion der bestehenden Klassengesellschaft diene, ein unendliches Potential intellektueller und materieller Ressourcen verschwendet (II 14, VII. 61). Noch schwerer wiege, daß das bestehende Ausbildungssystem die in den arbeitenden Klassen schlummernden geistigen Potenzen überhaupt nicht berücksichtigt (VII 61). Stattdessen verdeutliche die Industrialisierung zunehmend die destruktiven Elemente des individualistischen Prinzips in der Wirtschaft: Es stehe im Gegensatz zur Entwicklung einer höheren Qualität der Menschheit, weil es jedes Individuum zur offenen Feindschaft gegen seine Mitmenschen

zwingen und auf diese Weise die einzelnen zu selbstsüchtigen Wesen mache. Und schließlich komme die bestehende Klassengesellschaft ohne ein machtvoll System der Gewalt und der Manipulation (fraud) nicht aus. Die Aufrechterhaltung dieses Repressionsapparats verschlinge jährlich ebenso gewaltige Summen wie die enormen Ausgaben für die Armeen und Kriegsflotten. Ebenso bedeutsam seien freilich die Kosten zu Lasten der Gesellschaft für den Aufbau und den Einsatz dieser Kriegsmaschinerie (VII. 59).

Owen war davon überzeugt, daß dieses in seinen Augen irrationale System an seinen eigenen Widersprüchen und Konflikten zerbrechen werde. Doch was wollte er an dessen Stelle als Alternative anbieten? Zweifellos folgte er der utopischen Tradition seit Morus, wenn er sein Ideal einer besseren Welt antithetisch den kritisierten Verhältnissen seiner Zeit konfrontiert. Der Übergang von der rohen, irrationalen und chaotischen Gesellschaft der Gegenwart zum rationalen Gemeinwesen der Zukunft werde jedermann die Differenz zwischen den Extremen des Irrtums und des Elends einerseits und der Wahrheit und der Harmonie andererseits vor Augen führen (VI 64). An die Stelle des Mißtrauens, der Unordnung und der Uneinigkeit trete »eine Superstruktur der Ordnung, der Weisheit und des Glücks« (a superstructure of order, wisdom, and happiness) (V 6). Eines der klarsten Prinzipien des neuen rationalen Gemeinwesens besteht Owen zufolge darin, daß individuelle und allgemeine Interessen unlösbar ineinander verwoben seien (III 17). Zugleich avanciere die Wahrheit allein zur Richtschnur der Regelung der menschlichen Angelegenheiten (I/XVIII): Es ist charakteristisch, daß Owen sie in ähnlicher Weise interpretiert wie Platon. Wie dessen Ideen, so ist die Wahrheit als Fundament des Staates in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft identisch mit sich selbst: Sie enthält niemals einen Widerspruch und stimmt stets in allen ihren Teilen in vollkommener Einheit mit sich selbst überein (II 37).

II.

Die Harmonie, Überschaubarkeit und Transparenz der sozialen Verhältnisse in Owens idealem Gemeinwesen wirft die Frage nach der materiellen Basis auf, die ihnen zugrundeliegt. Owens Antwort deutet darauf hin, daß sich sein Denken ab 1820 in der Tradition des kommunistischen Gemeineigentums bewegt, wie es seit Platon und Morus das Muster der Sozialutopie zutiefst geprägt hat. In der »neuen moralischen Welt« herrschen ökonomische, wissenschaftlich-technische sowie soziale und politische Rahmenbedingungen vor, unter denen das Privateigentum nicht abgeschafft werden muß im Sinne gezielter Maßnahmen (I/X); vielmehr überhole es sich historisch von selbst (V 8 f). Angesichts des Überflusses an materiellen Gütern erscheine nämlich die Verteilung des Reichtums unter den Individuen zu ungleichen Teilen und dessen Akkumulation zu individuellen Zwecken ebenso nutzlos und schädlich wie der Versuch, das Wasser und die Luft in ungleichen Mengen an verschiedene Individuen zu verteilen oder diese Güter für die Zukunft zu horten (I/XII).

Mit der Einführung des Gemeineigentums verbindet Owen freilich nicht wie die klassische Utopietradition das Eintreten für eine

zentralisierte Planwirtschaft. Vielmehr setzt er auf dezentralisierte Produktivgenossenschaften. Dies vorausgesetzt, zerfällt Owens ideale Gesellschaft in viele überschaubare Einheiten, die durch den Austausch von Gütern und Dienstleistungen miteinander verbunden sind (II 18). Das Minimum und Maximum der Einwohnerzahl dieser Assoziationen schwankt – je nach den örtlichen Verhältnissen – zwischen 500 und 2000 Personen (V 62). Bei drohender Übervölkerung wird Land urbar gemacht, so daß sich neue Assoziationen ansiedeln können (VI 55f). Auch die Siedlungsgröße dieser Genossenschaften ist vorgegeben: Sie bemißt sich an dem Umfang des Landes, das eine Assoziation benötigt, um sich ernähren zu können (ebd.). Keine der Wirtschaftseinheiten ist politisch isoliert: Sie bilden zunächst ein Kirchspiel, die Kirchsprengel wiederum Kreise, aus deren Zusammenfassung Bezirke entstehen usw., bis am Ende die gesamte Welt genossenschaftlich organisiert sein wird.

Ein marktorientierter Wettbewerb findet weder zwischen den Genossenschaften noch zwischen den wirtschaftenden Individuen innerhalb der einzelnen Assoziationen statt. Owen war davon überzeugt, daß die Produktion für die Bedürfnisbefriedigung der einzelnen allen anderen Wirtschaftssystemen weit überlegen sei (II 18 f). Das Profitmotiv ersetzte er durch das normative Postulat, daß der größtmögliche Umfang des gesellschaftlichen Reichtums sich in Übereinstimmung mit der Gesundheit und dem Glück der Produzenten zu befinden habe und daß er zum Nutzen aller zu verwenden sei (III 35). In der Produktionssphäre der Assoziation selbst sah er ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Landwirtschaft, Industrie und Handwerk vor. Dem Agrarwesen räumte er sogar eine gewisse Priorität ein: Es müsse den höchsten Entwicklungsstandard erreichen, weil Industrie und Handwerk allein nicht ein einziges Individuum ernähren könnten (II 18).

Grundsätzlich gilt nach Owen für die Produktion der Imperativ, daß die größtmögliche Menge des wertvollsten Reichtums mit einem Mindestmaß an ungesunder oder unbefriedigender Handarbeit innerhalb kürzester Zeit und mit möglichst geringer Vergeudung von Kapital und zum Nutzen aller zu produzieren ist (IV 44). Die Produktion erfolge dann zu einem Preis, der weniger als ein Viertel der gegenwärtigen Kosten an Zeit und Arbeit beträgt. Außerdem seien die Waren von höchster Qualität, weil sie einem strikten Reinheitsgebot unterlägen (II 20). Die Feinstruktur der einzelnen landwirtschaftlichen und industriellen oder handwerklichen Genossenschaftsbetriebe machte Owen abhängig von der Beschaffenheit des Bodens, des Klimas und anderer lokaler Besonderheiten (II 20). Doch bewege sich die Produktion in jedem Fall auf dem höchstmöglichen technischen Niveau (II 19). Auch müsse jede Assoziation über hinreichende Mittel verfügen, um aus eigener Kraft die dauerhafte Versorgung ihrer Mitglieder zu gewährleisten. Die große Bedeutung, die Owen dem Produktionssektor beimaß, erhellt aus der Tatsache, daß er neben der Distribution, der Erziehung und der Verwaltung zu den vier zentralen Politikfeldern der Gesellschaft der Zukunft gehört.

Dies vorausgesetzt, verwundert es nicht, daß Owen das monetäre System als Medium der Distribution der Güter ablehnt. Als die

Güterknappheit vorherrschte und die Mittel der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums schwer zu beschaffen waren, hätten Gold, Silber und Papiergeld eine nützliche Rolle gespielt (VII). Unter den Bedingungen der Überproduktion jedoch habe es die Gesellschaft polarisiert, indem es eine Klasse versklavter Produzenten des Reichtums und eine Schicht verschwenderischer Konsumenten desselben hervorbrachte (I/XXIV). Wenn es überhaupt noch eine Rolle spielte, dann in der Phase des Übergangs von der alten zur neuen Gesellschaft. In der »neuen moralischen Welt« Owens sind demgegenüber alle Tauschäquivalente obsolet. Da Güter aller Art in solchem Überfluß produziert werden, daß sie die Nachfrage bei weitem übersteigen, habe sich der in Form von Geld ausgedrückte Preis eines Gegenstandes überlebt: Zum ersten Mal in der Geschichte höre das Glück auf, käuflich zu sein; es gebe jetzt nur noch eine Entsprechung von guten Taten und angenehmen Gefühlen (I/XXIV).

Owen folgte Morus nicht nur in der Vorstellung, daß mit der Abschaffung des Geldsystems Gold und Silber auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden: Er liegt unter dem von Eisen und Stahl (V 9). Auch sah er wie die klassische Utopietradition vor, daß jede Assoziation oder Genossenschaft über Magazine und Warenhäuser verfügt, in der alle Kategorien der produzierten Güter sorgfältig gelagert und in bester Qualität der Bevölkerung zur sofortigen Konsumtion zugänglich gemacht werden (II 25). Die Assoziationen organisierten ohne Mühe die Verteilung durch geeignete Personen selber (V 29). Auf diese Weise hoffte Owen, daß die Distribution der Güter mit einem Minimum an Arbeits- und Transportkosten auskommt: Ein Prozent an Kapital und Arbeit, die das alte Verteilungssystem benötigen, würden mehr als ausreichen, um eine bessere Bedürfnisbefriedigung zu gewährleisten (II 24). Ohne Frage steht und fällt dieses System der Produktion und Distribution ohne Geld, Markt, individuelles Gewinnstreben und Konkurrenz mit der Erwartung einer Überflußgesellschaft, die unbegrenztes Wirtschaftswachstum verspricht. Diesen Optimismus versuchte er mit folgenden Argumenten zu begründen:

1. Owen optierte für eine vollständige Mobilisierung der Arbeitsressourcen. Wie die älteren Utopisten auch, so sah er ein Grundübel der alten Gesellschaft darin, daß sie aufgrund einer falschen Arbeitsorganisation einen großen Teil des verfügbaren Arbeitspotentials brach liegen läßt. Er verglich in diesem Zusammenhang den Menschen mit einer komplizierten, komplexen und lebendigen Maschine. Unter günstigen Voraussetzungen arbeite sie höchst effizient und harmonisch. Werde sie aber nur arbeitsteilig eingesetzt, so erreiche sie das Gegenteil: Da nur einige Teile dieser Maschine arbeiten, verkümmerten ihre Energien (III 30 f). Demgegenüber schafften in der »neuen moralischen Welt« Maschinen die Voraussetzung einer Überwindung der Arbeitsteilung: Sie produzierten Nadeln, Bolzen oder andere noch wertlosere Gegenstände, zu deren Herstellung in der alten Gesellschaft die menschlichen Potenzen geopfert werden müßten (III 22). Indem ferner jeder eine seinem Alter entsprechende Tätigkeit verrichte, übe er sie in hochqualifizierter Weise freiwillig und fröhlich aus (V 65). Diese Moti-

vation erfahre noch dadurch eine Verstärkung, daß Wissenschaft und Technik die menschenunwürdige Arbeit wegrationalisierten (VI 22): Jeder einzelne profitiere nun von der Ausbildung, die ihn befähige, genausoviel Vergnügen bei der Produktion wie bei der Konsumtion des gesellschaftlichen Reichtums zu empfinden (I/XIV). Und schließlich reichten angesichts der zu erwartenden Steigerung der wissenschaftlich-technischen Produktivkräfte vier Stunden angenehmer Arbeit aus, um einen Überfluß an qualitativ hochwertigem Reichtum zu produzieren (VI 40).

2. Die älteren Utopisten orientierten sich am klassischen Vorbild einer »besten Verfassung« und der Tugend der Bürger. Innerhalb dieses normativen Rahmens beschrieben sie die Institutionen und die von ihnen von Anfang an positiv aufgewertete Rolle von Naturwissenschaft und Technik in ihren idealen Gemeinwesen. Owen ersetzt dieses normative Ideal durch den naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt selbst und erhebt ihn zum eigentlichen Fundament der neuen Gesellschaft. Einerseits erstreckt sich die exakte Wissenschaft nicht nur auf die Natur, sondern auch auf die Anthropologie der Menschen und ihre reale Vergesellschaftung: Zum ersten Mal in der Geschichte, so Owen, sei es realistisch, daß die sozialen Prozesse unter der Kontrolle von Sozialingenieuren stehen, »die die Operationen der Gesellschaft beeinflussen und lenken« (II 7). Andererseits verallgemeinern die wissenschaftlich-technischen Einrichtungen (scientific arrangements) den gesellschaftlichen Reichtum auf einem so hohen Niveau, daß er die Bedürfnisbefriedigung des Menschengeschlechts übersteigt und der Konkurrenz, dem Streben nach individueller Akkumulation sowie der gesellschaftlichen Ungleichheit den Boden entzieht (I/XX, II 19).

3. Die ältere Utopietradition ging in der Regel von einer rigiden Ethik des Konsumverzichts aus, der einer Ablehnung materialistisch-hedonistischer Lebenseinstellungen insgesamt entsprach. Demgegenüber sieht Owen das Streben nach Glücksmaximierung in der anthropologischen Struktur der Menschen verankert (III 2). Das Leben der Individuen in der neuen Gesellschaft werde eine ununterbrochene Kette von Vergnügen und vernünftiger Unterhaltung ermöglichen (VI 49). Ihr Wohlbefinden steigere sich in diesem irdischen Paradies in einem Maße, daß der menschliche Geist in seinem depravierten und bornierten Zustand unfähig sei, es sich auch nur vorzustellen (V 78). Jedermann verfüge dann über Mittel zur Steigerung seines Vergnügens (means of progress and enjoyment increased), die diejenigen eines Potentaten in der individualistischen Konkurrenzgesellschaft mindestens zwei- bis viertausend Mal übersteigt (II 47). Die von der Vernunft gesetzte Konsumgrenze sah Owen lediglich darin, daß der rationale Mensch sich niemals in der Befriedigung seiner Neigungen irre: Er treibe seinen Konsum nur so weit voran, wie es der Sicherung seiner Gesundheit und seines höchsten, d.h. moralisch geläuterten Vergnügens diene (III 23 f.).

III.

Wie kann nun die politische »Superstruktur« (superstructure) charakterisiert werden, die sich über das System der materiellen Reproduktion des »besten« Gemeinwesens Owens erhebt? Wie die

meisten Utopisten sieht Owen die eigentliche Grundlage des politischen Gemeinwesens in der Struktur der Geschlechterbeziehung: Sie sieht die völlige Gleichstellung der Frauen mit den Männern (VI 26) bei der Wahrung ihrer Lebenschancen in Politik, Wissenschaft, Kultur etc. vor. In Owens »neuer Gesellschaft« gibt es kein anderes Motiv für die Vereinigung der Geschlechter als die gegenseitige Liebe: Ihrer Erfüllung stehen keine künstlichen Hindernisse wie Standesunterschiede etc. im Wege; im Gegenteil: Sie erhält von der Gesellschaft jede nur denkbare Unterstützung, um ihr Dauer zu verleihen (V 71). Die Gründe der Rivalität und der Eifersucht entfallen, weil jeder die Ursachen dieser Affekte kennt und gelernt hat, ihnen eine positive Wendung zu geben (VI 9). Sollte aber dennoch eine Trennung unvermeidbar sein, so wird sie rasch und ohne Nachteile für die Beteiligten und die Gesellschaft vollzogen (V 71).

Zugleich verändert sich die Struktur der Familie grundlegend: Die Funktionen der Hausarbeit und der Erziehung werden aus ihrem Binnenraum herausgelagert und der Assoziation übertragen. Wie einerseits Gemeinschaftsküchen die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten, so wird andererseits das Erziehungsrecht den Genossenschaften übertragen. Vor den eigensüchtigen Interessen der Familie, der religiösen Sekten, Klassen und Parteien geschützt, erwartete Owen von der Erziehung in den öffentlichen Kindergärten wahre Wunder: Sie lege die psychischen und intellektuellen Grundlagen des »neuen Menschen«. Nach seiner weiteren Entfaltung in den sozio-politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen der »neuen moralischen Welt« erreichten sie eine Vollkommenheit, daß sie den Individuen der bürgerlichen Gesellschaft in jeder Hinsicht im Verhältnis 1:100 überlegen seien. (VI 23). Der solchermaßen mit einem »neuen Bewußtsein« (a new mind) und einem »neuen Geist« (a new spirit) ausgestattete Mensch könne nun das alte Menschheitsziel, ein »irdisches Paradies« (terrestrial paradise) (II 35) zu schaffen, erfolgreich in Angriff nehmen.

Die den patriarchalisch-autoritären Kern der traditionellen Ehe- und Familienstruktur auflösende Form der Geschlechterbeziehungen, die Owen seinem politischen System im engeren Sinne verordnet, bestimmt auch dessen Struktur: Sein ideales politisches Gemeinwesen verlegt die zentralisierte, über der Gesellschaft stehende Staatsgewalt in die Assoziationen selbst. Nur mit dem Mittel gewaltfreier Überzeugung ausgestattet, bilden die Genossenschaften basisnahe Regierungsausschüsse für innere und äußere Angelegenheiten im Rahmen ihrer Selbstverwaltung. Die Politikfelder der Innenausschüsse (domestic government) umfassen den gesamten Bereich der Wirtschaft (Produktion, Distribution, Konsumtion), der Wissenschaft und Technik, der Erziehung sowie der Freizeitgestaltung (VI 66). Die Mitglieder der Ausschüsse für Außenbeziehungen empfangen Besucher und Delegierte anderer Assoziationen oder Genossenschaften und pflegen die gegenseitigen Kontakte. Sie beschließen mit den Vertretern der anderen Genossenschaften den Bau oder die Renovierung von Straßen. Auch tauschen sie den erwirtschafteten Überschuß untereinander aus. Ferner sind sie zuständig für den Transfer neuer technischer Erfindungen, Entdeckungen etc. Und schließlich helfen sie beim Aufbau neuer

Assoziationen, deren Bewohner sich aus der Überbevölkerung der bestehenden Genossenschaften rekrutieren (VI 76).

Doch zugleich war sich Owen darüber im klaren, daß die Regierung der Übergangszeit, in der die Transformation des alten in das neue System stattfindet, ohne Stärke und Entschlossenheit (*energy and decision*) (II 42) ihre schwierigen Aufgaben (II 43) nicht würde erfüllen können. In dieser Phase komme es darauf an, daß die fähigsten Männer und Frauen, durch Wahlen vermittelt, in die Regierungsfunktionen gelangen, um den Wandel vom gegenwärtigen Chaos der Unbeständigkeit zum rationalen Gemeinwesen (*rational state*) rasch und gewaltfrei herbeizuführen (VI 61). Aber charakteristisch für Owen ist auch, daß er die demokratischen Wahlen als Modalität der Legitimation von Herrschaft und als Mittel der Rekrutierung politischer Eliten in seiner vollendeten rationalen Gesellschaft ablehnt: Sie trügen nicht dazu bei, das größte Übel, nämlich die Uneinigkeit unter den Menschen, zu beseitigen. Weder könne die Welt, so lautet seine zentrale These, gut und friedlich regiert noch die Einheit des Gemeinwesens erhalten werden, solange die Inhaber von Regierungsfunktionen (*governor*) gewählt (*elected or selected*) sind.

Owen teilte zweifellos die Skepsis Platons gegenüber der Demokratie, wenn er bei der Bestellung der Ämter das demokratische Wahlrecht durch das Anciennitätsprinzip (V 65) ersetzte: In ihm allein sah er die Garantie dafür, daß eine gemeinwohlorientierte Politik auf Dauer gestellt wird. Erst nachdem jeder einzelne bis zu seinem 30. Lebensjahr als Erzieher, Produzent und Verteiler des gesellschaftlichen Reichtums Erfahrungen gesammelt hat, billigt Owen ihm die Reife zu, in die Schicht der amtsfähigen Bürger aufzusteigen. Zur politischen Klasse im engeren Sinne gehören freilich erst die über 60jährigen: Da sie über den größten Überblick und über das umfassendste Wissen verfügen, treffen sie – auch wenn sie nicht mehr unmittelbar politisch aktiv sind – in allen möglichen Konfliktfällen die definitive Entscheidung. Es ist nicht übertrieben, wenn man diese Ältesten mit den Philosophen in Platons »*Politeia*« vergleicht.

Tatsächlich ist Platons absoluter Primat der Einheit und Homogenität des Gemeinwesens auch die Signatur des politischen Systems der rationalen Gesellschaft Robert Owens. Es erscheint daher nur konsequent, wenn in seinem »besten« Gemeinwesen konfligierende Parteien durch eine »allerhöchste öffentliche Deklaration« abgeschafft werden; ihre Existenz sei der fundamentalste Irrtum, auf dem alle bisherigen Gesellschaften basierten (I/IX). Als Instrumente des Austrags gesellschaftlicher Interessenkonflikte sei ihnen ohnehin der Boden entzogen, weil die gesellschaftlichen Ursachen konfligierender Interessen entfallen und sich die »neuen Menschen« a priori gemäß dem »*bonum commune*« verhalten. Die Zusammenkünfte der Amtsträger gleichen denn auch einem Familientreffen von Brüdern und Schwestern. Lange Reden werden nur selten gehalten: Was zählt, ist ausschließlich wirkliches Wissen. Undurchdachte Ideen äußert niemand. Man hört den erfahrensten Funktionsträgern zu, nimmt ihre Pläne zur Kenntnis und diskutiert sie auf höchstem Informationsniveau, um in der Regel einstimmig zu entscheiden. Treten Schwierigkeiten in einigen Details auf, so

wird die Angelegenheit an den Ältestenrat (committee of the old) weitergeleitet. Der Entscheidung, die er trifft, stimmen dann alle Mitglieder der Assoziation zu, »wie die Kinder der Entscheidung ihrer Eltern« (VI 76).

Es steht außer Frage, daß diesem Konzept einer im Prinzip konfliktfreien politischen Willensbildung ein monistisches Vernunftkonzept zugrundeliegt. Daß die Wahrheit pluralisiert in ihren verschiedenen Aspekten von unterschiedlichen Institutionen und Individuen kontrovers artikuliert werden kann, war für Owen kein Thema. Zwar macht er sich immer wieder stark für ungehinderte Meinungs-, Gewissens- und Handlungsfreiheit (z. B. IV 12, VI 16). Doch – in der Tradition Platons stehend – besteht die Prämisse dieser Option darin, daß die Freiheit der einzelnen in nichts anderem bestehe als in der Verwirklichung der Gesetze Gottes und der Natur, die jeder einzelne erkenne und nach denen jeder handle (III 71). Wenn es trotz der sorgfältigen Erziehung und trotz der vernünftigen gesellschaftlichen Umwelt, in der der einzelne existiert, zu individuellen oder kollektiven Akten der Opposition gegen das Glück der Gesellschaft kommt, so kann auf der Folie des monistischen Vernunftbegriffs Owens dieses Verhalten nur der Ausfluß einer Geisteskrankheit sein: Diese Individuen werden in ein Sanatorium (house of recovery) eingeliefert und so mild wie möglich behandelt, bis ihre geistige Gesundheit wieder hergestellt ist und sie in die Gesellschaft reintegriert werden können (III 7). Andere Meinungsverschiedenheiten in bestimmten Sachfragen werden von kompetenten Schlichtern aufgrund ihrer Sachkompetenz einvernehmlich geregelt (III 77).

Die Homogenität und Konfliktfreiheit des politischen Systems der rationalen Gesellschaft Owens scheint perfekt zu sein. Um so bemerkenswerter ist es, daß Owen weder auf politische Institutionen noch auf Modalitäten der Konfliktregelung gänzlich verzichtet (VI 81). Da solchen Auseinandersetzungen aber keine unversöhnlichen gesellschaftlichen Interessendivergenzen zugrundeliegen, könnten sie rasch und ohne Aufwand diskursiv gelöst werden.

IV.

Wie stellte sich Owen nun, so muß abschließend gefragt werden, die Transformation der individualistischen Konkurrenz-Gesellschaft seiner Zeit in das rationale Gemeinwesen der Zukunft vor? Owen selbst wandte sich immer wieder gegen den Vorwurf, seine antizipierte Gesellschaft der Zukunft sei nichts weiter als eine Utopie (I/XVIII). Er wollte nicht mit den Utopisten von Platon bis Fourier verwechselt werden (II 48f) und lehnte es ab, die rationalen Grundsätze seines »besten« Gemeinwesens mit bloßen Ideen im Sinne Platons zu identifizieren. Owen forderte vielmehr seine Leser direkt zur Tat auf! Der Sieg sei zum Greifen nahe und die Stunde der Erlösung von den Übeln der alten Gesellschaft stehe unmittelbar bevor (V 80). Die gegenwärtigen Parlamente hätten zu Recht allen Kredit bei den Massen verloren: Um der gegenwärtigen Krise der individualistischen Konkurrenz-Gesellschaft Herr zu werden, reichten endlose Diskussionen nicht aus. Jetzt seien Taten, keine Reden gefordert!

Gleichwohl wandte sich Owen gegen einen ahistorischen Voluntarismus als Motor der Umwälzung. Der Transformationsprozeß ist vielmehr, Hegel vorwegnehmend, durch und durch dialektisch. Owen hat, charakteristisch genug, zu keinem Zeitpunkt seine »neue moralische Welt« als die einfache Negation der kapitalistischen Industriegesellschaft seiner Zeit hingestellt; ihm ging es vielmehr, hegelisch gesprochen, um deren »Aufhebung«. Die rationale Gesellschaft der Zukunft werde im Kern das Potential zur Ermöglichung des Glücks aller verwirklichen, das sich ansatzweise bereits in der alten Gesellschaft als nützlich für die Menschen erwiesen habe (III 45): Er dachte hierbei vor allem an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die industrielle Entfaltung der Produktivkräfte (VII 3 ff.). Alle notwendigen Mittel zum Aufbau der rationalen Gesellschaft stünden als Rohmaterial im Schoß der alten Sozietät zur Verfügung: Es komme nur darauf an, sie im Interesse der Gesamtheit zu nutzen (VII 54 f.). Selbst dem wirtschaftlichen Konkurrenzsystem des Individualismus mit seiner kapitalistischen Verwertung des Privateigentums und seinem monetären Geldsystem wird konzidiert, daß es eine notwendige und wichtige Rolle in der Geschichte des menschlichen Fortschritts spielte, weil er die Industrialisierung erzwang (V 51).

Doch mit welchen Mitteln und nach welchem Muster sollte dieser Totalumbau der Gesellschaft, der, wie wir sahen, auf eine vollständige Veränderung der Eigentumsverhältnisse, des Wirtschaftssystems, der Familien und des politischen Systems hinauslief, vollzogen werden? Wie schon bei Saint-Simon, aber auch bei Fourier zu beobachten ist, setzte Owen von Anfang an auf eine friedliche Umwälzung, die vom Konsens aller getragen ist (I/XII): Der Wandel werde erfolgen, so betonte er immer wieder, ohne den Geist, Körper oder persönlichen Besitz irgendeines einzelnen anzutasten, welcher Klasse, welchem Rang und welcher Nation er auch angehöre (I/IX f.). Um dieses Ziel zu erreichen, sollte die Initiative der Transformation auch nicht von einer revolutionären Organisation ausgehen, sondern von den jeweiligen Regierungen der Länder, an die die Menschen gewöhnt sind (V 47). Owen setzte dabei unbeirrt auf die Einsicht der Regierungen, daß die Beibehaltung der individualistischen Konkurrenz-Gesellschaft notwendig in Krieg und Chaos enden müsse: eine Perspektive, an der auch die Herrschenden und Privilegierten kein Interesse haben könnten.

Ausgehend von der vieldiskutierten Prämisse seiner Erziehungstheorie, »daß der Mensch seinen Charakter nicht selber bilden kann, sondern daß dieser von ihm gebildet wird«¹², verfügten zudem die Regierungen über die entscheidenden Mittel, die Eigenschaften der Individuen, die unter ihrem Einfluß und ihrer Kontrolle stehen, im Sinne der »neuen Ordnung« zu formen (II 35 f.) und so die Umwälzung rasch und ohne Gewalt und Chaos herbeizuführen. Unterstützt würden sie vor allem von den Schichten, die zwar am fleißigsten sind, aber am meisten unter der Unwissenheit, der Armut und den Spaltungen der alten Gesellschaft zu leiden haben: die Unter- und Mittelschichten (the lower and middle classes) (VII 48 f.). Alles komme darauf an, daß sie sich verbündeten. In diesem Falle stünden die gesamten Errungenschaften der alten

12 Zit. n. Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 5, Berlin 1986.

Gesellschaft der zu schaffenden »neuen moralischen Welt« zur Verfügung. Der einzige Grund, der ihr Zusammengehen bisher verhindert habe, sie ihre Unwissenheit gewesen. Die Mittelschicht müsse lernen, die Arbeiterschaft geduldig mit den Prinzipien der neuen Gesellschaft vertraut zu machen. Und die abhängigen Produzenten in den Fabrikhallen stünden vor der Aufgabe, ihre Ignoranz und Vulgarität abzulegen.

Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, daß Owens utopischer Entwurf nicht jenseits aller gesellschaftlichen Interessenkonstellationen angesiedelt ist. Dadurch, daß sich die aufgeklärten Geister der Mittelschichten kraft ihrer Einsicht in die Struktur der neuen Gesellschaft vom depravierenden Zwang der alten Verhältnisse befreien können, fällt ihnen der Schlüssel zur Umgestaltung der Gesellschaft zu: die Erziehung. Dennoch gibt es Dimensionen im utopischen Denken Owens, die nicht wissenssoziologisch relativierbar sind: Wie niemand vor ihm zu Beginn der Industrialisierung hat er Handlungspotentiale der Industriearbeiterschaft erschlossen, die ihren Niederschlag in einer ihrer Zeit weit vorausliegenden Erziehungskonzeption ebenso gefunden hat wie in der modernen Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung.

GÜNTER BENSER

Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie

Zu diesem Thema fand vom 16. bis 18. April 1999 in Kassel eine Tagung statt, an der sich zahlreiche Theoretiker und Praktiker aus dem linken Spektrum beteiligten. Wie sehr das Nachdenken über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Sozialdemokratie mit dem aktuellen Geschehen verbunden war und ist, zeigte sich bereits am Eröffnungstag; denn kaum ein Redner oder eine Rednerin verzichtete darauf, die ablehnende Haltung gegenüber den von der rot-grünen Regierungskoalition mitzuverantwortenden völkerrechtswidrigen NATO-Bomben-Krieg gegen Jugoslawien kundzutun. Manche warfen sogar die Frage auf, ob dies überhaupt die Zeit sei, sich historisch-theoretisch mit der Sozialdemokratie zurückliegender Jahrzehnte zu befassen, statt den Krieg, seine Ursachen, sein Wesen und seine Folgen zu behandeln. Die aktuelle soziale Dimension trug am Abschlußtag eine Delegation der Beschäftigten der Kasseler Binding Brauerei in den Konferenzsaal. Sie protestierte gegen die Schließung ihrer Arbeitsstätte und rief zur Unterstützung ihres eigenen durchdachten Konzeptes zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze auf. Gleichwohl waren die Veranstalter gut beraten, wenn sie solche aktuelle Geschehnisse aufgriffen, ohne das Tagungskonzept preiszugeben.

Dieses Konzept sah vor, durch Vorträge und Diskussionen – sowohl im Plenum als auch in Arbeitskreisen – wesentliche Entwicklungslinien überwiegend der deutschen Sozialdemokratie auszuschreiten und deren Resultate zu analysieren. Dies mündete in eine abschließende Podiumsdiskussion zur Problematik der Wirtschaftsdemokratie ein. Daß vor allem kritische Akzente gesetzt und die Entfernung der Sozialdemokratie von ihren Ausgangspositionen nicht lediglich als Folge äußerer Umstände hingenommen wurde, kann angesichts der Einberufer dieser Tagung und der wissenschaftlich-politischen Standorte der Mehrzahl der Referenten nicht überraschen. Doch widerfuhr der Sozialdemokratie insofern Gerechtigkeit, als viele Redner die objektiven und subjektiven Voraussetzungen, die internationalen und nationalen Bedingungen ihres Wirkens und ihres Wandels in Rechnung stellten. Dies im einzelnen vorzutragen, überfordert einen Tagungsbericht. Statt dessen sei auf das in Arbeit befindliche Protokoll verwiesen, in dem jeder Interessierte neben Bekanntem gewiß viel Neues und bedenkenswerte Erklärungsversuche und Wertungen finden wird.

Eingeleitet wurde die Debatte durch einen Vortrag von Arno Klönne, der die soziale Struktur und die gesellschaftliche Funktion

Günter Benser – Jg. 1931,
Historiker, Berlin.
Mitglied der Historischen
Kommission der PDS.

der SPD im historischen Überblick und im Spannungsfeld »Arbeiterpartei – Volkspartei – Partei der Mitte« analysierte. Er bestätigte der SPD erhebliche Verdienst um die Demokratie und um den Sozialstaat, konstatierte indes einen Vorgang der Erosion, der vor allem zwei konstitutive Merkmale der Sozialdemokratie betrifft – die Bindung an soziale Interessen der Arbeiterbevölkerung und die sozialstaatliche Orientierung.

Andere Redner untersetzten diese Bestandsaufnahme mit Beiträgen zu einzelnen Perioden der Geschichte der Sozialdemokratie. Rolf Schwendter konfrontierte das Verständnis von der Arbeiterpartei SPD mit der sozialen Realität in der Partei und in ihrem Umfeld und ging dabei auf wiederholte Abspaltungen von der Mutterpartei ein. Til Schelz-Brandenburg, der für die verhinderte Annelies Laschitzka eingesprungen war, lenkte den Blick auf die Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg und wertete deren »Hilflosigkeit« gegenüber dem Krieg als Widerspiegelung ihrer tatsächlichen Verfassung. Michael Buckmiller thematisierte die ambivalente Rolle der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, deren Schwäche nicht zuletzt darin bestand, das sie rückhaltlos nur von den Sozialdemokraten befürwortet wurde. Da die Konstituierung dieser Republik im Bündnis mit den Militärs gegen den linken Flügel der Arbeiterbewegung erfolgte, beruhte die erste deutsche bürgerliche Demokratie Zeit ihrer Existenz auf der gespaltenen Arbeiterbewegung.

Wolfgang Wippermann stellte dem ursprünglichen antifaschistischen Abwehrkonzept der SPD das Prager Manifest von 1934 als eine neue Qualität gegenüber, weil es zu der Einsicht gelangte, daß im Kampf gegen den Faschismus für Reformismus und Legalität kein Platz mehr sei. Dieses Manifest ist jedoch folgenlos geblieben, denn die SPD kehrte zur reformistischen Politik zurück; ihr antifaschistisches Bekenntnis war von Anfang an konterkariert und schließlich dominiert vom sozialdemokratischen Antitotalitarismus. Horst Peter, der die im Programm ausgewiesene Susi Möbbeck vertrat, leitete über zur jüngeren Vergangenheit, zur SPD unter Willy Brandt, zu den sechzehn Oppositionsjahren und zur rot-grünen Regierung, die er mehr als einen Betriebsunfall charakterisierte, weil eigentlich eine Große Koalition herauskommen sollte. Die heutige SPD sah er auf der Suche nach einem dritten Weg zwischen Wohlfahrtsstaat und Neoliberalismus.

Die anschließend tagenden sieben Arbeitskreise befaßten sich mit sozialdemokratischen Welt- und Gesellschaftsbildern; mit SPD und Gewerkschaften, SPD und Kapital; mit SPD und Sozialstaat, SPD und Obrigkeitsstaat; mit SPD und Nationalismus/Militarismus/Imperialismus; mit SPD und Kommunismus; mit SPD und ihre Jugend, SPD und Bildung; mit SPD und ihre Geschichtsschreibung. Der Ertrag dieser Debatten läßt sich von einem einzelnen Berichterstatter nicht überschauen; er wird sich erst bei Veröffentlichung des Protokolls offenbaren. Zumindest aus dem Arbeitskreis SPD und Kommunismus läßt sich mitteilen, daß es recht lebhaft zugeht. Die Problematik wurde mit unterschiedlichen Sichten angegangen, von der Warte der Sozialdemokratie, von der <berlieferung der SED her und auch unter Hervorhebung jener

Standpunkte, die von Sozialisten eingenommen wurden, die sowohl zur SPD als auch zur KPD/SED in Opposition standen.

Das abschließende Podiumsgespräch sollte sich der Frage zuwenden: »Auf sozialdemokratischem Wege zur Wirtschaftsdemokratie?« Der Moderator Rainer Butenschön orientierte die Debatte und vermittelte die Beiträge von Marcel Schaller, der die verhinderte JUSO-Vorsitzende Andrea Nahles vertrat, Horst Schmitthenner, Joachim Bischoff und Andreas Wehr. Mit dieser Abschlußveranstaltung standen die Einberufer der Tagung zunächst in der Pflicht, dem aufgeschobenen Meinungsaustausch über den sogenannten Kosovo-Krieg Raum zu geben. Sowohl die Redner des Podiums als auch die Diskussionsteilnehmer stellten nicht nur die humanitäre Mission der NATO in Frage, sondern warnten eindringlich vor den Gefahren neuer Varianten der USA-dominierten Globalstrategie, mit Selbstmandatierung unter Brückierung der UNO und Rußlands, deren gefährliche Konsequenzen wir noch zu spüren bekommen werden. Aber auch die Ausführungen zum ausgedruckten Thema zielten nicht ins Zentrum des Diskussionsgegenstandes »Wirtschaftsdemokratie«. Natürlich ergaben sich Berührungspunkte, wenn von der Schröder-Regierung und ihren politischen Trends, von der nach dem Abtreten Lafontaines entstandenen Lücke, von Globalisierung der Wirtschaft und von der Europäischen Union, von Steuerpolitik und vom »Bündnis für Arbeit« die Rede war. Was aber könnte heute Wirtschaftsdemokratie sein und auf welchen Wegen ließe sie sich erreichen? Diese Frage blieb nicht nur unbeantwortet, sie wurde so prononciert gar nicht gestellt.

So werden alle auf dieser Tagung angeschnittenen Themen der fortwährenden Debatte bedürfen, wobei internationale Entwicklungen stärker einzubeziehen und stärker Vergleiche zu anderen sozialdemokratischen Parteien anzustellen wären. Den Veranstalter – und hier verdient wohl vor allem Eckart Spoo genannt zu werden – gebührt dafür Dank, daß in die notwendige und gewiß anhaltende Diskussion viele wertvolle Anregungen eingespeist worden sind.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Die Badesaison ist vorüber. Es muß – insbesondere an märkischen Seen und Tümpeln – in diesem Sommer gesoffen worden sein, was die Flaschen und Gläser hergaben. Zwar sind mir keine diesbezüglichen Zahlenangaben verfügbar – wenn es sie denn überhaupt gibt –, aber da Politiker in der Regel immer erst nachträglich aktiv werden und nur selten vorbeugend handeln, dürfen wir davon ausgehen, daß die Hektoliterzahl beträchtlich sein dürfte: Denn Brandenburgs Sozialministerin Hildebrandt erwägt nämlich, meldeten die Zeitungen, den Alkoholverkauf an Badestränden verbieten zu lassen. Ihr Sprecher sagte in der »Bild am Sonntag«: »Den Verkauf alkoholischer Getränke an Badeseen halten wir für untragbar.« Wie wir aus dem Wörtchen »wir« in dieser Bemerkung ersehen können, fühlen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Ministerin so wie ihre Chefin. Wie schön für Regine Hildebrandt. Ein Alkoholverbot? Ach, du liebe Zeit: Ein derartiges Verbot, vorausgesetzt, es ist juristisch überhaupt durchsetzbar, wird vermutlich so effektiv sein, wie es bereits jene Verbote sind, die angeblich in Fußballstadien gelten – nämlich kaum. Da nicht ausgeschlossen werden kann, daß in Mecklenburg-Vorpommern noch mehr als in Brandenburg gekübelt und gebechert wird, fühlte sich auch die dortige PDS-Sozialministerin Bunge von dem Vorstoß ihrer Kollegin aus Stolpeland angesprochen. Sie schüttelte bedenklich den staatstreuen Kopf: Die Gesetze, meinte sie, ließen ein Alkoholverbot höchstwahrscheinlich nicht zu, »das ist rechtlich nicht zu packen.« Und da Martina Bunge noch nicht so lange Ministerin wie Frau Hildebrandt ist, ist sie dem realexistierenden Leben vielleicht noch um einen Deut näher: »Die Leute«, offenbarte sie ihr

Wissen, »bringen ihre Getränke auch mit.« So isse. Deshalb dürfen wir in Ruhe den kommenden Herbst und den darauffolgenden Winter genießen und uns ungetrübt auf den nächsten Sommer freuen: Es darf dann mit Sicherheit wieder gesoffen werden. Das war, wenn Sie so wollen, die gute Nachricht.

Zugegeben: Die Nachricht von dem Vorstoß der Hildebrandt war nur eine unter vielen, die im Berichtszeitraum auf den Zeitungsbenseiten zu finden waren. Die Titelseiten waren selbstredend Themen von gesamtnationaler Bedeutung vorbehalten. Ab und an bot zwar die NATO-Aktion im Kosovo noch Gründe für einen 1. Aufmacher der Blätter, doch meistens gab dieser Konflikt nur noch Stoff für einen Aufmacher unter dem Aufmacher her; es sei denn, die UCK benahm sich so, wie es ihre Kritiker voraussagesagt hatten und schoß ab und an auf ihre NATO-Freunde. Und wenn es dann gar ein deutscher NATO-Freiwilliger mit Sondersold war, den es dank seiner kugelsicheren Weste nicht erwischte, dann war natürlich ein Aufmacher fällig. Aber ansonsten sind die deutschen Zeitungen wieder zu friedlichen Themen zurückgekehrt. Und wenn sich dereinst – in zwanzig, dreißig Jahren vielleicht – ein Journalistikstudent in einer Magisterarbeit mit den deutschen Zeitungen des Spätsommers 1999 beschäftigen sollte, wird er sich womöglich wundern (oder auch nicht...): Es war das Thema »Ladenöffnungszeiten«, das die Deutschen damals umtrieb und die Chefredakteure die Titelschlagzeilen schmieden ließ. Vielleicht reibt sich der Student die Augen: So läppisch ging das damals auch zu? Ja, ging es.

In der Bundeshauptstadt Berlin gab es natürlich auch andere Themen, zum Beispiel die Wahl zum Abgeordnetenhaus im Herbst. Die Unlust der Wähler, wie sie sich schon bei der Europa-Wahl in der Wahlbeteiligung niedergeschlagen hatte, scheint sich auf die Politiker übertragen zu haben: Von Wahlkampf ist so gut wie nichts zu spüren, weder SPD noch CDU sind bisher so richtig in Schwung gekommen, wenn es darum geht, sich deftig zu beschimpfen und sich gegen die Schienenbeine zu treten. Weit und breit die pure Langeweile. Ab und an ein Vorstoß, aus. Letztlich nun lasen wir, Walter Momper wolle Eberhard Diepgen zu einem Fernsehduell herausfordern. Doch da kann er wohl fordern, soviel er will, wenn Diepgen nicht will, will er nicht. Da wird dem Momper zum Schluß nichts anderes übrig bleiben, als sich vor den Spiegel zu stellen: zwecks eines Duells Momper - Momper. Das ist natürlich alles Käse. Aber es ist ja auch nicht sicher, ob für uns Zuschauer eine Konfrontation der beiden Spitzenkandidaten im Fernsehen einen Unterhaltungswert hätte. Das aber wäre doch das Wenigste, was wir als Gebührensahler oder Schwarzseher verlangen dürften. Ja, wenn sie den bekannten Kommunarden und Eierwerfer als Moderator für ihre Sendung verpflichten könnten, dann wären hohe Einschaltquoten sicher. Aber das wird nicht passieren. Und so denn sollten wir nicht so sehr auf die Wahlergebnisse im Herbst gespannt sein, sondern auf die Wahlbeteiligung. Die Wahlsieger, wer die auch immer sein mögen, werden sich wie üblich von geringer Wahlbeteiligung nicht aus der Ruhe oder Unruhe bringen lassen. Und nun?

Volker Zimmermann:
Die Sudetendeutschen im NS-Staat.
Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945), Klartext-Verlag
Essen 1999, 516 S. (48,00 DM)

»Angesichts der Fülle populärer und wissenschaftlicher Literatur, die über die Struktur des Nationalsozialismus, seine gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen bisher veröffentlicht wurde, erscheint vor allem das Fehlen einer Gesamtdarstellung der Geschichte des Reichsgaus Sudetenland erstaunlich«, schreibt der Autor einleitend. Man kann ergänzen: Auch angesichts der relativ vielen, speziell dem Sudetenland in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft gewidmeten Veröffentlichungen.

Vielleicht liegt die Ursache darin, daß die Geschichtsschreibung bisher kaum Interesse für das Geschehen in einzelnen NSDAP-Gauen aufgebracht hat. Das jedenfalls vermutet Volker Zimmermann. Nach der Lektüre seines Buches bin ich jedoch anderer Meinung: Eine Gesamtdarstellung verlangt, das Geschehen im Sudetenland auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und juristischem Gebiet zu analysieren und zu synthetisieren. Heutzutage müssen auch die Geschichte der Widerspiegelung dieser Entwicklungen im Denken »des Volkes« und dessen Rückwirkungen auf das Geschehen berücksichtigt werden. Kurz und gut: Verlangt wird ein interdisziplinäres Herangehen. Das liegt nicht jedem, das kann auch nicht jeder.

Zimmermann vollbringt diese für einen Nachwuchswissenschaftler bravouröse Leistung. Insofern ist der Untertitel, der auf Politik und deren Verarbeitung durch »das Volk« abhebt, sogar ein Understatement. Der Autor arbeitet die besondere Rolle der wirtschaftlichen Faktoren ebenso heraus, wie die Besonderheiten der Preis- und Lohnentwicklung im Sudetenland seit 1938 – eine der Hauptquellen für die soziale Unzufriedenheit, bis der Kriegsverlauf und die Bedrohung als Volksgruppe zum Hauptgegenstand der Besorgnis der Sudetendeutschen wurden. Der Autor behandelt in sechs Kapiteln die Vorgeschichte der Einglie-

derung des Sudetenlandes ins Reich seit 1918; die Parallelität von Euphorie und Terror nach dem Anschluß, die Gleichschaltung des Sudetengebietes und dessen Umwandlung in einen NS-»Mustergau«; die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Anschlusses, die politischen Konflikte zwischen verschiedenen Gruppierungen der nationalsozialistischen Führer im Sudetenland, die mit einem Sieg der (zuvor heftig attackierten) Gruppe um Henlein endete; die Behandlung der tschechischen Minderheit; Resistenz, Opposition und Widerstand sowie den Krieg und seine Auswirkungen auf die Region.

Zimmermanns umfassende Darstellung, seine außerordentliche Detailkenntnis, vor allem aber sein (erfolgreiches) Bemühen um ein ausgewogenes Urteil werden diesen Band für alle, die sich professionell oder aufgrund ihrer persönlichen Biographie für das Sudetenland unter der Naziherrschaft interessieren, zu einem Erlebnis werden lassen. Davon bin ich überzeugt.

In seinem abschließenden Fazit trifft Zimmermann auch einige auf einen Vergleich zielende Aussagen zur Entwicklung im Sudetenland, wobei er sich auf zwei vorangegangene nationalsozialistische Anschlußfälle, auf das Saarland (1935) und Österreich (im Frühjahr 1938) bezieht. Der Autor schreibt dazu, bezogen auf Österreich: »Die Parallelen zwischen den Reaktionen im Gau Sudetenland und in den Gebieten der ›Ostmark‹ sind so eklatant, daß nur eine Erklärung möglich ist: Das NS-Regime mit seinen übersteigerten Versprechungen und der darauffolgenden Mißachtung der Bedürfnisse der Menschen den Grundstein für die spätere Unzufriedenheit selbst gelegt, während die neuen Bevölkerungsteile ungeduldig auf die vermeintlichen Segnungen des Nationalsozialismus warteten und möglichen Härten, die mit der Umstellung auf die Verhältnisse im Reich zwangsläufig entstehen mußten, nur unwillig in Kauf nehmen wollten.« (S. 440). Zimmermanns implizite Schlußfolgerung, daß es sich in Österreich wie im Sudetenland um Merkmale einer typisch nationalsozialistischen »Anschlußpolitik« handelt, halte ich für zu kurz gegriffen. Übersteigerte Versprechungen, das Warten auf die Segnungen der neuen Ordnung, Mißachtung der Bedürfnisse der Men-

schen des Anschlußgebietes, eine spätere Unzufriedenheit der Angeschlossenen u.a. sind Stichworte, die ebenso auf den »Anschlußfall« DDR zutreffen und auf manch anderen Anschluß in der Weltgeschichte auch, wie der Leser das unschwer aus Beiträgen in den Nummern 94 und 95 dieser Zeitschrift entnehmen kann.

JÖRG ROESLER

George Soros:
Die Krise des globalen Kapitalismus.
Offene Gesellschaft in Gefahr,
Alexander Fest Berlin 1998, 300 S.
(39,80 DM)

In einer Sitzung eines Bundestagsausschusses aus Anlaß des 50. Jahrestages der UN-Menschenrechtserklärung sprach Joschka Fischer über die universelle Gültigkeit dieser Rechte und mahnte: »Dabei muß verstanden werden, daß all dies mit einem unabhängigen Bankensystem und einer freien Marktwirtschaft zusammengehört und beides getrennt voneinander nicht zu haben ist.« Im Verlaufe des Kalten Krieges hat sich die Vorstellung recht allgemein durchgesetzt, daß freie Marktwirtschaft und freie Demokratie ebenso zusammengehören wie Planwirtschaft und Diktatur. Neu ist nur, es aus diesem Mund zu hören, noch dazu mit dem extremen Bekenntnis zu unabhängigen Banken.

An dieser Hürde scheiterte die politische Laufbahn von Oskar Lafontaine. Es ist schwer einzusehen, wem die Unabhängigkeit von Banken von Nutzen sein könnte, außer für die Bankiers. Schließlich heißt Demokratie Volkssouveränität, und die sollte gestärkt werden, wenn man die Banken ihrer Kontrolle entzieht und die Regierungen des Instruments der Geldpolitik beraubt – noch dazu im Namen der Menschenrechte?

Dagegen ist zu lesen: »Der heutige Marktfundamentalismus ist eine wesentlich größere Bedrohung der offenen Gesellschaft als jede totalitäre Ideologie.« (S. 21/22)

Das stammt von niemand anderem als dem weltbekannten Finanzguru George Soros, der sich selbst als »Spekulant, Philanthrop und

Philosoph« bezeichnete und eigentlich Bescheid wissen sollte. In wenigen Monaten 1998 fertiggestellt und publiziert, kam das Buch auch schnell übersetzt auf den deutschen Büchermarkt. Wenn ein Multimilliardär so sehr gegen political correctness aussagt, läßt das aufhorchen, und siehe da, das Buch steckt voller überraschender Gedanken. Unabhängig von seiner Gliederung lassen sich drei Teile mit unterschiedlichem Gewicht ausmachen:

Im ersten umreißt Soros seine grundlegenden theoretischen Prämissen. Ausgehend von Karl Poppers Konzept von einer offenen Gesellschaft und im Widerspruch zu den deterministischen Vorstellungen vom gesellschaftlichen Fortschritt unseres seinerzeitigen »Hist-Mat«, sind für Soros die Ausgangsbegriffe Fehlbarkeit und Reflexivität. Fehlbarkeit setzt an die Stelle einer künftig vollkommenen Gesellschaft eine unvollkommene, »die gleichwohl laufend der Verbesserung fähig ist«. (S. 7) Soweit auch Popper, was Soros ergänzt, ist der Unterschied bei der Erkenntnis sozialer Prozesse zu der von Naturgesetzen: Unsere Einsichten und abgeleiteten Handlungen verändern reflexiv die Vorgänge selbst. So absolut scheint allerdings der Unterschied nicht zu sein, wenn man an die Heisenbergsche Unschärferelation denkt. Dies ändert allerdings nichts daran, daß wir es in der Gesellschaft mit Prozessen zu tun haben, an denen wir unmittelbar teilhaben, in die wir selbst eingebunden sind. Hier nähert sich die Vorstellung denen der chaostheoretischen Evolutionsmodelle.

Wie sehr das zutrifft, kann der Finanzier mit eigenen Erfahrungen im zweiten Teil anschaulich belegen. Die Vorstellung des freien Marktes unserer Marktfundamentalisten geht von einem nicht existenten Denkmodell aus, bei dem der anonyme Markt automatisch optimale Allokationen von Ressourcen gewährleistet. (Adam Smiths »unsichtbare Hand«). Im Gegensatz dazu kann jemand wie Soros, der über einen nennenswerten Marktanteil verfügt, diesen recht erheblich beeinflussen, wie der Autor das tat, als er gegen das britische Pfund spekulierend diese Währung aus dem europäischen Währungsverbund hinauszwang. Das abstrakte Beispiel der Finanzmärkte läßt am anschaulichsten erkennen, was Norbert Wiener¹ schon 1948 spieltheoretisch nach-

wies: Märkte konvergieren nicht zum Gleichgewicht!

Im letzten und für mich am wenigsten stringenten Kapitel entwirft Soros einen »Fahrplan für eine offene Gesellschaft«. In gewisser Hinsicht widerspricht der Anspruch eines Fahrplanes, der doch pünktlich eingehalten werden sollte, den vorangegangenen Thesen. Indessen bleibt es eine gewichtige Aussage, wenn Soros dem »amoralischen« Diktat der profitmaximierenden Zweckmäßigkeit des Marktes die korrigierende Notwendigkeit kollektiver Entscheidungsfindung nach den Kategorien Richtig und Falsch gegenüberstellt, also eines Primates der Politik als unerläßliches Instrument sozialer Bindung. »Es gibt eine Differenz zwischen inneren und Marktwerten« (S. 262) Mit seiner Aufforderung, »die Regulierung von Kapitalflüssen als notwendig anzuerkennen« (S. 242) sind wir wieder bei Lafontaine angekommen. Nur zurücktreten können wir nicht alle miteinander.

ANDREAS SCHÜLER

1 Norbert Wiener: Kybernetik. Regelung und Nachrichtenübertragung im Lebewesen und in der Maschine, Düsseldorf u.a. 1992, S. 227ff.

Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Dienste der Partei.
Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Reihe: Forschungen zur DDR-Gesellschaft, Ch. Links Verlag Berlin 1998, XVI, 719 S. (48,00 DM)

Militärhistoriker aus Ost und West haben sich der Mühe unterzogen, gemeinsam ein solides, weitgehend unaufgeregtes Handbuch der bewaffneten Organe der DDR zu verfassen. Sie verfolgen dabei einen doppelten Ansatz: »Grundlagenforschung und das Anliegen historisch-politischer Bildung ... Damit ist die Absicht verbunden, einen militärhistorischen Beitrag nicht nur zur Aufhellung eines bis heute weithin unscharfen und diffusen Bildes über einen zentralen Bereich des Herrschaftsystems, sondern darüber hinaus auch zum besseren Verständnis der Strukturen des

DDR-Staates insgesamt zu leisten.« (S. VII/VIII)

Unter dem Schirm des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes haben sie ein voluminöses Werk vorgelegt. Wohl alle relevanten Elemente der »sozialistischen Landesverteidigung« werden in insgesamt 14 Übersichtsdarstellungen mit ihrer historischen Entwicklung, ihren Grundstrukturen und wesentlichen Kommandeurspersönlichkeiten beschrieben.

Ergänzt wird dies durch einen Beitrag zu den sowjetischen (bzw. russischen) Truppen in Deutschland (1945-1994) (Kurt Arlt) sowie einer Zeittafel. Hervorzuheben sind die Einzelbeiträge zur Geschichte der NVA (R. Wenzke), zu den Kampfgruppen der Arbeiterklasse (Armin Wagner), zur Kasernierten Volkspolizei (T. Diedrich), den Grenztruppen der DDR (Peter Joachim Lapp) und der Hauptverwaltung für Ausbildung (H. Ehlert). Selbst die kaum bekannte, ebenso kurze wie bezeichnende Episode des Dienstes für Deutschland von 1952/53 findet ihre kritische Würdigung (T. Diedrich).

Die Fülle des dargelegten Materials schließt in einer Rezension die Auseinandersetzung mit vielen Einzelaspekten aus. Über manches kann gestritten werden. So verwundert, daß bei der Analyse der Kampfkraft der Kampfgruppen Übungen taktischer Einheiten zu einer Generalaussage verdichtet werden (S. 84). Nicht alle Beiträge halten das hohe Niveau einer exakten militärischen Bezeichnung und Zuordnung durch. Da gibt es 14,5-mm-Flak, die nur ein überschweres MG ist, da wird die 23-mm-Zwillingsflak ein wichtiges Mittel zur Panzerbekämpfung, wo bestenfalls leichtgepanzerte Fahrzeuge damit bekämpft werden können, da gibt es Dislozierungskarten mal mit den taktischen Zeichen der Warschauer Vertragsarmeen gestaltet, während andere die der NATO verwenden. Hier hätte sicher ein noch besseres militärisches Lektorat helfen können. Bei manchen Aufstellungen zu Truppenstärken ist nicht immer klar, warum gerade der gewählte Zeitpunkt verwendet wurde, ebenso wie gelegentlich Zahlenbezüge verloren gehen.

In ihrem Überblicksbeitrag zu den »Bewaffneten Organen der DDR im System von Partei, Staat und Landesverteidigung« unternehmen die Herausgeber eine Gesamtschau, deren Leitideen sich in den Detailbeiträgen wiederfinden. Die spektakuläre, aber der derzeitigen Sichtweise entsprechende These:

»Die DDR, die sich nach der Interpretation ihrer politischen Führung zeit ihrer Existenz als friedliebendes Land und – bezogen auf die spezifisch deutsch-deutsche Situation im internationalen Kräftefeld – als der ›deutsche Friedensstaat‹ verstanden hat, war im klaren Kontrast zu dieser Selbsteinschätzung nicht nur durch eine nahezu alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche umfassende Militarisierung gekennzeichnet. Die hypertrophierte Aufblähung des Gewaltapparates, der mit einer ganzen Fülle von ›bewaffneten Organen‹ den Schutz des ›ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden‹ nach außen und die Sicherung des politisch-gesellschaftlichen Systems und der Macht der führenden Partei nach innen zu gewährleisten hatte, wurde immer deutlicher zu einem Charakteristikum der DDR.« (S. IX)

Im weiteren wird dies allerdings mit dem verwendeten Militarisierungsbegriff nach Seubert als »die prozeßhaften Veränderungen bzw. empirisch meßbaren Tendenzen des gesellschaftlichen Stellenwerts des Militärischen verstanden« (S. 62, Fußnote), in einem ausgewogenen Verhältnis betrachtet. Denn augenscheinlich gibt es doch einen Unterschied zwischen dem Militarismus preußisch-deutscher aggressiver Staaten und Armeen und dem, was die DDR praktizierte. Offenkundig wird allerdings bei dieser These und Charakterisierung der DDR zumindest dreierlei nicht ausreichend berücksichtigt:

Erstens die tatsächlichen Nachwirkungen eben jenes preußischen Militarismus in Denken und Mentalität der deutschen Kommunisten. Auch wenn im Handbuch sehr klar der nur begrenzte Stellenwert der Übernahme von Wehrmachtsgeneralen und -offizieren für die KVP und frühe NVA gezeigt wird, so ist die Wirkung der militärischen Sozialisation und der – oft auch nur mittelbaren – Wehrmachts-erfahrung zweifellos vorhanden gewesen und hat weiter gewirkt.

Zweitens spielt ein militärischer Grundansatz in der ganzen kommunistischen Bewegung ausgehend von Lenins Parteikonzeption unter den konkreten Bedingungen der Illegalität, der Revolutions- und Bürgerkriegserfahrungen und der schließlichen Installierung des Stalinschen Systems eine außerordentlich wichtige Rolle. Insofern kann natürlich die

prägende Rolle des Militärischen auf »die Sozialisation und Integration der männlichen Bürger« benannt werden (S. 55), sie ist aber eben nur zu einem Teil den bewaffneten Organen zuzuschreiben.

Drittens schließlich bleibt im gesamten Handbuch der reaktive Aspekt der hypertrophierten Sicherheitsambitionen merkwürdig unterbelichtet. Es ist eben nicht wegzudenken, daß die radikale Linke, ausgehend von ihren Klassenkampf Erfahrungen, zweierlei glaubte fest zu wissen: Sie konnte einerseits nach ihrer Auffassung die zur Verwirklichung ihrer sozialen Ziele erforderliche Macht nur im Resultat einer letztlich gewaltsamen Auseinandersetzung gewinnen. Andererseits hatte sie die teilweise bitter erlittene Erfahrung, daß das Behaupten dieser Macht ebenso wie ihre Niederlage für sie ganz persönlich wie für die soziale Bewegung verhängnisvolle, im Wortsinne tödliche Folgen hatte. Die Revolution von 1918/19, die März Kämpfe, der Blutmai 1929, die faschistische Machtergreifung, Spanischer Bürgerkrieg und der deutsche Überfall auf die Sowjetunion waren für die Funktionäre erlebte Erfahrungen. Sie waren zumindest von der Aufbaugeneration verinnerlicht. Korea- und Vietnamkrieg, die Invasion in der Schweinebucht und die Kämpfe nationaler Befreiungsbewegungen waren ebenfalls offensichtlich nicht nur Propaganda, sondern belegten die Notwendigkeit des bewaffneten Schutzes.

Die Herausgeber wissen das natürlich und verweisen auf die neue Grundkonstellation nach 1945. »Der Kalte Krieg, ein Prozeß der wechselseitigen Eskalation in einem nach dem Zweiten Weltkrieg bipolar angelegten internationalen System, bestimmte in der Folgezeit die sicherheitspolitischen Grundparameter in Ost und West.« (S. 3) Dies hätte aber sicher in einem Buch zu den bewaffneten Organen in seiner ganzen Wechselwirkung wohl nachdrücklicher untersucht werden müssen. Denn augenscheinlich entsprangen ja wichtige sicherheitspolitische Entscheidungen eben aus den daraus sich ableitenden Bedrohungsängsten. Daß gleichzeitig selbst Drohpotentiale aufgebaut wurden, die von der anderen Seite als solche empfunden wurden, gehört zur Logik eines solchen Systems, das eher auf Aug um Aug, Zahn um Zahn – oder moderner Panzer um Panzer, Rakete um Rakete setzte.

Sicherheit wurde hier als zu gewinnende bzw. zu wählende Überlegenheit interpretiert und zu praktizieren versucht.

Berechtigt wurde die strikte Einbindung der DDR in das sowjetische Machtkalkül herausgearbeitet. In diesem Bereich war zweifellos weniger als in allen anderen – und diese zugleich limitierend – ein eigener Gestaltungsspielraum vorhanden. Das sowjetische Sicherheitssystem und die dem entsprechende Politik wurden fast unverändert übernommen und bis zum Ende der DDR in weiten Bereichen unter sowjetischem Kommando auch umgesetzt. Die DDR war sowieso für die Sowjetunion »Auf-, Durchmarsch- und Operationsgebiet«, was die DDR mit Truppen, Logistik und Infrastruktur absichern mußte und was in den späten DDR-Jahren auch zur Angst um das eigene Schicksal in einem bewaffneten Konflikt führte. Trotzdem »emanzipierte« sich die DDR mit ihrer NVA zum »Vorzeige- und Juniorpartner der sowjetischen Streitkräfte« (S. 30).

Deshalb war die DDR der sowjetischen Militärdoktrin verpflichtet, die von der Vernichtung des Gegners auf dem eigenen Territorium ausging, falls er angreifen würde. Daß einer solchen Doktrin eine offensive Strategie und Taktik entsprechen mußte, ist folgerichtig, sagt allerdings wenig über die Praxis aus. Die Operationspläne der östlichen Seite liegen offen, über die des Westens breitet sich immer noch ein nur gelegentlich gelüfteter Schleier des Geheimen. Die jüngsten Debatten um die Fortexistenz des Anspruchs auf Kernwaffeneinsatz zeigen, wie sensibel solche Fragen sind und wie sehr sie in der Bewertung vom jeweiligen Betrachter (und potentiellen Opfer) abhängen.

Wiederholt wird im Handbuch auf die innere Funktion der NVA hingewiesen. Allerdings wird deutlich, daß diese spätestens nach Mauerbau und Einführung der Wehrpflicht im Sicherheitsdenken eine untergeordnete Rolle spielt. VP, Bereitschaftspolizei, MfS und Kampfgruppen sollten diese Aufgaben erfüllen. Generell zeigten nicht erst die Unsicherheit und die schließliche Gewaltlosigkeit im Herbst '89, daß sich realsozialistische Staaten mit dieser inneren Bedrohung schwertaten. Ein fehlendes Krisenmanagements die Unfähigkeit zu begreifen, daß das eigene Volk

die »Volksherrschaft« bedrohen könnte, die Suche nach imperialistischen, äußeren Konterrevolutionären, insgesamt eine fehlende Krisen- und Konflikttheorie des Realsozialismus, lassen all diese Überlegungen ins Leere laufen. Der Einsatz eigener bewaffneter Kräfte in inneren Krisen des Realsozialismus blieb die – oft bittere und blutige – Ausnahme. Hier der NVA oder der DDR-Führung besondere Schuld zuweisen zu wollen, ginge an den Tatsachen – glücklicherweise – vorbei. Die Potentiale waren gewaltig, aber in dem Moment, da das eigene Volk agierte, konnten Volksarmee oder Volkspolizei wenig tun.

Und eines wird auch deutlich. Bei aller Herausstellung des hohen Grades militärischer Bereitschaft, der umfassenden militärischen Vorbereitung und der tendenziellen Militarisierungstendenzen: Der DDR fehlte der Kriegs- und Kampfeswille. Nicht zuletzt deshalb war sie in den achtziger Jahren an der Fortsetzung und Wiedergewinnung der Entspannungspolitik so aktiv interessiert. Hat das möglicherweise wohl auch etwas mit ihrem sozialistischen Anspruch zu tun?

STEFAN BOLLINGER

Wolfgang Kraushaar (Hg.):
Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995. Band 1: Chronik/Band 2: Dokumente/Band 3: Aufsätze und Kommentare. Register. Ein Projekt des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins Hamburg 1998, 607/859/348 S. (120,00 DM)

Der Herausgeber, das Hamburger Institut und die beteiligten Verlage haben der 68er Bewegung zu ihrem 30. Geburtstag ein formidables Geschenk auf den Gabentisch gelegt. In einer Kassette mit drei gediegen gestalteten Bänden zieht der Herausgeber Bilanz einer Bewegung, ihrer Denkweise und ihrer einst spektakulären Aktionen, erinnert an die geistigen Vorläufer Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Herbert Marcuse und feiert mit vielen

Dokumenten, einer wohlsortierten Chronologie (mit der ganzen Vor- und Nachgeschichte nicht kleinlich ausgefallen) und natürlich mit wohl gewogenen wissenschaftlichen Kommentaren »das« Ereignis, »das« Vorkommnis der alten Bundesrepublik – die Revolte ihrer intellektuellen Jugend gegen den »Muff von 1000 Jahren unter den Talaren«, gegen Vietnamkrieg und Notstandsgesetze. Warum nur ist der Rezensent irritiert?

Einst schlecht geheftete Raubkopien – heute eine gediegene buchkünstlerische Edition zum stolzen Preis, den die damals jungen Aufmüpfigen heute als Studienräte, Professoren oder Anwälte wohl leicht verschmerzen können. Und – im 30. Jahr nach der denkwürdigen Revolte tritt genau diese Generation nach »langem Marsch durch die Institutionen« an, mit einer rot-grünen Regierung Politik zu machen. Offen nur, ob eine wirkliche neue, an den einstigen Idealen orientierte Politik – oder das endlich mögliche Einfordern des eigenen Platzes auf den Chefesseln der Nation.

Eine neue Politik zu machen erweist sich augenscheinlich als schwierig und mag Gründe in der eigentümlichen theorie- wie aktionsorientierten Aktivität der antiautoritären Bewegung jener Zeit haben. Kraushaar unterscheidet drei Generationen im spannungsgeladenen Verhältnis von Kritischer Theorie und Politik, denen jeweils spezifische Kritikmodelle entsprachen: die Lehrer (Horkheimer, Adorno, Alexander Mitscherlich), die älteren Schüler (Ludwig von Friedeburg, Jürgen Habermas, Oskar Negt, Alfred Schmidt) und die jüngeren Schüler (Rudi Dutschke, Hans-Jürgen Krahl). Zunächst theorie-immanente Haltung, dann wissenschaftlich begründete politische Haltung und schließlich »Aufklärung durch Aktion« bestimmten die jeweiligen Kritikmodelle der einzelnen Generationen (Kraushaar, 3/12f).

Die 68er-Studenten entstammten mehrheitlich besseren Elternhäusern, wurden mit ersten Erscheinungen einer Vermassung intellektueller Berufe konfrontiert, suchten sich zugleich von ihrer Elterngeneration und einer als ebenso muffig wie autoritär empfundenen bundesdeutschen Gesellschaft mit ihrer unbewältigten NS-Vergangenheit zu emanzipieren. Vietnamkrieg und Notstandsgesetze waren die Katalysatoren ihres Aufbegehrens. Deutlich wird aber auch der Druck des eigentli-

chen Lebens- und Studienfeldes der Studenten – mangelnde Qualität und Reformstau an verstaubt-hierarchischen Ordinariatenuniversitäten, die auch vor sozialwissenschaftlichen Fakultäten und Vorlesungen selbst der Köpfe der Kritischen Theorie nicht haltmachten. Insofern ist die von Adorno angeordnete gewaltsame Beendigung einer Institutsbesetzung für viele der damaligen Protagonisten zumindest ein ebenso tiefer Einschnitt wie der Tod Benno Ohnesorgs oder das Attentat auf Dutschke.

Bemerkenswerter nachteilig ist das weitgehende Ausblenden der internationalen Prozesse (namentlich in den Kommentaren). Aber gerade die US-amerikanischen Proteste gegen Rassendiskriminierung und Vietnamkrieg, die im Vergleich zur Bundesrepublik weitaus spektakuläreren und gesellschafterschütternden Aktionen der Studenten in Frankreich oder Italien bleiben unterbelichtet. Der bundesrepublikanische Tellerrandblick bestimmt die Sichtweise der Protagonisten, die sich nun zu Deutern der Ereignisse aufschwingen. Silvia Bodenstein hat mit ihrer selbstironischen Einsicht mehr als recht: »Wir sind vermutlich schlechte Zeugen eines interessanten Ereignisses. Wir gingen mir, gehörte ich einer anderen Generation an, in unserer Funktion als Ereignisverweser gewaltig auf die Nerven. Aber selbstverständlich gehöre ich zu den 68ern und werde scharf aufpassen, daß da nichts falsches aufkommt.« (3/238)

Aus dem Blick sind nicht zuletzt die Ereignisse in Osteuropa, namentlich in der CSSR, obwohl deren Ende eine entscheidende Rückwirkung auch auf das Schicksal der westeuropäischen Studentenbewegung hatte. Natürlich stand die Studentenbewegung und noch mehr die Kritische Theorie unter dem auch in den Protestdemos gegen die Warschauer-Pakt-Invasion in Prag getragenen Losung: »Stalinismus + Imperialismus = Feinde des Sozialismus« (1/353). Diese Losung entsprach dem ursprünglichen Ansatz – auch angesichts der verklärend-romantisierenden Sympathie für die chinesische Kulturrevolution, für den Befreiungskampf Vietnams und Kubas, für die Revolutionsversuche Che Guevaras. Diese doppelte Frontstellung macht nicht zuletzt die Aktualität des intellektuellen Aufbegehrens von Adorno bis Dutschke gegen westliche Gesellschaft wie gegen stalinistisch-realsozialistische

Perverterung einer emanzipatorischen Idee aus. Bernd Rabehl weist auf diesen Reaktionscharakter nachdrücklich hin, wenn er daran erinnert, daß die »neue Linke signalisierte, daß Reformismus und Kommunismus in Europa an das Ende ihrer Entfaltung gekommen waren und ihr Zustand der Stagnation übergang in den offenen Zerfall« (3/36).

Zentral für Studentenbewegung und die ihr vorhergehenden wie sie begleitenden theoretischen Anstrengungen war das Demokratieproblem. Weder Diktatur noch autoritäre politische Strukturen sollten es sein – sondern deren Aufhebung in Antiautoritarismus und eher basisdemokratischer Willensbildung. Die Studentenbewegung agitierte und agierte in Zeiten von KPD-Verbot, Erhards »Formierter Gesellschaft« und »Konzertierter Aktion« und erst »Großer Koalition« gegen das »Schreckgespenst einer Gesellschaft ohne Opposition« (3/17). Sehr erinnert heute die einheitsdeutsche Realität mit ihrer faktischen »Großen Koalition« der größten Regierungs- und Oppositionsparteien an diese Starrheit. Damals wollten die Studenten aus diesem »integralen Etatismus« ausbrechen (3/19).

Als zentrales Dokument der Studentenbewegung interpretiert Kraushaar das Organisations-Referat auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967 von Dutschke und Krahl. Beide suchten bei aller verbalen Ablehnung des Realsozialismus Antworten auf den »integralen Etatismus«. Sie bringen sie auf den Punkt in wahrhaft »leninistischer« Art: Die revolutionäre Bewußtseinsbildung durch eine im Sinne der »großen Weigerung« von Marcuse sich entwickelnde Stadtguerilla, die ihre soziale Basis an den Universitäten hat und den »Kampf um den Mensagroschen und um die Macht im Staate organisiert« (zit. in 3/25). So soll sie als Vorhut wirken, die die Massen revolutioniert. Unabhängig davon, ob bereits hier das spätere RAF-Konzept angelegt ist oder eher metaphorische Begriffe verwandt wurden – die Antiautoritären sind sich der Tragweite ihrer neuen Lebens- und Kampfweise in bestimmter Hinsicht bewußt. Insofern war, dies machen die heutigen Kommentare deutlich, die ganze Angelegenheit zutiefst widersprüchlich. Alex Demirovic verweist auf die Orientierung an einer »negativen Dialektik«. Die Studenten-

bewegung stand für eine antiautoritäre Politik. »Antiautoritär« hatte dabei nicht allein eine sozialpsychologische Bedeutung, wonach die StudentInnen jede Form von psychologischer Unterwerfung unter Autorität, sei es des Staates, der Professoren oder der öffentlichen Meinung, bekämpften. Es war damit vor allem eine gesellschaftstheoretische Einschätzung der historischen Bedingung sozialistischer Praxis gemeint, die sich gegen jedes Bedürfnis nach Ontologie, nach Halt an einer historischen Gesetzmäßigkeit oder einem vordefinierten kollektiven Willen, richtete. Das Pathos war also, einen Begriff von Emanzipation zu entwickeln, der sich in keiner Hinsicht mehr auf vorgegebene Maßstäbe des Handelns berufen konnte.« (3/73) Also durchaus kein Orientieren am Bestehenden und seiner Autorität, sondern die Bereitschaft, gegen das Bestehende als kapitalistisches System wie als etablierte marxistische Theorie zu agieren. Der »Marsch durch die Institutionen« (ohne sich ihnen unterzuordnen, eben als Guerilla) als ewiger Weg, allerdings ohne Kompaß (vielleicht doch nur als Spaß und »Selbstverwirklichung«), wie dies heute die alt gewordenen 68er als Teil der politischen Klasse beweisen?

Dabei ist wohl für manchen jene vatermörderische Kritik des Kommunarden Fritz Teufel an den Kritischen-Theorie-Vorläufern nicht unwesentlich: »Was soll uns der alte Adorno und seine Theorie, die uns anwidert, weil sie nicht sagt, wie wir diese Scheiß-Uni am besten anzünden und einige Amerikahäuser dazu – für jeden Terrorangriff auf Vietnam eines.« (zit. in 3/84) Schimmert hier nicht schon jener theorie- und prinzipienlose Pragmatismus hindurch, der uns heute so unangenehm berührt?

Böckelmann konstatiert heute, daß »die Studentenbewegung ... dort gesiegt (habe), wo sie es eigentlich nicht vorhatte«. Nicht die politische Revolution, sondern bestenfalls eine Kulturrevolution (die aber auch andere Ursache gehabt hätte) sei erreicht worden. (3/216)

STEFAN BOLLINGER

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.), ARNDT HOPFMANN,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgegeben im Auftrag der

Bundesstiftung Rosa Luxemburg e.V.

durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 72	je	2 DM
Heft 73/74	je	4 DM
Heft 75 bis 84	je	5 DM
Heft 85/86	je	10 DM

Satz: MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE

Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10

Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120

Das Jubiläum

Stell Dir vor,
es ist Krieg,
und alle feiern Kästners Geburtstag.

Stell Dir vor,
es ist Krieg,
und die Nato wird fünfzig.

Stell Dir vor,
es ist Krieg,
und Hitler wird einhundertzehn.

Stell Dir vor,
der erste Weltkrieg
wird fünfundachtzig.

Stell Dir vor,
der zweite Weltkrieg
wird genau
sechzig Jahre alt.

Stell Dir vor,
der Enkelkrieg
wurde gerade geboren.

Stell Dir vor,
es ist Krieg,
und die ganze Schose
fängt wieder von vorne an.

Gerhard Beier